

Ausgabe 02|23

# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit



[IM FOKUS]

Was war Kolonialismus?  
Zur Vergangenheit der globalen Gegenwart

[IM FOKUS]

Bayreuth und die Welt  
Ein Beispiel für Kleinstadt-Kolonialismus

[SERIE]

Sozialgeschichte im Spiegel der Fotografie

[LÄNDERPORTRÄT]

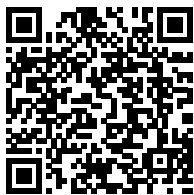
Iran und der wiederkehrende Ruf nach Revolution:  
Ein historischer Überblick

# EDITORIAL



## WERKSTATT- GESPRÄCH

[https://www.blz.bayern.de/einsichten-perspektiven-2-23\\_p\\_454.html](https://www.blz.bayern.de/einsichten-perspektiven-2-23_p_454.html)



## INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: [landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de), Stichwort: *Einsichten und Perspektiven*.

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

### Liebe Leserin und lieber Leser,

Genozid, Menschenraub, wirtschaftliche und kulturelle Ausplünderung u.v.m.: Die verheerenden Folgen des Kolonialismus prägen die Welt bis heute. Staaten, die ehemals als Kolonien meist westlicher Kolonialmächte ausgebeutet worden waren, sind noch auf Jahrzehnte hinaus mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen, aber auch der kulturellen und erinnerungspolitischen Aufarbeitung der Vergangenheit beschäftigt. Häufig werden die Anliegen der betroffenen Staaten bis heute nicht adäquat gehört oder genügend ernst genommen.

Wie schwer sich auch die ehemaligen Kolonialmächte mit der Auseinandersetzung tun, zeigen schon endlose und kontroverse Diskussionen über die Umbenennung von Straßennamen oder die Rückgabe geraubter Kunstobjekte.

Eine glaubwürdige Debatte braucht breite Beteiligung. Diese Ausgabe von EuP macht den Auftakt zu einer Reihe ganz verschiedener Artikel, die kontroverse Standpunkte zum Themenschwerpunkt Kolonialismus beleuchten werden.

- Joël Glasman untersucht einführend, was Kolonialismus war und welche Auswirkungen er auf die globale Gegenwart hat. Hören Sie begleitend dazu das E+P-Werkstattgespräch!
- Nicht nur ganze Länder oder große Metropolen profitierten vom Kolonialismus, wie Florian André Unterburger am Beispiel Bayreuths zeigt.
- Interessante Einblicke in den Umgang von Museen mit ihren kolonialen Ausstellungsstücken gewährt der Provenienzforscher Richard Hölzl vom Museum Fünf Kontinente in München.

Außerdem in diesem Heft: Dieses Jahr werden in Bayern neue Schöf-finnen und Schöffen gewählt. Ludwig Unger erläutert die Aufgaben und Hintergründe dieses wichtigen Ehrenamtes.

Zur besseren Einordnung der dramatischen Lage im Iran gibt Benedikt Römer einen Überblick über die Geschichte dieses Landes.

Kristina Milz stellt den Politiker Max Süßheim (1876-1933) vor, der sich schon früh den Nationalsozialisten widersetzte, während Johannes Uschalt mit dem Song „Rebel Girl“ der Band Bikini Kill ein ganz aktuelles Thema aufgreift: den Feminismus in der Musikszene.

Die Debatte über den Ukraine-Krieg geht weiter: Erich Vad erklärt als Antwort auf den Artikel von Klaus Gestwa in E+P 1/23, warum aus seiner Sicht eine interessengesteuerte Außenpolitik den Frieden eher bewahrt als eine wertegesteuerte.

Wir wünschen eine anregende und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.

### Die Redaktion

### Autoren und Autorinnen dieses Heftes

**Prof. Dr. Joël Glasman** hat an der Universität Bayreuth die Professur für die Geschichte Afrikas inne.

**Dr. Kristina Milz** ist Historikerin und freiberufliche Autorin. Sie arbeitet am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin und für die Bayerische Akademie der Wissenschaften.

**Dr. Benedikt Römer** arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Religionswissenschaft an der Universität der Bundeswehr in München.

**PD Dr. Rudolf Stumberger** ist Gesellschaftswissenschaftler, Autor und Journalist und lehrt an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

**Dr. Ludwig Unger** leitet das Referat „Bayern und seine Regionen - Natur und Umweltschutz“ der Landeszentrale.

**Florian André Unterburger** ist Historiker, Autor und Gründer der Initiative Industriemuseum Bayreuth (IMB).

**Johannes Uschalt** ist Referatsleiter für „Demokratiestärkung & Wertebildung“ der LZ.

**Dr. Erich Vad** ist Unternehmensberater. Der Brigadegeneral a. D. war Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates und militärpolitischer Berater der damaligen Bundeskanzlerin.

# INHALTSVERZEICHNIS



---

## FOKUS

### Was war Kolonialismus?

Zur Vergangenheit der globalen Gegenwart  
von Joël Glasman

4

### Bayreuth und die Welt

Ein Beispiel für Kleinstadt-Kolonialismus  
von Florian André Unterburger

19

---

## INTERVIEW

### Das Museum Fünf Kontinente in München und sein Umgang mit der kolonialen Vergangenheit

Ein Interview mit dem Provenienzforscher Dr. Richard Hölzl

22

---

## AKTUELL

### Das Schöffenamts in Bayern

von Ludwig Unger

30

---

## COMIC

von Uli Knorr

35

---

## LÄNDERPORTRÄT

### Iran und der wiederkehrende Ruf nach Revolution: Ein historischer Überblick

von Benedikt Römer

36

---

## SERIE

### Max Süßheim (1876-1933)

Ein Politiker und seine Partei  
von Kristina Milz

48

---

## SERIE

### Sozialgeschichte im Spiegel der Fotografie

von Rudolf Stumberger

60

---

## ZUR DISKUSSION GESTELLT

### Zum Streit über die „Zeitenwende“

Wie der öffentliche Diskurs über den richtigen Umgang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine die deutsche Gesellschaft polarisiert

71

### Mehr Strategie wagen

Weshalb interessengeleitete Politik den Frieden eher bewahrt als rein wertegesteuerte Außenpolitik  
von Erich Vad

72

---

## MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT

Folge 2:

### Rebel Girl oder wie politisch ist Bikini Kill?

von Johannes Uschalt

81



# WAS WAR KOLONIALISMUS?

## ZUR VERGANGENHEIT DER GLOBALEN GEGENWART

von Joël Glasman

Der „Heldenacker“ bei Windhoek, Namibia. Das Freiheitsmonument wurde 2002 zum Gedenken an den Kampf gegen die deutsche Kolonialherrschaft und den Unabhängigkeitskampf gegen Südafrika eingeweiht.  
Foto: picture-alliance/akg-images/Fotograf: Jürgen Sorges



„Kolonialismus“ ist ein kontroverser Begriff. Die Einen meinen, die Zeit des Kolonialismus sei schon längst vorbei. Eine abgeschlossene Periode der Geschichte. Ein zwar bedauerlicher, aber überholter Moment in der Vergangenheit. Die Anderen finden, Kolonialismus sei hochaktuell. Kolonialismus prägte sowohl internationale Beziehungen als auch unseren Alltag: In der Wirtschaft, der Gesellschaft, in der Kultur seien überall Spuren des Kolonialismus zu sehen.

Irritierend ist, dass beide Argumente in gewisser Hinsicht richtig sind. Hier liegt das Paradox: Kolonialismus ist zugleich passé *und* aktuell,

abgeschlossenes Ereignis *und* permanente Struktur, Vergangenheit *und* Gegenwart. Es lohnt sich zu fragen, was Kolonialismus war, warum das Präteritum das richtige Tempus ist, und warum die Welt von heute tatsächlich Produkt dieser Geschichte ist.

„Kolonialismus“ bezeichnet die Herrschaft, die eine koloniale Metropole auf eine andere Gesellschaft ausübt.

Grundlage der kolonialen Herrschaft war ein duales Rechtssystem. Im Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts wurden Europäer juristisch als „Bürger“ (*citizens, citoyens, cidadãos*) bezeichnet;

Nicht-Europäer wurden juristisch als „Eingeborene“ (*natives, indigènes, indigenas*) klassifiziert. Zwei getrennte Kategorien für zwei verschiedene Gerichtsbarkeiten, unterschiedliche Rechte, unterschiedliche Pflichten. Die Trennung wurde rassistisch begründet: Kredite, Offiziersränge und Schutz des Privateigentums für „Weiße“. Landraub, subalterne Ränge und Prügelstrafe für „Nicht-Weiße“. Ein solches System ließ sich nur durch staatliche Gewalt aufrechterhalten. Mitte des 20. Jahrhunderts begann es zu bröckeln. Indien und Pakistan wurden 1947 unabhängig, 1960 erlangten siebzehn afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit, in den 1960er und 1970er Jahren folgten fast alle übrigen Kolonialterritorien.

In dieser Hinsicht stimmt es: Kolonialismus ist *passé*. Das duale Rechtssystem wurde abgeschafft. Deutsche Schutzgebiete, französische Protektorate und britische Dominions gibt es nicht mehr. Nicht nur, weil die europäische Öffentlichkeit sich verändert hat und Kolonialismus nicht mehr gutheißen würde. Sondern auch, und vor allem, weil sich die Machtverhältnisse verschoben haben. Stellte Europa 1900 circa ein Viertel der Weltbevölkerung dar, macht es heute nur noch ein Zehntel aus. Selbst die hartnäckigsten Kolonialrevisionisten müssen einsehen, dass das Zeitalter der Europäischen Hegemonie vorbei ist. Am Ende des 19. Jahrhunderts konnte das Wilhelminische Kaiserreich mit ein paar Schiffen die Bucht von Kiautschou besetzen. Heute ist China Deutschland wirtschaftlich, demographisch und militärisch weit überlegen. Es ist nicht zu erwarten, dass Kiautschou bald wieder von Deutschen beherrscht wird. Die Demokratische Republik Kongo kann deutlich mehr Soldaten als die ehemalige Kolonialmacht Belgien aufstellen, Ägypten besitzt mehr Kampffjets als das Vereinigte Königreich, Indien und Pakistan sind Atommächte. Kolonialnostalgie ist nicht nur moralisch falsch, sie ist lächerlich.

Die Geschichte des europäischen Kolonialismus ist also endgültig vorbei – und doch lebt der Kolonialismus in der Welt von heute weiter. Ohne Kolonialismus sähe die Welt völlig anders aus. Denn Ungleichheiten verschwinden nicht über Nacht. Die formelle Unabhängigkeit südamerikanischer, afrikanischer und asiatischer Länder hieß nicht, dass auf einmal alles wieder wurde, wie es vorher war.

Es ist wie beim Monopoly. Stellen wir uns vor, wir spielten zusammen dieses Brettspiel. Bei den ersten 500 Runden allerdings dürfen Sie nicht mitspielen, nur ich. Erst danach spielen wir nach den normalen Regeln. Der Vorsprung, den ich mir am



Werbemarke, die die Kolonialpropaganda ihrer Zeit widerspiegelt, für die „Rekofa“ in Berlin vom 13. bis 21. August 1927 in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm  
Abbildung: [picture-alliance/akg-image](#)

Anfang erarbeitet habe, ist so groß, dass Sie keine Chance mehr haben.

Die Effekte des Kolonialismus sind überall zu spüren: in der Geopolitik, in der Wirtschaft, ja selbst im Alltag. Nehmen wir unsere alltäglichen Konsumpraktiken. Ohne den Kolonialismus würde keiner von uns heute Kaffee trinken – oder Tee, oder Rum, oder Schokolade essen. Nicht, dass es diese Produkte nicht gäbe. Doch ohne Sklaverei und ohne koloniale Zwangsarbeit wären die von weit weg importierten Waren so teuer geblieben, dass sie nicht zum Massenkonsum zur Verfügung stünden. Vanille, Tabak oder Pfeffer wären auch heute noch Luxusprodukte. Die meisten Menschen in Europa hätten ihren Geschmack erst gar nicht an diese exotische Würze gewöhnen können. Nicht nur wären diese Waren für Europa teuer geblieben, hätte man für die Arbeit im globalen Süden den fairen Preis bezahlt. Die gesamte Industrie, die auf die Weiterverarbeitung der im globalen Süden produzierten Waren beruht, hätte sich nicht in der uns vertrauten Form entwickelt. Ohne Kamerun kein Kautschuk für deutsche Autoreifenhersteller. Ohne Togo kein Palmöl für die deutsche Eisenbahn. Ohne Plantagen in den Tropen keine Baumwolle für die britische Textilindustrie. Ohne Uran aus Niger kein Atomstrom in Frankreich. Die koloniale

Ausbeutung außereuropäischer Arbeitskräfte und Rohstoffe hat Europa im Wettrennen um die Industrialisierung einen entscheidenden Vorteil verschafft. Die auf Ausbeutung und Rohstoffausbeutung ausgelegte Handelsinfrastruktur tut es noch.

Kolonialismus ist ein uneindeutiges Phänomen. Aktivistinnen und Aktivistinnen, Künstler und Künstlerinnen, Journalisten und Journalistinnen tragen täglich dazu bei, dieses Phänomen besser zu begreifen. Im Folgenden wird über den Beitrag der Geschichtswissenschaft berichtet – einige Ergebnisse aus der neuen Forschung zur Periodisierung, zum Kolonialkapitalismus und kolonialer Gewalt werden zusammengefasst. Es wird über Ereignisse berichtet, die vor langer Zeit stattgefunden haben und trotzdem heute noch brisant sind. Kolonialismus war keine Ausnahme. Er war die Regel. Zwischen 1880 und 1940 lebten zwei Drittel der Menschheit in den besetzten Gebieten unter der Herrschaft der Briten, Franzosen, Belgier, Holländer, Deutschen, Dänen, Spanier, Portugiesen, Italiener, Russen, Japaner und Amerikaner. Das Vereinigte Königreich allein herrschte über ein Viertel der Landmasse der Erde und über ein Drittel der Menschheit.<sup>1</sup> Vorab: Ein Definitionsversuch.

## Definition

Bereits in der Etymologie ist der Begriff Kolonialismus vieldeutig. „Kolonisieren“ kommt von dem lateinischen Verb *colere*, das in etwa ‚bebauen‘, ‚bewohnen‘, ‚pflegen‘, ‚gestalten‘, ‚formen‘ bedeutet. Das Wort gewann im Laufe der Zeit noch neue Bedeutungsvarianten dazu. Kolonisieren hieß, je nach Moment und Ort, „beackern“, „sich niederlassen“, „besiedeln“, „wirtschaftlich erschließen“, „erobern“, „besitzen“ oder auch „beherrschen“. Am Ende des 19. Jahrhunderts wird der Begriff „kolonial“ auf die Verwaltung der Überseegebiete angewendet: Man spricht von „Kolonialbehörden“, „Kolonialrecht“ und „Kolonialbeamten“. Deutsche „Schutzgebiete“ werden (ab 1907) vom „Reichskolonialamt“ verwaltet, britische *protectorates*

vom „*Colonial Office*“, französische „*protectorats*“ vom „*Ministère des Colonies*“.

Im engeren Sinne bezeichnet „Kolonialismus“ ein Herrschaftsverhältnis. Der Historiker Jürgen Osterhammel hat eine klassische Definition vorgelegt, die auf zwei Kernelemente hinweist: Herrschaft und Fremdheit. Kolonialismus ist Herrschaft eines Volkes über ein anderes. Eine Fremdherrschaft, die sich durch die Überzeugung der eigenen religiösen, biologischen oder kulturellen Überlegenheit rechtfertigt. Osterhammel schreibt: „Kolonialismus ist eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden.“<sup>2</sup> Osterhammels Definition ist nützlich, doch sie verkennt die Dynamik der Identitätsbildung. Er hat recht, auf kulturelle Differenz hinzuweisen. Es ist jedoch irreführend, Kultur als vorgegeben zu postulieren. Kolonialismus ist nicht nur Herrschaft durch Fremde, sie ist zugleich Fremdheit, die durch Herrschaft produziert wird. Die Trennung von „Europäern“ und „Eingeborenen“ ist mehr Ergebnis der Kolonialherrschaft, als deren Grundlage. Sie ist Ergebnis von Trennungsarbeit und um die kolonialen und rassistischen Grenzen aufrecht zu erhalten muss ständig Arbeit verrichtet werden.

Denn nirgendwo prä-existierten klar voneinander getrennte, homogene und für sich geschlossene Kulturen. Nirgendwo ließen sich Identitäten nahtlos in das duale Rechtssystem einfügen. Gewiss: Sprachunterschiede, religiöse Differenzen, soziale Ungleichheiten und phänotypische Vielfalt gab es überall. Aber diese Eigenschaften waren nicht deckungsgleich. Nirgendwo stimmten sie mit der kolonialen, rassistischen Klassifizierung überein. Nirgendwo passte die Gesellschaft in zwei Kategorien. Die binäre Opposition, die Grundlage des kolonialen Rechts war, musste zunächst gewaltsam hergestellt werden. Es gab weiße Afrikaner und schwarze Europäer, reiche Autochtonen und arme Siedler, gebildete Muslime und analphabetische Christen, anzugtragende Afrikaner und in Lumpen gekleidete Europäer. Es wohnten

1 Diese Statistik sowie den Titel dieses Textes borge ich bei dem Soziologen Trutz von Trotha, der vor zwanzig Jahren den Forschungsstand seiner Zeit zusammengefasst hatte. Trutz von Trotha: Was war Kolonialismus? Einige zusammenfassende Befunde zur Soziologie und Geschichte des Kolonialismus und der Kolonialherrschaft, in: *Saeculum* 55/1 (2004), S. 49-96, hier S. 51. Der Untertitel dieses Textes bezieht sich auf ein Buch des Afrikahistorikers Frederick Cooper: *Africa since 1940: the past of the present*, Cambridge 2019.

2 Jürgen Osterhammel: *Kolonialismus. Geschichte. Formen. Folgen*, München 1995, S.21. S. auch: Andreas Eckert: *Kolonialismus*, Frankfurt am Main 2015.

Brasilianer im westafrikanischen Dahomey, Hindus in Südafrika, Perser in Ostafrika, Libanesen im Senegal. Es wurden „Mischlinge“ in Deutsch-Südwestafrika, „*métis*“ in Indochina, „*coloureds*“ in Rhodesien, „*Mestiços*“ auf Cape Verde geboren. Es gab Konvertiten, „*Évolués*“, „*Assimilados*“ und viele mehr, die nicht in die Rassenfantasie der Kolonialapologeten passten. Identität entzog sich immer wieder den rassistischen Entgegenstellungen. Differenz war nicht nur Segen für die Kolonialverwalter. Es war auch ihr Alptraum. Denn Identität lässt sich nicht dauerhaft fixieren – sie eignet sich an, passt sich an, verändert sich.<sup>3</sup>

Der Kolonialstaat war eine Klassifizierungsmaschine. Duales Rechtssystem, duales Steuersystem, duales Kreditsystem, urbane Segregation, Pässesystem, und Migrationskontrolle waren die Herrschaftstechniken, die auf eine Herstellung separater Identitäten abzielten. Soziales Engineering sollte Gesellschaften für den Kolonialherr „lesbar“ machen.<sup>4</sup> Kulturelle Vielfalt musste reduziert werden. Kolonialverwalter waren von dieser Klassifikationsarbeit besessen. Jeder koloniale Bezirksleiter, jeder *district commissioner* musste ständig entscheiden: Wem darf ich die Prügelstrafe verpassen, wen muss ich schonen? Wessen Besitztümer kann ich plündern, wessen Besitztümer soll ich schützen? Welche Menschen kann ich zur Arbeit verpflichten, welche muss ich gehen lassen? Anders gefragt: Wer könnte sich wehren? Riskiere ich, einen Aufstand auszulösen, wenn ich just *diesen* Chief einsperren lasse? Bekomme ich Ärger vom Gouverneur, wenn ich just *diesen* afrikanischen Missionslehrer auspeitschen lasse? Werden Berliner Parlamentarier aufmerksam, wenn ich just *diese* Dörfer verbrennen lasse? Um das duale Rechtssystem anzuwenden, musste immer wieder eine Trennlinie durch die Gesellschaft gezogen werden. Das ging letztendlich nur mit Gewalt. „Die kolonisierte Welt ist eine zweigeteilte Welt“, schreibt Frantz Fanon,

„die Trennungslinie, die Grenze wird durch Kasernen und Polizeiposten markiert. Der rechtmäßige und institutionelle Gesprächspartner des Kolonisierten, der Wortführer des Kolonialherren und des Unterdrückungsregimes ist der Gendarm oder der Soldat.“<sup>5</sup> Wenn diese Trennungsarbeit auch als mühsam empfunden wurde, so galt sie doch als Grundvoraussetzung um Kolonien beherrschen zu können (*divide et impera*).

## Kolonialismus im Kontext von Imperialismus

### Frühimperialismus (15.–19. Jahrhundert)

Der Frühimperialismus beginnt Mitte des 15. Jahrhunderts, als Portugal und Spanien dem venezianisch und osmanisch dominierten Mittelmeer den Rücken kehren, um nach neuen Handelswaren im Atlantischen Ozean zu suchen. Stück für Stück erschließen sie die Inseln und Küstenstreifen des afrikanischen Kontinents: Die kanarischen Inseln, Madeira (1424), die Kapverden, den Senegal (1446). An den europäischen Höfen träumt man von Gold aus Afrika, Baumwolle aus Indien und Porzellan aus China. Diese Waren bekommt man in Europa zwar schon, über das Mittelmeer, aber nur in begrenzten Mengen und für einen hohen Preis. Denn Westeuropa ist das letzte Glied einer langen Kette. Der Welthandel wird von arabischen, persischen und türkischen Händlern beherrscht. Zwischen Asien und Europa liegt das Osmanische Reich, zwischen Afrika und Europa liegt das Osmanische Reich. Wer Pfeffer, Leinen, Seide, Bernstein, Leder, oder Parfüm möchte, muss sich auf dessen Konditionen einlassen.

Im Jahr 1471 erreichen portugiesische Seefahrer einen Ort im heutigen Ghana, den sie in „*E/ Mina*“ nennen: die „Grube“. Dieser Ort sollte den Wohlstand der portugiesischen Krone garantieren. Europäer, die jahrhundertlang vom afrikanischen Gold geträumt hatten, können sich nun direkt vor Ort bedienen. Der gesamte Küstenstrich wird in „Goldküste“ umbenannt. Jeden Monat erreicht Lissabon eine Karavelle aus Elmina mit etwa 50 Kilo Gold – eine Summe, die das Einkommen des

3 Emmanuelle Saada: *Empire's children: Race, filiation, and citizenship in the French colonies*, Chicago 2011. Ann Laura Stoler/ Frederick Cooper: „Between metropole and colony.“ *Tensions of empire: Colonial cultures in a bourgeois world*, 1997), S. 1-56; Ann Laura Stoler: *Race and the education of desire: Foucault's history of sexuality and the colonial order of things*, Durham/NC 1995. Joël Glasman: *Rethinking colonial intermediaries: On the use of career records as a source for African history. A sample from Togo*, in: Geert Castryck/Silke Strickrodt/Katja Werthmann (Hg.): *Sources and Methodes for African History and Culture. Essays in Honour of Adam Jones*, Leipzig 2016, S. 413–430.

4 James C. Scott: *Seeing like a state: How certain schemes to improve the human condition have failed*, Yale 2020 [1998].

5 Frantz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, Berlin 2021 [1961], S. 31 f.



des portugisischen Königs verdoppelt.<sup>6</sup> Die Westafrikanische Küste wird zum Laboratorium des Imperialismus. Neue Techniken werden erprobt: Artillerie, Kartographie, Nautik, Logistik, Segeltechniken. Neue Netzwerke entstehen: Portugiesische Seefahrer, italienische Versicherer, jüdische Kartographen, muslimische Lotsen und internationale Söldner lernen, zusammenzuarbeiten. Europäische Banker und Königshöfe investieren in immer größere Explorationsprojekte. Hohe Risiken, hohe Gewinne und eine hohe Gewaltbereitschaft. Bald wollen die Seefahrer, die an der Goldküste ihre Karriere angefangen haben, mehr. Unter ihnen auch ein Italiener Kapitän aus Genua: Christoph Kolumbus.

1492 erreicht das Schiff von Kolumbus die Insel Guanahani in den Bahamas. 1498 legt das Schiff von Vasco da Gama in Kalikut in Indien an und beweist, dass man nach Asien über den langen Seeweg das südliche Afrika erreichen kann. 1494 einigen sich Spanien und Portugal in Tordesillas auf eine Demarkationslinie: Die Welt wird durch eine imaginäre Linie westlich der kapverdischen Inseln aufgeteilt, die vom Nordpol zum Südpol läuft, und zwei Hoheitsgebiete voneinander trennt: Westlich dieser Linie unterliegen die Gebiete den Königen von Spanien, östlich dieser Linie den Königen Portugals. Das Osmanische Reich liegt nicht mehr auf dem Weg. Die Europäischen Mächte legen ihren Herrschaftsanspruch auf die gesamte Erdkugel. Abgesichert wird dieser Prozess durch die katholische Kirche und den Papst in Rom, der nicht nur die Vertragsparteien zu Einhaltung verpflichten soll, sondern mit der „spirituellen Eroberung“ der neuen Kolonien für das Christentum die ideologische Grundlage für Herrschaft liefert.

Spanien setzt auf Unterwerfungskolonialismus: 1519 marschieren spanische Truppen in die Aztekenhauptstadt Tenochtitlán (Mexiko), 1533 in die Inkahauptstadt Cuzco (Peru) ein. Portugal setzt auf Stützpunktkolonialismus: Seefahrer spannen ein breites Netz von Plantagen, Festungen und Faktoreien an den Küsten Brasiliens, Afrikas und Indiens sowie auf Inseln des Atlantiks und des indischen Ozeans. Eroberungskriege und Plantagensystem zerstören die amerikanischen Ökosysteme. Von den 61 Millionen Bewohnern der Amerikas bei der Ankunft der Europäer 1492 sterben 90 Prozent an den Folgen des Krieges, des Hungers, und der von

den Europäern mitgebrachten Seuchen. 1650 gibt es nur noch sechs Millionen Ureinwohner.<sup>7</sup> Für drei Jahrhunderte wird der atlantische Ozean zum Theater eines fast ununterbrochenen Krieges zwischen europäischen Mächten: Spanien gegen Portugal, das Vereinigte Königreich gegen Spanien und die Niederlande, Frankreich gegen das Vereinigte Königreich. Deutsche waren auch beteiligt. Als Missionare, Forscher, Söldner oder als Investoren und Besitzer von Handelsgesellschaften. Am bekanntesten die Fugger und Welser als Finanziere der spanischen Expansion, oder die Markgrafen von Brandenburg, die Sklavenhandel zwischen der westafrikanischen Küste und der Karibik betrieben, die Kurfürsten von Hannover, die im 18. Jahrhundert als britische Könige über ein Weltreich herrschten, oder Georg Friedrich Händel, der sein erstes in London verdientes Geld in eine Sklavenhandels-gesellschaft investierte.

### Die Zeit des Hochimperialismus (19.–20. Jahrhundert)

Das „Zeitalter der Revolutionen“ (1780er–1840er Jahre) markiert den Übergang zwischen dem frühen und dem hohen Imperialismus.<sup>8</sup> Die meisten Länder Amerikas erlangen die politische Unabhängigkeit: die USA (1776), Haiti (1791), später Argentinien, Brasilien, Mexiko sowie die meisten anderen Länder Südamerikas (1810–1830). Es kommt aber auch zu neuen Eroberungen auf dem gesamten Globus: Das Vereinigte Königreich etabliert die britische Herrschaft in Indien; Frankreich erobert 1830 Algerien, 1854 den Senegal, 1859 Saigon. Die Niederlande breiten sich 1830 auf Java (Indonesien) aus, Russland schließt 1870 seine Eroberung in Zentralasien ab. Der Journalist Henry Morton Stanley beschreibt das Kongobecken als ein neues Eldorado: Ein riesiges Territorium voller Rotholz, Gummibaum, Elfenbein, Leopardenpelz, Gold, Diamanten und „40 Millionen Arbeitern“, schreibt er. „Kongo ist so reich wie Nordamerika“.<sup>9</sup> Europäische Investoren werden hellhörig.

Der Gier der Handelsgesellschaften ist so groß, dass sie zu Spannungen um die Kontrolle des

6 Howard W. French: Afrika und die Entstehung der modernen Welt: Eine Globalgeschichte, Stuttgart 2023.

7 Ebd.

8 Eric Hobsbawm: *Age of revolution: 1789-1848*, London 2010.

9 Henry M. Stanley: *The Congo and the Founding of Its Free State*, 1855, zit. nach: William Clark/Nancy Worger/Edward Alpers: *Africa and the West: A documentary history*, Bd. 1, Oxford 2010, S. 232.



Kongobeckens zwischen europäischen Nationen führt. Bismarck lädt zur Berliner Afrika-Konferenz ins Reichstagspalais in der Wilhelmstraße ein (1884/85): Dreizehn europäische Nationen, die USA und das osmanische Reich einigen sich darüber, dass die Geschäftsmänner aller Großmächte Zugang zu den Reichtümern des Kongobeckens haben dürfen. Auch würde man sich gegenseitig über den Stand der Besitznahme in Afrika informiert halten und diese schriftlich nachweisen müssen. Das „Gezerr um Afrika“ ist nun in vollem Gange.<sup>10</sup>

1914 befindet sich fast der gesamte Kontinent unter europäischem Joch. Das Vereinigte Königreich besitzt mit Ägypten, Südafrika, Kenia, Nigeria und der Goldküste den Löwenanteil und einige der reichsten Kolonialgebiete. Äthiopien verteidigt sich erfolgreich gegen den italienischen Angriffskrieg. In Adua (1896) hat der Negus Menelik II. den italienischen Truppen eine Niederlage erteilt. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg werden 1919 die deutschen Kolonien als „Mandatsgebiete“ des Völkerbunds an die anderen Kolonialmächte verteilt. Es ist die Zeit der weitreichendsten kolonialen Ausdehnung. 1936 erobert Italien unter der Führung von Mussolini Äthiopien. Kaiser Haile Selassie bittet im Völkerbund die Großmächte um Hilfe gegen das faschistische Regime, doch aus Westeuropa bekommt er keine Unterstützung. Auch die liberalen Demokratien begrüßen die faschistische Kolonialeroberung.<sup>11</sup>

Doch in der Zwischenkriegszeit vernetzen sich auch antikoloniale Bewegungen aller Kontinente. Studierende, Arbeiter, Bauern, religiöse Anführer, Gewerkschaftler, Geschäftsfrauen aus Afrika, Asien und Amerika tauschen sich aus. Sie gründen Verbände, Netzwerke und Zeitungen.<sup>12</sup> 1919 findet der erste „Panafrikanische Kongress“ in Paris statt – danach trifft sich dieser wieder in Brüssel (1921), London (1921), Lissabon (1923), New York (1927) und Manchester (1945). Kommunisten gründen eine „Liga gegen Kolonialgräuere und Unterdrückung“ (Brüssel, 1927), Gewerkschaftler eine „International Trade Union Committee of Negro Workers“ (Hamburg, 1930). Man vergleicht die



Lesezeichen, das den britischen Kolonialismus verherrlicht, Großbritannien 1887  
Abbildung: picture alliance/Heritage Image

Situationen in den verschiedenen Ländern, stellt die Schwäche der Imperialmächte fest, ermutigt von Erfolgen der anderen Nationen. Bald erlangen einzelne Länder ihre Unabhängigkeit: 1942 Äthiopien, 1945 Indonesien, 1947 Indien. Sie werden für Widerstandskämpfer anderer Kolonien zum sichtbaren Beweis, dass Unabhängigkeit möglich ist.

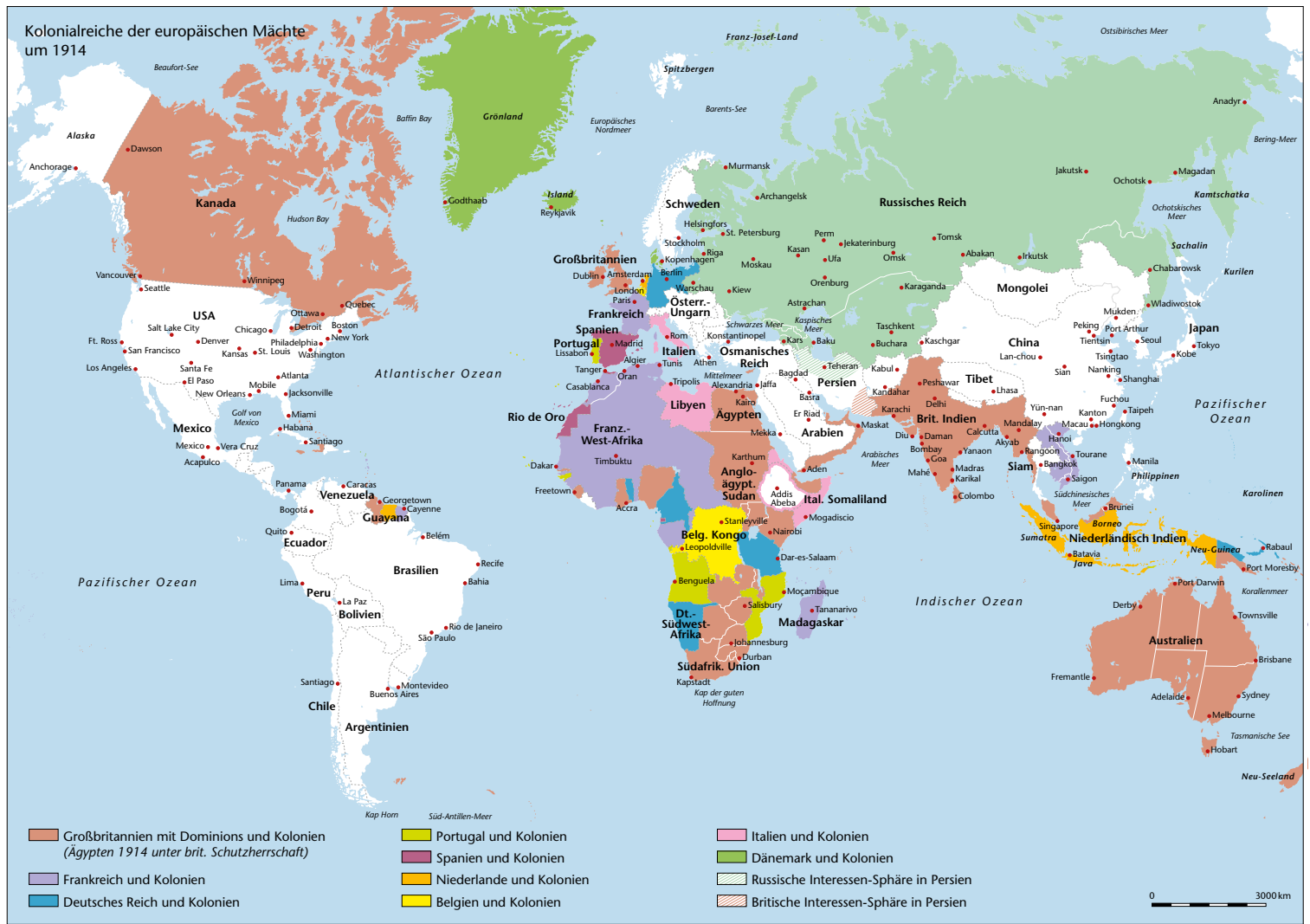
In der Literatur wird oft zwischen „friedlicher“ und „kriegerischer“ Dekolonisierung unterschieden. Während Nationen wie Ghana (1957), Nigeria (1960) und der Senegal (1960) ihre politische Unabhängigkeit tatsächlich durch Streiks, zivilen Widerstand und Verhandlungen erlangen können, müssen andere Nationen wie Vietnam (1945–1954), Algerien (1954–1962), Kamerun (1955–1971) oder Kenia (1952–1960) lange um ihre Freiheit kämpfen. Doch diese Unterscheidung verkennt, dass Unabhängigkeit auch dort, wo sie relativ friedlich erlangt werden konnte, deswegen möglich war, weil die Kräfte der Imperialmächte anderorts gebunden waren. Im „Jahr Afrika“ 1960 konnten zwar fast zeitgleich 17 koloniale Territorien unabhängig werden, aber auch nur, weil Paris sich keinen zweiten Algerienkrieg und London sich keinen zweiten Mau-Mau-Krieg leisten konnten.

Anti-Imperialisten wissen sich transnational zu organisieren, etwa auf der Konferenz von Bandung

10 Andreas Eckert: 125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz: Bedeutung für Geschichte und Gegenwart, in: GIGA Focus Afrika, 12 (2009); GIGA: German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274593> [Stand: 30.05.2023].

11 Vgl. Arno Sonderegger: Afrika und die Welt. Betrachtungen zur Globalgeschichte Afrikas in der Neuzeit, Wiesbaden 2011, S. 247.

12 Michael Goebel: *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*, Cambridge 2015.



Karte:  
Peter Palm, Berlin

[1955], der „All Africa People's Conference“ in Accra [1958] und der „Trikontinentalen Konferenz“ in La Havana [1966]. Einige Länder müssen jedoch noch zwei Dekaden um die Unabhängigkeit ringen. Erst 1975 werden Angola, die Kapverden, die Komoren, Mosambik und Sao Tomé unabhängig. 1991 kann sich Namibia vom südafrikanischen Apartheidsregime befreien. 1994 kann das ANC von Nelson Mandela die Regierung Südafrika zu einer demokratischen Wahl erzwingen und nach dem Wahlsieg dem Apartheidregime ein Ende setzen.

### Die koloniale Entstehung des Kapitalismus

Die Geschichte des Kapitalismus wird meist so erzählt: Kapitalismus sei am Anfang des 19. Jahrhunderts in England entstanden, ausschlaggebend seien technologische Innovationen wie die Dampfmaschine, ‚cotton gin‘, oder ‚spinning jenny‘ gewesen, die zur Mechanisierung der Handarbeit und Industrialisierung Westeuropas geführt hätten.

Diese Erzählung wird durch die neue Forschung zum Kolonialkapitalismus korrigiert. Die *New History of Capitalism* und die kritische politische Ökonomie zeigen einen Zusammenhang zwischen den Ursprüngen des Kapitalismus und der Geschichte der Kolonien.<sup>13</sup> Auch die deutsche koloniale Wirtschaftsgeschichte rückt zunehmend ins Blickfeld der Forschung.<sup>14</sup> Denn ohne den aus kolonialer Sklaven- und Zwangsarbeit extrahierten Mehrwert

13 Eric Williams: *Capitalism and slavery*. Chapel Hill 2021 [1944]. S Beckert/Christine Desan (Hg.): *American Capitalism: New Histories*. New York 2019; Kris Manjappa: *Colonialism in Global Perspective*. Cambridge 2020; Utsa Patnaik/Prabhat Patnaik: *A theory of imperialism*. New York 2016.

14 Kim Sebastian Todzi/Jürgen Zimmerer (Hg.): *Hamburg: Tor zur kolonialen Welt*. Göttingen 2021; Tristan Oestermann: *Kautschuk und Arbeit in Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, 1880-1913 (Industrielle Welt)*. Wien 2023; Nina Kleinöder: *Eine rheinische Schwebebahn in Afrika. Rheinisch-westfälische Zulieferer im deutschen Kolonialbahnbau*. in: Marianne Bechhaus-Gerst/Fabian Fechner/Stefanie Michels (Hg.): *Nordrhein-Westfalen und der Imperialismus*. Berlin 2022. S. 90-109; Kim Sebastian Todzi: *Unternehmen Weltaneignung. Der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus, 1837-1916*. Göttingen 2023.

hätte das nötige Kapital für die Industrialisierung gefehlt.

Befindet sich Westeuropa im 15. Jahrhundert noch an der Peripherie der Weltwirtschaft, so kann sich der Kontinent vierhundert Jahre später als industrielles Zentrum durchsetzen. Dazwischen ist eine entscheidende Institution europäischer Kolonialökonomie über die Welt gespannt worden: das Plantagensystem. Entstanden ist die Plantage zwischen dem 15. und dem 16. Jahrhundert, erst auf Madeira und den kanarischen Inseln, dann auf São Tomé und Príncipe, dann in der Karibik und in Brasilien und in den Südstaaten der USA. Ihr erster Motor war Zucker. Die Nachfrage nach Süßmittel war groß – bis dato konnten die Europäer nur durch Obst und Honig süßen.<sup>15</sup>

Das Plantagesystem vereinigt drei Eigenschaften. Erstens: Landraub. Die einheimische Bevölkerung wird enteignet, verdrängt, marginalisiert – und oft durch Massaker und europäische Seuchen dezimiert. Die angeeigneten Böden verfügen über eine hohe Fruchtbarkeit und ein tropisches Klima: Sie ermöglichen eine sehr intensive Landwirtschaft. Zweitens: Monokultur. Wälder werden vernichtet, Subsistenzwirtschaft eingestellt, einheimische Pflanzen durch importierte Arten ersetzt (Zuckerrohr, Tabak, Kaffee, Tee, Reis, Indigo, Bananen, Vanille, Baumwolle). Die Plantagen produzieren für weit entfernte Märkte. Damit machen sie sich selbst von Nahrungsimporten abhängig. Drittens: Der Import von Arbeitskraft, in der Form von versklavten Eltern und Kindern aus Afrika. Zwischen 1450 und 1870 werden zwischen 12 und 15 Millionen Afrikaner an die karibischen und amerikanischen Küsten verfrachtet. Etwa sechs Millionen kommen zusätzlich dabei um. Plantageproduktion ist arbeitsintensiv: Das Graben von Schilfrohlöchern, die Anpflanzung neuer Pflanzen, Unkraut jäten, ernten, sortieren. Die Sterberaten der Sklaven auf den Plantagen ist hoch, es müssen immer wieder neue Personen gefangen, transportiert und zur Arbeit gezwungen werden. Die Bevölkerung der Südstaaten der USA besteht zu 30 Prozent aus Sklaven, Brasilien zu 50 Prozent, die karibischen Inseln (Jamaika, Barbados, Martinique, Guadeloupe) zu 80 Prozent.<sup>16</sup> Paradigmatisch ist Santo Domingo (Haiti), dessen Bevölkerung am Ende des 18. Jahrhunderts 90 Prozent aus Sklaven

besteht, die in Afrika gefangen worden sind. Jedes Jahr müssen 40.000 neue Sklaven auf diese Insel ausgeladen werden, um die hohen Verluste auszugleichen.

Hier entsteht eine neue Produktionsart, die immer weiter expandieren und nahezu alle anderen Wirtschaftssysteme verdrängen wird: der Kapitalismus.<sup>17</sup> Größere Bevölkerungsgruppen verlieren ihr Land, und können dementsprechend ihre Nahrungsmittel nicht mehr selbst produzieren. Sie sind darauf hingewiesen, ihre Arbeitskraft für diejenige einzusetzen, die die Produktionsmittel – Böden, Saatgut, Maschinen, Schiffe – besitzen. Die Arbeit wird immer mehr von Spezialisten geplant, organisiert und überwacht. Es entstehen neue Techniken des Managements: Messung der Arbeitsschritte, Erfassung der Produktivität, Buchhaltung und Arbeitsteilung. Weltregionen werden auf bestimmte Produkte spezialisiert: Sie produzieren günstig, aber werden voneinander abhängig. Man ernährt sich nicht von Tee oder Kaffee allein. Sie können sich dem Weltmarkt nicht mehr entziehen. Ein wichtiger Moment kommt hinzu, auf den der karibische Historiker CLR James schon 1938 nachdrücklich hinwies: Die versklavten Arbeiter waren ein hochmoderne soziale Gruppe; denn die Plantage hatte sie zu Proletariern gemacht und zu potenziellen Revolutionären noch vor dies in Frankreich geschah.

Ein entscheidender Moment für die Entstehung des Kapitalismus ist die Abschaffung der Sklaverei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie erfolgt nicht aufgrund der Großzügigkeit der Abolitionisten, also derer, die sich für die Abschaffung der Sklaverei einsetzten, sondern aus Angst vor Sklavenflucht und Revolten. Frankreich verkündet 1794 als erster Staat in der Neuzeit die Abschaffung der Sklaverei – aber auch nur deshalb, weil Sklaven von Santo Domingo erfolgreich rebelliert haben. Bereits 1802 führt Napoleon die Sklaverei wieder ein, doch die ehemaligen Sklaven erklären 1804 die Unabhängigkeit ihres Landes unter dem Namen Haiti. Der militärische Erfolg der emanzipierten Sklaven Haitis erschreckt die europäischen Mächte. Wer zu lange an seinen Sklaven festhielt, riskierte alles zu verlieren. 1825 erkennt Karl X. die Unabhängigkeit Haitis an – jedoch nicht ohne von der ihrer Regierung das Versprechen der Bezahlung von

---

15 Sidney Mintz: Die süße Macht: Kulturgeschichte des Zuckers, Frankfurt am Main 1987.

16 Thomas Piketty: Kapital und Ideologie, München 2020, Abb. 6.1.

---

17 Jürgen Kocka: Geschichte des Kapitalismus. München 2013, S. 55-58.

150-Millionen-Gold- Francs zu erlangen, um die Sklavenhändler zu entschädigen.<sup>18</sup>

Das britische Gesetz zur Abschaffung der Sklaverei (*Abolition Act*) von 1833 ist auch eine Reaktion auf den Aufstand auf Jamaika (1831). Der Aufstand wird blutig niedergeschlagen – hinterlässt in der britischen Presse jedoch starke Spuren. Weder die Regierung noch die Sklavenbesitzer wollten riskieren, dasselbe Schicksal wie Haiti zu erfahren. Auch die britische Regierung entscheidet sich dafür, nicht die Sklaven zu entschädigen, sondern die Sklavenhalter. Die Entschädigung sollte etwa dem Marktwert ihres Sklavenbestandes betragen. Laut Einschätzungen werden etwa 20 Millionen Pfund Sterling, also fünf Prozent des damaligen Nationaleinkommens des Vereinigten Königreichs an etwa 4.000 Sklavenhalter ausgezahlt.<sup>19</sup> Durch die Kolonisierung Afrikas werden afrikanische Arbeitskräfte auf dem Kontinent selbst gebraucht – für die Kolonialmächte gibt es keinen wirtschaftlichen Sinn mehr, Sklaven aus Afrika abzutransportieren. Die Sklaverei ist für Europa unwirtschaftlich geworden. Hohe Sterberaten, hohe Fluchraten, hohe Transportkosten und die Häufung von Sklavenrevolten machen das System des Sklavenplantagen, das für drei Jahrhunderte die Triebkraft des Kolonialismus war, hinfällig.<sup>20</sup>

Europa ist bis zum 19. Jahrhundert den anderen Regionen der Welt wirtschaftlich nicht überlegen. England hat Textilmanufakturen; aber auch in West- und Nordafrika stellt man Textilien her, die nach Amerika exportiert werden.<sup>21</sup> Indien produziert 25 Prozent der weltweiten Waren, China sogar 32 Prozent.<sup>22</sup> Doch innerhalb von weniger als einem Jahrhundert überholt Europa, mit England als dessen Motor, alle anderen Weltregionen im Wettbewerb um die Industrialisierung. Der Historiker Kenneth Pomeranz führt diesen raschen Aufstieg auf die „ökologische Dividende“ der Kolonien zurück.<sup>23</sup> Anders als China und Indien kann England von den Erträgen der vielen

Millionen Quadratkilometer fruchtbaren Landes in „den Amerikas“ profitieren, sowie von der Arbeit von hunderttausenden enteigneter afrikanischer Sklaven. Nicht nur Kapital wird für die Industrialisierung verfügbar, sondern auch die Rohstoffe der Industrialisierung: Baumwolle für die Textilindustrie und Zucker für den Kalorienbedarf der britischen Arbeiter.

Afrika und Asien werden im 19. Jahrhundert Stück für Stück in das europäische, kapitalistische Weltsystem integriert. Ein neues Weltsystem entsteht.<sup>24</sup> Europa und die USA importieren asiatische, afrikanische und südamerikanische Rohstoffe für ihre Fabriken. Im Gegenzug exportieren sie teure Industriegüter und Maschinen. Europa wird industrialisiert. Britische Industriegüter werden in Europa nicht mehr nachgefragt, doch in den Kolonien finden sie unbegrenzte Märkte. Asien und Afrika werden brutal „de-industrialisiert“. Staatsgewalt wird eingesetzt, um nicht-kapitalistische Gesellschaften in die Peripherie des europäischen Weltsystems zu integrieren.<sup>25</sup> In Ägypten werden die Baumwollfabriken von britischen Schiffen bombardiert. Das Vereinigte Königreich und Frankreich führen gegen die Qing-Dynastie „Opiumkriege“ (1839-1842 und 1856-1860), um den chinesischen Markt zugunsten der europäischen Händler zu gestalten.

Doch die Zerstörung lokaler Ökologien und Wirtschaftssysteme erschüttert den globalen Süden. Die Effekte der kolonialen Kriege verschärfen die Effekte der großen Dürren am Ende des Jahrhunderts (1876–1902). Hungersnöte finden auf Java, den Philippinen, Indien, Korea, Brasilien, Russland, Südafrika, Äthiopien, dem Sudan und dem Maghreb statt. 30 bis 50 Millionen Menschen sterben in diesen Ländern an den Folgen der Gewalt und des Hungers, und der daraus folgenden Epidemien von Malaria, Dysenterie, Cholera und Pocken.<sup>26</sup>

Die Dekolonisierung beendet die durch den Kolonialismus verschärften Ungleichheiten nicht. Das duale Rechtssystem hinterlässt tiefe Spuren. Eliten aus den Kolonialgebieten, die sich den Interessen der Kolonialgesellschaften beugen,

---

18 Piketty (wie Anm. 16).

19 Ebd.

20 Samir Amin: *Accumulation on a world scale*, New York 1974.

21 Toby Green: *Africa and Capitalism: Repairing a History of Omission*. *Capitalism: A Journal of History and Economics* 3/2 (2022), S. 301-332.

22 David Clingingsmith/Jeffrey G. Williamson: *Deindustrialization in 18th and 19th century India: Mughal decline, climate shocks and British industrial ascent*, *Explorations in Economic History* 45/3 (2008), S. 209-234.

23 Kenneth Pomeranz: *The great divergence: China, Europe, and the making of the modern world economy*. Princeton 2000.

---

24 Immanuel Wallerstein: *The rise and future demise of the world capitalist system. Concepts for comparative analysis*, in: *Comparative Studies in Society and History* 16/4 (1974), S. 387-415.

25 Utsa Patnaik/Prabhat Patnaik: *Capital and Imperialism. Theory, History and the Present*, New York 2021, S. 85-100.

26 Mike Davis: *Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter*, Berlin 2004.





Kunstwerk aus dem Kongo (Künstler/in unbekannt), Ende des 19. Jahrhunderts: Europäer in einer Sänfte, Holz. Rotterdam, Museum Volkenkunde  
 Abbildung: picture alliance/ akg-images/  
 Fotograf: Werner Forman

können Kapital akkumulieren. Der Rest der Bevölkerung ist davon ausgeschlossen. Heute noch gehören ehemaligen Kolonien zu den Regionen der Welt mit den größten Ungleichheiten. Das lässt sich am Anteil des Nationaleinkommens messen, den der reichste Teil der Gesellschaft für sich beanspruchen kann. In Europa erhalten die zehn Prozent der Bevölkerung, die am besten verdienen, etwa 34 Prozent des Nationaleinkommens. In Afrika südlich der Sahara bekommen sie 54 Prozent des Nationaleinkommens, in Indien 55, in Brasilien 56 Prozent.<sup>27</sup>

Noch auffälliger sind Ungleichheiten zwischen den Ländern. Ehemalige Kolonialgebiete bleiben lange von den ehemaligen Metropolen abhängig. Die Preise der Rohstoffe, die die Länder aus dem Süden exportieren, bewegen sich deutlich unter den Preisen der Industriegüter, die sie importieren müssen. Aufgrund dieses Überschusses konnten in Europa die Löhne nach und nach erhöht werden. In vielen Ländern des globalen Südens dagegen nicht.

Es ist der „ungleiche Tausch“, den der Ökonom Samir Amin in Details analysiert hat. Während

europäische und amerikanische Unternehmen in Gesellschaften des globalen Südens investieren dürfen, sollen Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem globalen Süden nicht in den globalen Norden auswandern, um von den besseren Löhnen zu profitieren. Mehrwert wird im Süden extrahiert, und im Norden akkumuliert. Freihandelsabkommen – die Öffnung der Grenzen für das Kapital – und Migrationsabwehr – die Schließung der Grenzen für die Menschen – sind für Amin die notwendigen Mittel der Aufrechterhaltung des Ungleichen Tausches.<sup>28</sup> Die Ökonomen Thomas Piketty und seine Kollegen und Kolleginnen haben diese Ungleichheiten gemessen. Ihr Schluss: „Die gegenwärtigen globalen Ungleichheiten entsprechen in etwa dem Niveau des frühen 20. Jahrhunderts, dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus.“<sup>29</sup>

27 Piketty (wie Anm. 16).

28 Samir Amin: Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsinformationen des peripheren Kapitalismus. Hamburg 1975. Für eine einleuchtende Erläuterung und Kontextualisierung, s.: Robert Heinze: Eine „Neue Amin-Lektüre“? Der ungleiche Tausch auf dem Weltmarkt und die Rolle des Nationalstaats im Werk von Samir Amin, in: Peripherie 167/168 (2022), S. 277-299.

29 Lucas Chancel/Thomas Piketty/Emmanuel Saez/Gabriel Zucman: *World Inequality Report 2022*, World Inequality Lab 2021, S. 11.

## Gewalt

Kolonialrevisionisten stellen sich den Kolonialismus bisweilen gerne als eine friedliche Zeit vor. Eine ungerechte Zeit, vielleicht, aber immerhin eine stabile Zeit, von Ordnung und Sicherheit geprägt. Dieser Trugschluss ist eine Folge der Kolonialpropaganda selbst. Kolonialpolitiker sprachen über den „kolonialen Frieden“ (*colonial peace*), die „Befriedigung“ (*pacification*) der Territorien oder den „Schutz“ der Bevölkerung (Schutzgebiete, Schutztruppen, *protectorates*). Kriege wurden als „Ereignisse“ kleingeredet, Widerstandsbewegungen als „Rebellionen“ abgetan, Kriegszüge als „Strafexpedition“ umgedeutet. Die neue Forschung hat gezeigt, dass die Kolonialpropaganda weit entfernt der Realität ist. Gewalt setzt sich während der Kolonialzeit durch. Der Kolonialstaat war immer gewaltbereit. Lange Perioden des Nichtintervenierens wechselten sich mit Momenten brutaler Eingriffe ab.<sup>30</sup> Gewalt variierte von alltäglichen Handgreiflichkeiten, über Körperstrafen bis zu brutalen Kriegen gegen ganze Gesellschaften und Genozide

Unter dem Konzept des „Siedlungskolonialismus“ (*settler colonialism*) hat die Forschung versucht, den engen Zusammenhang zwischen Landraub und extremer Gewalt zu schildern. In einigen Regionen Nordamerikas, Südamerikas, Neuseelands, Australiens, Südafrikas, Algeriens, Kenias, Rhodesiens oder Deutsch-Südwestafrikas, zielte die Siedlungspolitik auf die Enteignung der einheimischen Bevölkerung ab, und auf deren Ersetzung durch europäische Siedler. Strafexpeditionen, Lynchpraktiken und Vernichtung gesamter Gruppen waren Methoden, die zur Vertreibung der Bevölkerung führten. Nicht zufällig gehörten Siedlungskolonien zu den Territorien, in denen die koloniale Gewalt ihren Höhepunkt erreichte.<sup>31</sup>

Lange genoss das britische Imperium den Ruf eines relativ friedlichen Kolonialreichs. Man sprach von „benign Empire“, vom „gutartigen Empire“, etwa in der Art und Weise, wie man von einem „gutartigen Tumor“ spricht. Die Forschung lässt von diesem Mythos nichts mehr übrig. Die britische



Verwaltung hat versucht, die koloniale Gewalt zu vertuschen, u.a. durch die systematische Vernichtung von Akten. Caroline Elkins und David Anderson konnten quellenbasiert zeigen, dass der britische Kolonialstaat mehr als zehn Jahre lang einen brutalen Krieg gegen die Mau-Mau Bewegung führte (1952-1963), der nicht nur mehr zehntausende Todesopfer brachte, sondern auch einen großen Teil der Bevölkerung in einer Art Lager-system einsperren und foltern ließ.<sup>32</sup>

Trotz Frankreichs langem Pochen darauf, dass der Krieg in Algerien (1954-1962) keiner gewesen sei, sondern lediglich eine Reihe von

Demonstration für die Rechte indigener Volksgruppen in New York, 2016

Foto: picture alliance/  
Pacific Press/  
Fotograf:  
Erik McGregor

30 Martin Thomas/Andrew Thompson (Hg.): *The Oxford Handbook of Colonial Insurgencies and Counter-Insurgencies*, Oxford 2023. Thijs Brocades Zaalberg/Bart Lutikhuis (Hg.): *Empire's violent end*, Ithaca 2022. Caroline Elkins: *Legacy of violence: A history of the British empire*, London 2022.

31 Caroline Elkins/Susan Pedersen (Hg.): *Settler colonialism in the twentieth century: Projects, practices, legacies*, London 2005; David Anderson: *Histories of the hanged: The dirty war in Kenya and the end of empire*, New York 2005.

32 Caroline Elkins: *Britain's gulag: the brutal end of empire in Kenya*, London 2005.



kleineren „Ereignissen“, konnten Historikerinnen auf Grund der Quellen zeigen, dass der Krieg zwischen 300.000 und 400.000 Opfer gekostet habe, und dass auch Frankreich massenhaft Menschen in Internierungslagern einsperrte und zwangsumsiedelte – etwa zwei Millionen Algerier wurden in dieser Zeit gefangen genommen, viele systematisch gefoltert.<sup>33</sup> Auch die amerikanische Gewalt gegen Philippinos, die niederländische Gewalt gegen Indonesier oder die belgische Gewalt im Kongo wurden in den letzten Jahren Wissenschaft und Öffentlichkeit neu entdeckt.<sup>34</sup>

### Koloniale Gewalt in Deutsch-Südwestafrika

Im Fall des deutschen Kolonialismus hat die Frage des Völkermords an den Herero und Nama während des Niederschlags eines Aufstandes (1904-1908) besondere Aufmerksamkeit erlangt. Als Reaktion auf den aggressiven Landkauf der Kolonisten sabotieren die Truppen von Samuel Maharero 1904 deutsche Farmen, Eisenbahnlinien und Handelsstationen. Generalleutnant Lothar von Trotha schlug mit unerbittlicher Härte die Aufständischen nieder. Bei der entscheidenden Schlacht am Waterberg (11. August 1901) lässt von Trotha die Omaheke-Wüste, in der Herero-Familien sich zurückgezogen haben, belagern und die Wasserquellen kontrollieren. Der Historiker Jürgen Zimmerer sieht in der brutalen Repression mehr als einen üblichen Kolonialkrieg, sondern: „ein[en] Völkermord, der nicht nur der erste Genozid des 20. Jh. war, sondern zugleich auch der erste der deutschen Geschichte, als solcher schon auf Späteres verweisend“.<sup>35</sup>

Drei Argumente werden von Zimmerer aufgeführt: Die hohe und asymmetrische Opferzahl (1.365 Deutsche für ca. 80.000 Herero, d.h. bis zu 80 Prozent der Bevölkerung, und ca. 10.000 Nama), den massiven Einsatz von Internierungslagern, und die rassistischen Aussagen der deutschen



Offiziere.<sup>36</sup> Generalleutnant von Trotha erklärt in einem Brief an den Generalstab: „Dieser Aufstand ist und bleibt der Anfang eines Rassenkampfes“. Sein „Schießbefehl“ vom 2. Oktober 1904 verdeutlicht, dass er den Krieg nicht nur gegen Soldaten führt, sondern gegen ein ganzes Volk: „Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.“<sup>37</sup>

Namibianer und Namibianerinnen erweisen im Oktober 2011 in Windhoek den zurückgegebenen sterblichen Überresten ihrer Vorfahren die letzte Ehre. Foto: picture alliance/AP/Fotograf: Schalk van Zuydam

33 Raphaëlle Branche : *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie, 1954-1962*, Paris 2001. Sylvie Thénault : *Histoire de la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2012.

34 Julian Go: *American Empire and the Politics of Meaning: Elite Political Cultures in the Philippines and Puerto Rico during U.S. Colonialism*, Durham/NC 2008; David Van Reybrouck: *Revolusi*, Indonesien und die Entstehung der modernen Welt, Berlin 2022.

35 Jürgen Zimmerer: Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika. Der erste deutsche Genozid, in: Ders./Joachim Zeller (Hg.): *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen*, Berlin 2004, S. 45-63.

36 Ders.: Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust 15 (2011); Jonas Kreienbaum: „Ein trauriges Fiasko“. Koloniale Konzentrationslager im südlichen Afrika 1900-1908, Hamburg 2015; Marie Muschalek: *Violence as Usual. Policing and the Colonial State in German Southwest Africa*, Ithaca/NY 2019.

37 Zit. nach: Zimmerer (wie Anm. 35).

Für Jürgen Zimmerer war der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika der „ultimative Tabubruch“, das Ereignis, das erst den Holocaust an den europäischen Juden denkbar und möglich gemacht habe.<sup>38</sup> Diese Kontinuitätsthese „von Windhoek nach Auschwitz“ unterstreicht die Ähnlichkeiten zwischen dem Genozid an die Herero und dem Genozid an die europäischen Juden: die Strategie des Abdrängens in lebensfeindliche Gegenden, die Zerstörung von Nahrungsgrundlagen, die summarischen Exekutionen, die Vernichtung durch Vernachlässigung. Diese Politik versteckte sich nicht; denn sie war auf sich stolz. Die deutsche Presse konnte mit Texten und Bildern über den Krieg berichten. Kolonialunterdrückung war, mitunter, populär.

Die Kontinuitätsthese, die einen direkten Pfad von Windhoek nach Auschwitz postuliert, muss sicherlich differenziert werden. Die Zeitspanne zwischen 1904 und 1941 ist zu groß, um dieselben Entscheidungsträger in beiden Konflikten zu finden. Nur wenige NS-Entscheidungsträger hatten tatsächlich koloniale Erfahrung.<sup>39</sup> Die Gründe für den Holocaust waren vielschichtiger, als es die Kontinuitätsthese denken lässt. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, der Antisemitismus, die Gewinnung von „Lebensraum“, die rassistische „Reinhaltung des Volkskörpers“ sind zentrale Bestandteile des Holocaust.<sup>40</sup> Jedoch ist der Umweg um die Kolonialerfahrung wichtig, um zu verstehen, dass sich die NS-Politik auch in der Tradition des Siedlerkolonialismus verortet hat – was in der Forschung lange übersehen wurde.<sup>41</sup> Adolf Hitler hat selbst erklärt, dass er in der britischen Kolonialpolitik ein Vorbild sah: „Der russische Raum ist unser Indien, und wie die Engländer es mit einer Handvoll Menschen beherrschen, so werden wir diesen unseren Kolonialraum regieren. Den Ukrainern liefern wir Kopftücher, Glasketten als Schmuck und was sonst Kolonialvölkern gefällt.“<sup>42</sup> Hitler stellte die nationalsozialistische Expansionspolitik in

Osteuropa in die lange Tradition des europäischen Kolonialismus. Diese Tradition war Rechtfertigung für die entfesselte Brutalität:

„Nehmen Sie etwa Indien: England hat Indien nicht auf dem Wege von Recht und Gesetz erworben, sondern ohne Rücksicht auf Wünsche, Auffassungen oder Rechtskundgebungen der Eingeborenen und hat diese Herrschaft, wenn nötig, mit der brutalsten Rücksichtslosigkeit aufrechterhalten. Genauso wie Cortez oder Pizarro Zentralamerika und die Nordstaaten von Südamerika einst nicht auf Grund irgendwelcher Rechtsansprüche sich aneigneten, sondern aus dem absoluten, angeborenen Herrengefühl der weißen Rasse“.<sup>43</sup>

Gewiss: Der Holocaust ist vielschichtig, und speist sich nicht nur aus der Erfahrung des Kolonialismus. Doch ohne Einbettung in der langen Geschichte des europäischen Imperialismus ist der Nationalsozialismus nicht zu verstehen. Gewalt zirkuliert. Zwischen Metropole und Kolonie, Zentrum und Peripherien, Kolonialreichen und postkolonialen Staaten. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg tauschen Kolonialmächte Ideen, Techniken und Methoden der Gewalt aus. Sie verkaufen Waffen und Expertise. Tipps von Kolonialstrategen wie B.H. Liddell Hart (1875–1970), Charles William Gwynn (1870–1962), David Galula (1919–1967) oder Charles Lacheroy (1906–2005) werden zum „Exportschlager“. Einige Techniken der Kolonialkriege in Kenia und Algerien werden in Vietnam, Angola oder Afghanistan wiederverwendet.<sup>44</sup>

## Handlungsspielräume

Gewalt und Ausbeutung sind die Grundpfeiler des Kolonialismus. Dennoch war Kolonialherrschaft nicht allumfassend. Es handelte sich meist um minimalistische Herrschaft – *“Hegemony on a shoestring”*, sparsame Hegemonie, wie die Historikerin Sara Berry schreibt.<sup>45</sup> Der Kolonialstaat war nicht allmächtig, er war widersprüchlich und lückenhaft. In diesen Widersprüchen und Lücken entstanden vielfältige Alltagsstrategien:

38 Ebd., S. 62.

39 Robert Gerwarth/Stephan Malinowski: „Der Holocaust als ‚kolonialer Genozid‘? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 33/3 (2007), S. 439–466.

40 Michael Wildt: *Permanente Paranoia*, in: *Journal of Modern European History*, 19/4 (2021), S. 400–404.

41 Vgl. dazu z.B. Nathan Sznajder: *Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus*, München 2022.

42 Werner Jochmann (Hg.): *Hitler, Adolf, Monologe im Führerhauptquartier*, Hamburg 1980, S.63–64, zit. nach: Zimmerer (wie Anm. 35), S. 262.

43 Adolf Hitler: *Reden und Proklamationen, 1932–1945*, Bd. 1: *Triumph (1932–1938)*, hg. von Max Domarus, Würzburg 1962, S. 74 f., zit. nach: Dirk A. Moses: *The problems of genocide: permanent security and the language of transgression*, Cambridge 2021, S. 296.

44 Kaushik Roy: *Modern Insurgencies and Counterinsurgencies: A Global History*, London 2022.

45 Sara Berry: *Hegemony on a shoestring: Indirect rule and access to agricultural land*, in: *Africa*, 62/3 (1992), S. 327–355.



Widerstand, Flucht, Austausch, kreative Aneignung.<sup>46</sup> Staat, Handel und Mission sind nicht nur Herrschaftsinstrumente, sondern auch Fläche für Anpassungsstrategien und Identitätsbildung<sup>47</sup> und Forderungen nach Gleichberechtigung. Das war so von den Europäern nicht beabsichtigt, aber immer häufiger mussten sie diese hinnehmen.

Transkontinentale Aneignungsstrategien fanden sehr früh statt. Das Königspaar von Kongo, Nzinga a Nkuwu und Nzinga a Nlaza, konvertierte schon 1491 zum Christentum, noch Jahre bevor Martin Luther seine Thesen entworfen hatten. Kongo schickte bald Diplomaten nach Rom, Lissabon, Madrid und Salvador de Bahia. Einer dieser Diplomaten, António Manuel aus Kongo, beeindruckte 1604-1608 den Vatikanstaat durch seine Beherrschung des Portugiesischen und Lateinischen in Wort und Schrift.<sup>48</sup>

Zahlreiche Gruppen entstanden in den Zwischenräumen des Imperialismus: Missionare, Verwaltungsbeamte, Soldaten, Übersetzer, Helfer, Reiseführer, Hafearbeiter, Lotsen, Lehrer, Hebammen und viele mehr, waren dabei Mittler-Personen, „*cultural brokers*“, wie die Forschung schreibt.<sup>49</sup> Das Leben dieser Vermittler des Kolonialismus entzieht sich den einfachen Dichotomien Kollaboration/Widerstand, Kolonisierende/Kolonisierten, Böse/Gut. Leopold Sedar Senghor ist ein Beispiel aus dem 20. Jahrhundert. Geboren in Joal im Senegal, wird er Schüler in Dakar, Student in Paris, Gymnasiallehrer in Frankreich, Soldat im Zweiten Weltkrieg, Kriegsgefangener, Dichter, Essayist, Abgeordneter im französischen Parlament, Parteigründer, Regierungsmitglied in Paris, bevor er schließlich 1960 bis 1980 zum ersten Präsident des unabhängigen Senegal wird. Das Leben im Kolonialismus ist selten eindeutig, und das Leben im Postkolonialismus ist von dieser Erfahrung geprägt.



Damit stellt die Geschichte des Widerstands zum Kolonialismus und der Dekolonisierung eine unerschöpfliche Ressource dar, um die Welt von heute zu denken, und neue Handlungsmöglichkeiten zu entdecken. Aktuelle politische Fragen lassen sich nicht aus der Erfahrung der Vergangenheit beantworten, aber durchaus besser verstehen und formulieren. Was bedeutet Freiheit? Welche Art von staatlicher Gewalt ist legitim? Welche Ungleichheiten werden akzeptiert?<sup>50</sup> In Westeuropa werden politische Fragen

Leopold Sedar Senghor (1906-2001) war ein senegalesischer Dichter und Politiker. Von 1960 bis 1980 war er der erste Präsident des Senegal.  
Foto: *Brazilian National Archives, Public domain, via Wikimedia Commons*

46 A. Asiwaju: *Migrations as Revolt: The Example of the Ivory Coast and the Upper Volta before 1945*, in: *The Journal of African History*, 17/4 (1976), S. 577-594.

47 Richard Hölzl: *Gläubige Imperialisten: katholische Mission in Deutschland und Ostafrika (1830-1960)*, München 2021; Andreas Eckert: *Herrschen und Verwalten: Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tansania, 1920-1970*, München 2007. Cassandra Mark-Thiesen: *Mediators, Contract Men, and Colonial Capital: Mechanized Gold Mining in the Gold Coast Colony, 1879-1909*, Woodbridge 2018.

48 Toby Green: *A fistful of shells: West Africa from the rise of the slave trade to the age of revolution*, London 2019.

49 Jane Burbank/Frederick Cooper: *Empires in World History: Power and the Politics of Difference*, Princeton 2010.

50 Eva von Redecker: *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt am Main 2020; Achille Mbembe: *Ausgang aus der langen Nacht. Versuch über ein entkolonisiertes Afrika*, Berlin 2016.



## LESESTOFF

Leseempfehlung zum Schwerpunkt!

[https://www.blz.bayern.de/kolonialismus\\_p\\_397.html](https://www.blz.bayern.de/kolonialismus_p_397.html)



Jürgen Osterhammel  
Jan C. Jansen

### KOLONIALISMUS



Geschichte, Formen, Folgen

ZpB Zentren für  
politische Bildung



## HÖRTIPP



Foto: privat

Im Werkstattgespräch diskutiert die BLZ weitere interessante Aspekte zum Thema Kolonialismus mit Prof. Joël Glasman.

[https://www.blz.bayern.de/einsichtenperspektiven-2-23\\_p\\_454.html](https://www.blz.bayern.de/einsichtenperspektiven-2-23_p_454.html)



gerne mit Rückgriff auf markante Ereignisse der Nationalgeschichte besprochen – etwa die britische Habeas-Corpus-Akte, die Französische Revolution oder das deutsche Grundgesetz. Es ist kein Zufall, dass die Unabhängigkeit vom europäischen Kolonialismus in vielen Ländern dieser Welt als Nationalfeiertag zelebriert wird. Noch heute ist die politische Sprache dort geprägt von Referenzen zum Widerstand gegen den Kolonialismus. Taten und Texte von Freiheitskämpfern und Intellektuellen, die für Unabhängigkeit kämpften, werden immer neu aufgegriffen und interpretiert – und schaffen Identifikationsmöglichkeiten. Gandhi, Nyerere, Yaa Asantewaa, Nasser, Muthoni waKirima, Mandela, die ‚Founding Fathers‘ der USA geben Orientierungen – sie werden bewundert, abgelehnt oder revidiert, aber sie können nicht ignoriert werden. Auch in Europa kann dieses Erbe nicht ignoriert werden. Denn die große Mehrheit der Weltbevölkerung lebt in Ländern, die einst von Europa kolonisiert wurde. Und auch in Europa hat Kolonialismus tiefe Spuren hinterlassen. Frantz Fanon schrieb 1961: „Kolonialismus und Imperialismus sind nicht mit uns quitt, wenn sie ihre Fahnen und Polizeikräfte aus unseren Gebieten abziehen. [...] Der Reichtum der imperialistischen Länder ist auch unser Reichtum. Europa ist buchstäblich die Schöpfung der Dritten Welt.“<sup>51</sup> 🌱

51 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Berlin 2021. Der Autor bedankt sich bei Emma Glasman Eichenberg, Richard Hölzl, Lisa Schuler und Christina Gibbs für Korrekturen und Hinweise, sowie beim Exzellenzcluster 'Africa Multiple' (EXC 2052/1 – 390713894).

# BAYREUTH UND DIE WELT

## EIN BEISPIEL FÜR KLEINSTADT-KOLONIALISMUS

von Florian André Unterburger



Der Markgrafenbrunnen in Bayreuth  
Foto: Florian André Unterburger

In Deutschland wächst das Bewusstsein für den eigenen Kolonialismus. Allerdings wird dieses Kapitel häufig nur mit dem obrigkeitshörigen Kaiserreich, seinem Militarismus und dem unverblühten Weltmachtstreben in Verbindung gebracht.

Doch ist es bei weitem zu kurz gegriffen, nur die unmittelbaren Gewaltakte der Eroberung und Beherrschung in den Blick zu nehmen. Kolonialismus war und ist seit jeher ein komplexes System, das in Wechselwirkung über Jahrhunderte

Gesellschaften und Kulturen geformt hat. Der Zugriff auf materielle Ressourcen hat neue Industrien ermöglicht und vereitelt.

Wenn wir den Rohstoffen folgen, von Hafenstädten und Metropolen über Kleinstädte bis in den ländlichen Raum, öffnet sich uns die ganze Tragweite des globalen Netzwerks.

Schnell wird klar, dass sich auch weit entfernt von den Küsten, im bergigen Inneren unseres Kontinents, wesentliche Industriezweige ohne

koloniale Ressourcen niemals auf diese Art und Weise hätten entfalten können. Ohne Kakao keine Schweizer Schokolade, ohne Kautschuk keine deutsche Automobilindustrie - materieller Wohlstand und kulturelle Identität entstehen oftmals Hand in Hand.

Natürlich sind die systemischen Zusammenhänge und Kausalitäten weit komplexer: Die Kolonialwaren trafen auf ein Zusammenspiel aus nicht-menschlichen (Wasserkraft, Alpentäler) und menschlichen Faktoren (Mühlenbau, Milchwirtschaft) und erst gemeinsam konnten hieraus gänzlich neue Großindustrien wie Maschinenbau und Schokoladenproduktion entstehen.

Die Entschlüsselung dieser engen Verflechtungen zwischen Naturräumen, Kolonialwaren und menschlicher Kreativität eröffnet neue Perspektiven. Es ist an der Zeit, sich von der bequemen euro- sowie anthropozentrischen Vorstellung zu lösen, dass Industrien und Kulturen einzig aus sich selbst erwachsen seien. Koloniale wie geographische Einflussfaktoren sind weit bedeutender für die Entwicklung ganzer Länder, Regionen und einzelner Städte, als dies vielen bewusst ist. Die Spuren sind nicht allzu sehr versteckt, man muss nur anfangen zu suchen.

### Landmacht und Seeschlacht

Auch eine Kulturstadt wie meine Heimat Bayreuth schwebt nicht über den materiellen Dingen. Gesegnet mit einer einzigartigen Kulturlandschaft, spielte der Blick auf die industriellen und kolonialen Bedingungen ihres Wohlstands bisher so gut wie keine Rolle.

Doch der Wind dreht sich, das Interesse an den systemischen Zusammenhängen steigt bei Alt und Jung gleichermaßen. Ob barocke Pracht, Wagner-Festspiele oder die Ziegelburgen der Industrialisierung, neben der Menschen schöpferischer Kraft - was waren ihre handfesten materiellen Voraussetzungen?

Während die Frühgeschichte Oberfrankens, noch vor 1492, viel mit seinem Bergreichtum zu tun hatte - Goldkronach war Ende des 14. Jahrhunderts die größte Mine im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nationen - begann spätestens ab 1648, nach dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg, überall im Reich das Eifern nach kolonialem Prestige.

Zur gleichen Zeit als die Seemächte Niederlande und Großbritannien in der Karibik und anderen tropischen Gebieten Sklavenwirtschaft und

Menschenhandel auf ein ganz neues, furchtbares Level hoben, sehnte sich auch die aufstrebende Landmacht Preußen nach Kolonien und ihren profitablen exotischen Gütern.

So nahm man 1683 die Kolonie Groß Friedrichsburg im heutigen Ghana in Besitz und die Hohenzollern'sche Verwandtschaft im Markgraftum Brandenburg-Bayreuth wollte dem - zumindest in Pose - in nichts nachstehen. Davon zeugt bis heute der oben abgebildete Markgrafenbrunnen, den Christian Ernst ab 1699 anfertigen ließ.

Er zeigt den Markgrafen als „Türkenbezwiner“ und Retter des Abendlandes vor der Osmanischen Eroberung - und darüber hinaus als Herrscher über die Flüsse und Himmelsrichtungen, über die vier damals bekannten Erdteile und ihre klischeehaft dargestellten Völker, ja in kolonialer Manier als Herrscher über die ganze Welt.

Sein Sohn, der spätere Markgraf Georg Wilhelm, ließ als Fan der niederländischen und britischen Marine einen Fischweiher bei Bayreuth zu einem See ausbauen, um dort Seeschlachten mit Soldaten und Kriegsschiffen zu inszenieren.

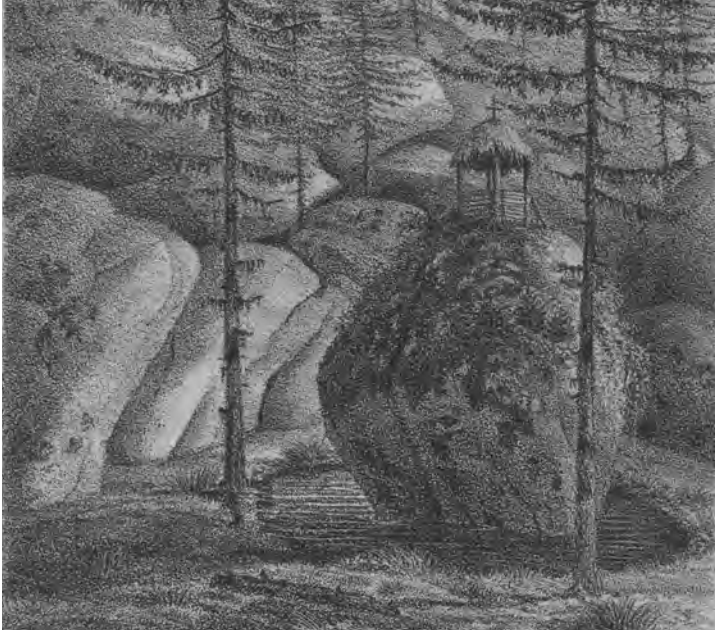
Dieser koloniale Hype war im Heiligen Römischen Reich sicher noch weiter verbreitet, doch die Euphorie scheiterte schon bald an der geographischen Realität. Preußens neuer „Soldatenkönig“ fokussierte sich ab 1717 wieder auf den Aufbau einer starken Landarmee und verkaufte Groß Friedrichsburg an die niederländische Seefahrnation. Und auch die kolonialen Festspiele der Bayreuther Verwandtschaft nahmen mit dem Tod Georg Wilhelms 1726 ein rasches Ende.

### Koloniale Wertschöpfung

Und dennoch waren viele Höfe Europas auch ohne direkte Kolonialherrschaft tief in das Kolonialsystem eingebunden. Es ist noch eine offene Frage, wann und über welchen Weg der erste Kaffee, der erste Tabak, der erste Kakao auch Bayreuth erreichten - klar ist nur, dass seine ökonomische Wertschöpfung ab dem 19. Jahrhundert erheblich auf der Verarbeitung kolonialer Ressourcen fußte.

Exemplarisch steht hierfür die Zuckerrohr-Raffinerie von Dr. Florentin Theodor Schmidt, der ab 1811, während Napoleons Kontinentalsperre, Zuckerrohr über die Insel Helgoland schmuggelte, um dieses dann in Wunsiedel zu Zucker zu verarbeiten. Bis heute trägt der markante Felsen im Fichtelgebirge deshalb diesen symbolischen Namen.





Die „Insel Helgoland“ im Fichtelgebirge  
Abbildung: Bayerische Staatsbibliothek/ Bildarchiv

1834 verlagerte Schmidt schließlich die Produktion nach Bayreuth St. Georgen, wo sie sich im Zuge des Zuckerbooms zur vorerst wichtigsten Fabrik der Stadt entwickelte. Zwischen 1860 und 1910 entstanden vor Ort zudem mehrere Zuckerwarenfabriken, die den Kolonialzucker - aber beispielsweise auch Kakao - mutmaßlich weiterverarbeiteten, jedoch liegt hierzu bislang kaum Forschung vor.

Gleiches gilt für den mit Abstand bedeutendsten Industriezweig der Mittelgebirgsregion - der Textilindustrie. Nach dem ersehnten Anschluss an das Eisenbahnnetz 1853 schoss nun auch in Bayreuth die erste Mechanische Baumwollspinnerei in die Höhe, damals der größte Industriebau Bayerns.

Im Gründungsausschuss saßen u.a. der Zuckerfabrikant Dr. Schmidt wie auch das Hamburger Bankhaus H. J. Merck & Co, welches durch den Handel mit Rohbaumwolle reich wurde. Im Bayreuther Stadtarchiv findet sich in einem touristischen Wegweiser von 1891 eine weitere Quelle für den kolonialen Ursprung des Rohstoffes: Die Spinnerei „verarbeitet jährlich gegen 10000 Ballen oder vier Millionen Pfund rohe Baumwolle aus Amerika und Ostindien“.<sup>1</sup>

1889 und 1894 wurden in unmittelbarer Nähe zwei weitere Großspinnereien gegründet, um die Jahrhundertwende sind in Bayreuths Spinnereien damit 75 Prozent aller Beschäftigten konzentriert.

Über ein Jahrhundert lang blieb dieser Industriezweig der wirtschaftliche Motor der Stadt, bis sich Textilkrise und aufziehende Globalisierung ab den 1970ern ausbreiteten.

Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der Ansiedlung von British-American Tobacco (BAT), setzte Bayreuth ein drittes Mal auf eine klassische Kolonialware. Auch hier muss vorerst offenbleiben, von welchen Plantagen, unter welchen (post-)kolonialen Bedingungen, BAT ab 1957 die Rohstoffe für die Zigarettenproduktion bezog. Doch liegt zumindest eine koloniale Vergangenheit der Tabakplantagen hier gleichfalls nahe.

Sicher lässt sich nur sagen: Zucker-, Baumwoll- und Tabakindustrie dominierten in den letzten beiden Jahrhunderten die „lokale“ Wertschöpfung meiner Heimatstadt maßgeblich. Auch Indigo als koloniales Färbemittel, Tropenhölzer für den Möbel- oder Elfenbein für den Klavierbau bieten hier vor Ort noch ein riesiges unerforschtes Terrain an Kolonialgütern.

## Zeit für Systemgeschichte

Dieser kurzatmige Ritt durch Bayreuths Industriegeschichte kratzt höchstens an seiner kolonialen Oberfläche und doch lässt sich hieraus das typische Muster eines Kleinstadt-Kolonialismus - zu dem Konsum und Weiterverarbeitung von Kolonialwaren wie selbstverständlich gehörten - erkennen.

Es ist höchste Zeit, nicht mehr nur dem „klassischen“ Großmacht-Kolonialismus Aufmerksamkeit zu widmen, sondern vielmehr den Blick auf die systemischen Zusammenhänge hinter Industrialisierung und Wirtschaftswachstum zu lenken.

Gleich ob Kolonial- oder Ökosysteme, die Erforschung der Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen Kultur- und Naturräumen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Natur- und Geisteswissenschaften birgt hierbei enormes Potential. Wo und unter welchen Bedingungen wurden die Materialien erzeugt und abgebaut? Wie bedeutend waren sie für das Entstehen neuartiger und mithin kulturprägender Industriezweige? Und welche weiteren (nicht-)menschlichen Faktoren mussten hierfür zusammenwirken? Die Erforschung der Systemgeschichte hat gerade erst begonnen. 🌱

<sup>1</sup> <https://www.bayreuth.de/wp-content/uploads/2019/02/Bayreuth-Wegweiser-1891.pdf> [Stand: 25.06.2023].

# [ INTERVIEW ]

## DAS MUSEUM FÜNF KONTINENTE IN MÜNCHEN UND SEIN UMGANG MIT DER KOLONIALEN VERGANGENHEIT

EIN INTERVIEW MIT DEM PROVENIENZFORSCHER  
DR. RICHARD HÖLZL



### INFO

Zu Sammlung und Geschichte des Museums siehe: Home | Museum Fünf Kontinente

<https://www.museum-fuenf-kontinente.de>



#### Zur Person

**PD DR. RICHARD HÖLZL**  
ist Historiker und  
Provenienzforscher.



Porträt PD Dr.  
Richard Hölzl  
Foto: Museum  
Fünf Kontinente/  
Fotograf: Nicolai  
Kästner

Er unterrichtete und forschte an den Universitäten Göttingen, Erfurt und Kassel sowie an der New School for Social Research in New York in den Bereichen Neuere Geschichte, Gender Studies und Religionswissenschaften. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Mensch-Natur-Beziehungen, christlicher Missionen und des Kolonialismus. Am Museum Fünf Kontinente untersucht er seit Februar 2023 als Provenienzforscher die Herkunft von Objekten aus kolonialen Kontexten. Er hat mehrere Bücher verfasst und herausgegeben, u. a. *Umkämpfte Wälder* (Frankfurt am Main, 2010), *Mission Global* (Köln u. a. 2014), *Managing Northern Europe's Forests* (New York/Oxford 2018, TB 2023) und *Gläubige Imperialisten* (Frankfurt am Main 2021). In mehreren Artikeln setzte er sich mit der Geschichte missionarischen Sammelns im kolonialen Zeitalter auseinander.

Gedenkkopf eines Oba. Bronze-skulpturen wie diese bewahrte man am Hof des Königs von Benin (heute Benin City/ Nigeria) auf, um an royale Vorgänger zu erinnern und die Macht der Herrscher zu stützen. Dieses Werk gelangte 1898 über einen deutschen Seekapitän namens Maschmann an das Museum Fünf Kontinente. Der Erwerb steht in engem zeitlichem und kausalem Zusammenhang mit der Eroberung und Zerstörung Benins durch eine britische Strafexpedition 1897. Wie genau Maschmann an die Kunstwerke gelangte, konnte bisher nicht eruiert werden.

Foto: Museum Fünf Kontinente/  
Fotograf:  
Nicolai Kästner



**Das Museum Fünf Kontinente hat eine lange und bewegte Geschichte. Können Sie uns wichtige Stationen v.a. hinsichtlich seiner kolonialen Vergangenheit skizzieren?**

*Dr. Richard Hölzl:* Die Tradition des Sammelns außereuropäischer Kulturgüter ist in Bayern viel älter als das Museum Fünf Kontinente. Viele der Sammlungen, die seit dem 16. Jahrhundert am Hof der

Wittelsbacher oder an der Landesuniversität ankamen, gelangten später an unser Haus. Darunter sind bis zu 500 Jahre alte Elfenbein-Schnitzereien aus Westafrika, Federschmuck aus dem Amazonas-Gebiet des frühen 18. Jahrhunderts, oder die Bestände früher Forschungsreisen, etwa der Gebrüder Schlagintweit nach Indien (1854-1857). Manche dieser Sammlungen entstanden





im Rahmen kolonialer Eroberung, andere nicht, wie die Kunstwerke, die Philipp Franz von Siebold von seinen Japan-Reisen (1823-1829/1859-1862) mitbrachte. 1862 wurde in München ein ethnographischer Kurator für diese Sammlungen angestellt. 1868 bekamen die Münchner Sammlungen dann einen festen Ort, an dem sie aufbewahrt, beforscht und der Öffentlichkeit gezeigt werden konnten. Das war rund 20 Jahre bevor Deutschland zu einer Kolonialmacht wurde. Zu diesem Zeitpunkt war das Museum noch keine koloniale Institution, obwohl sie koloniale Sammlungen aufnahm.

Das änderte sich in den 1880er Jahren. Immer mehr Sammlungen von kolonialen Akteuren (Militärs, Forschern, Missionaren) trafen ein. Das Museum stellte sie als Trophäen kolonialer Heldentaten aus. Mit Max Buchner bekam das Museum 1887 einen neuen Direktor, der eine Ausnahmeerscheinung in der Museumslandschaft war. Buchner selbst war bei der kolonialen Eroberung Kameruns 1884 beteiligt gewesen, hatte dort das deutsche Reich als Kolonialmacht repräsentiert und an der brutalen Niederschlagung von Widerstandsbewegungen mitgewirkt. Davon hatte er seine eigene Trophäe mitgebracht: den Tangué oder Schiffschnabel des Duala-Führers Kum'a Mbape

(auch: Lock Priso). Bis heute ist er im Museum ausgestellt. Ein Enkel Kum'a Mbapes, der Kameruner Historiker Prince Kum'a Ndumbe III. hat 1998 auf diese koloniale Gewaltgeschichte aufmerksam gemacht und fordert die Rückgabe des Werks [Foto]. Sammlungen kamen auch aus den deutschen Kolonien in Ozeanien und aus dem Boxerkrieg in China. Das Museum war zu einer Institution geworden, die für München und Bayern deutsche Kolonialherrschaft und Weltmachtanspruch spiegelte.

Unter Direktor Lucian Schermann (1907-1933), einem Indien-Spezialisten und in Personalunion auch Ordinarius für Völkerkunde an der Ludwig-Maximilians-Universität, wurde der Fokus des Museums verstärkt auf den Aspekt der Kunst, speziell auf indische und buddhistische Kunst, gelegt. Er erkannte, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, an, dass auch die afrikanischen und ozeanischen Kolonien Kunst besitzen. Dennoch blieben koloniale Denkstrukturen bestehen, da man Werke aus Afrika und Ozeanien in erster Linie als „primitive Kunst“ ansah. Schermann war jüdischer Herkunft und musste nach der NS-Machtübernahme das Museum kurz vor seiner Pensionierung verlassen.

Sein Nachfolger, Heinrich Ubbelohde-Doering, war seit 1930 Konservator am Museum und wurde

Außenansicht des Museums Fünf Kontinente in München  
Foto: Museum Fünf Kontinente/  
Fotograf: Nicolai Kästner





1933 zunächst kommissarischer Leiter, bevor er von 1936 bis zu seinem Ruhestand 1956 das Museum leitete. Während der NS-Zeit wurde am Museum der Fokus verstärkt auf Lateinamerika, insbesondere auf die Kultur der Inkas, gelegt. Das Museum kooperierte hier mit Nazi-Größen wie Fritz Todt. Die NS-Ideologie bewirkte, dass die afrikanischen Sammlungen in den Hintergrund traten. Eine Ausnahme bilden aber die Objekte aus dem faschistisch besetzten Äthiopien. Hier ist ab dem Jahr 1938 eine große Zunahme zu verzeichnen. Auch profitierte das Museum von der Enteignung jüdischen Eigentums. Es besteht hier sicherlich noch Forschungsbedarf.

Diese spätkoloniale Phase, in der man einerseits den Kunstaspekt verstärken wollte, dabei zugleich aber koloniale Kunst als „primitive Kunst“ präsentierte, zog sich bis in die 1950er, 1960er und vielleicht sogar noch bis in die 1970er Jahre hinein und stand in Wechselwirkung mit der Kunstszene. Schon Künstler wie Franz Marc oder Ernst Ludwig Kirchner haben sich in kolonialer Manier von der sog. „primitiven Kunst“ inspirieren lassen.

In den 1980er und 1990er Jahren kann man im Museum dann die ersten Versuche erkennen, sich von kolonialen Bezügen zu befreien. Vor allem der

afrikanische Kontinent sollte in seiner Vielzahl an Kulturen und künstlerischen Schöpfungen neu vermittelt werden. Allerdings wurde in erster Linie traditionelle, alte Kunst ausgestellt. Die Weiterentwicklung der afrikanischen Kulturen und deren moderne Kunst wurde nicht abgebildet. Diese Denkweise wird in der gegenwärtigen Dauerausstellung, die Dr. Stefan Eisenhofer kuratiert hat, durchbrochen. So zeigt z.B. die Skulptur „Nike-Schuh-Sarg“ des ghanaischen Künstlers Paa Joe, der zentral in der Afrika-Ausstellung plazierte ist, wie aufregend modern afrikanische Gegenwartskunst sein kann.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass das heutige Museum Fünf Kontinente eine vorkoloniale sowie eine klassische koloniale Phase erlebte, in der es neben anderen Institutionen den Kolonialismus in Bayern mittrug. Daran schloss sich eine Zeit an, in der man sich von kolonialen Bezügen trennen wollte, was allerdings dazu führte, dass dieser Teil der Vergangenheit weitgehend unsichtbar gemacht wurde. Heute sind wir gefordert, das koloniale Erbe kritisch aufzuarbeiten. Die heutige Herangehensweise stellt sich der Geschichte und der damit einhergehenden Verantwortung.

Das Kunstwerk „Nike Trainer (Size 42)“ stammt von dem bekannten Gegenwarts-künstler Paa Joe (\*1947) aus Ghana. Seit 2016 ist der provokant gestaltete Sarg ein „Centerpiece“ der Afrika-Ausstellung des Museums Fünf Kontinente.

Foto: Museum Fünf Kontinente/  
Fotograf:  
Nicolai Kästner

**Das Museum Fünf Kontinente hat 2014 seinen Namen geändert: Zuvor trug es die Namen Staatliches Museum für Völkerkunde (1954-2014), Museum für Völkerkunde (1917-1954), Königlich Ethnographisches Museum (1912-1917) und Königlich-Ethnographische Sammlung (1862-1912).**

**Was war die Motivation das Museum in Museum Fünf Kontinente umzubenennen?**

*Dr. Richard Hölzl:* Der Begriff „Völkerkunde“ im Namen des Museums kam schon vor der Diskussion um Restitution kolonialer Güter in die Kritik – bereits in den 1980er/1990er Jahren. Nach dem Ersten Weltkrieg und besonders in der NS-Zeit gab es bekanntermaßen das stark rassistisch und antisemitisch geprägte Narrativ von „Volk und Volksgemeinschaft“ in Gesellschaft und der Politik, das nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend als problematisch wahrgenommen wurde. Auch in der wissenschaftlichen Forschung ist der „Völkerbegriff“ nicht geeignet, da man damit beispielsweise die verschiedenen Gesellschaften Afrikas als isolierte Völker einordnete, sie also als geschlossene Einheiten mit einer Sprache, einer Kultur und weitgehend ohne Einflüsse von außen konstruierte. Um sich also sowohl historisch als auch wissenschaftlich von einer nicht mehr adäquaten Bezeichnung abzugrenzen, hat sich das Museum einen neuen Namen gegeben – wie übrigens zahlreiche andere Institutionen und Wissenschaften. Die Entscheidung, das Museum in „Museum Fünf Kontinente“ umzubenennen, um den ideologischen Ballast des Völkerbegriffs zumindest nicht direkt im Namen zu tragen, geht auf die frühere Direktorin Dr. Christine Kron zurück.

**Wie ordnen Sie den Begriff „koloniale Raubkunst“ angesichts der aktuellen Debatte ein?**

*Dr. Richard Hölzl:* „Koloniale Raubkunst“ ist ein Terminus, der sich medial eingebürgert hat. Dieser Begriff ist jedoch eine Verkürzung, die nicht immer treffend ist. In der Provenienzforschung spricht man von „Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten“. Dies bezeichnet alles, was im Rahmen von kolonialer Herrschaft, dazu zählen auch die „Informellen Kolonialismen“, angeeignet wurde. Informeller Kolonialismus meint in diesem Zusammenhang eine Ausübung von Macht über Gebiete, die nicht direkt unter kolonialer Fremdherrschaft standen, die aber dennoch wirtschaftlich und/oder militärisch ausgebeutet wurden. Als Beispiele können hier China Ende des 19. Jhd. zur Zeit des Boxerkriegs (1899-1901) angeführt

werden oder interne Kolonialismen wie gegenüber Indigenen in den USA, Brasilien oder Australien noch viele Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit der jeweiligen Staaten. Der Rückbezug auf koloniale Kontexte ermöglicht es, unterschiedliche Arten des Aneignens von Kulturgütern zu benennen. Raub ist dabei eine häufige Art der Aneignung. Dabei kann es sich um ein weites Spektrum von kriegerischem Plündern bis hin zum Straßenraub durch Machtmissbrauch weißer Offiziere handeln. Es gibt aber auch Aneignungen, die über Handels- und Kaufakte stattgefunden haben. Diese Käufe kamen zumeist unter den Bedingungen kolonialer Asymmetrien zustande – wenn vielleicht während einer Hungersnot für ein Päckchen Salz das wertvolle Erbstück der eigenen Ahnen verkauft wurde.

Als Provenienzforscher sehe ich meine Aufgabe auch darin, die unterschiedlichen Arten der Aneignungen darzustellen, die vor dem historischen Hintergrund natürlich alle als problematisch eingestuft werden müssen. Dennoch gibt es Unterschiede in der Art des Erwerbs und dem daraus folgenden Umgang mit den jeweiligen Stücken. In kolonialen Herrschaftsverhältnissen entwickelt sich z.B. erfahrungsgemäß nach einer Zeit auch ein Markt für Kunst, auf dem die einheimische Bevölkerung die Nachfrage der Kolonialherren bedienen kann. Auch dies geschieht in einem kolonialen Kontext, der Umgang mit diesen Stücken ist aber eventuell weniger schwierig als mit solchen, die in einem Kolonialkrieg mit Hunderttausenden von Opfern geraubt wurden.

**Sind Sie der erste Provenienzforscher am Museum Fünf Kontinente und welche Bedeutung messen Sie der Provenienzforschung bei?**

*Dr. Richard Hölzl:* Zumindest bin ich der erste Provenienzforscher, der hier ausschließlich auf diesem Gebiet arbeitet. Meine Kollegin Dr. Hilke Thode-Arora ist eine der profiliertesten Provenienzforscherinnen in Deutschland. Kuratoren und Kuratorinnen haben die Frage nach der Herkunft der Museumsobjekte eigentlich schon immer in ihre Studien miteinbezogen. Bei den Eingängen von Kulturgütern haben die Museumsmitarbeitenden stets notiert, was die Sammler und Sammlerinnen zu den jeweiligen Objekten berichtet haben. Deshalb finden sich in den Eingangsakten historische Informationen zu den einzelnen Objekten des Museums. Wenn man heute etwas über die Funktion oder Herkunft eines Objekts wissen möchte, greift man auf diese Akten zurück – und findet dabei häufig auch koloniale Hinweise. Ich selbst bin kein

Ethnologe oder Kunsthistoriker, sondern Historiker. Dies ist aus meiner Sicht eine gute Voraussetzung, um die Beziehung zwischen dem jeweiligen Objekt und den historischen Rahmenbedingungen herzustellen. Ich versuche zu identifizieren, was es für Leute waren, die diese Objekte sammelten, unter welchen Bedingungen diese gesammelt wurden, welche Beziehungen die Betroffenen vor Ort eingingen usw. Diese Perspektive verfolgt den Weg des Objektes, um ursprüngliche Besitzer bzw. Besitzerinnen zu identifizieren und letztlich das Objekt vielleicht zurückgeben zu können. Die Rückgabe von kolonialen Gütern ist jedoch nicht zuletzt deshalb schwierig, weil viel Zeit seit der Entwendung vergangen ist und die Gesellschaftsordnungen oftmals anders strukturiert sind. So sind z.B. Eigentumsstrukturen nicht mehr dieselben wie vor 100 oder 150 Jahren. Wer, wie, wo, wann beteiligt war, ist aufgrund der Aktenlage und der historischen Entwicklungen manchmal schwer zu ermitteln. Aufgrund der verstrichenen Zeit und auch kolonialer Gewalttaten findet man kaum Zeitzeugen oder Zeitzeuginnen, die solche Fragen klären oder einordnen können. Das ist nicht die Schuld derjenigen, die Objekte ihrer Vorfahren zurückfordern. Das muss man klar so sagen.

**Museen wie das Museum Fünf Kontinente besitzen viele Objekte, die aus kolonialen Kontexten**

**nach Deutschland gebracht wurden. Die Benin-Bronzen sind das wohl bekannteste Beispiel. Für welche Artefakte, Kulturgüter oder Sammlungs-güter überlegt man überhaupt Restitutionsen?**

*Dr. Richard Hölzl:* Die Initiative für Rückgaben kommt zunächst von Einzelpersonen, Institutionen oder Staaten, die bestimmte Objekte zurückfordern. Es wird also eine Anfrage bzw. Rückforderung gestellt, bevor ein Restitutionsprozess in Gang gesetzt wird. Das Problem daran ist, dass häufig keine Informationen für die betroffenen Personen bzw. Institutionen vorliegen. Wie kommt man darauf, dass bestimmte Sammlungsstücke in unserem oder einem anderen Museum liegen? Haben die Menschen überhaupt eine Chance, Rückforderungen zu stellen? Genau da greift dann die Provenienzforschung ein: Sie kann Transparenz schaffen und zeigen, ob sich koloniale Güter im Bestand befinden und im besten Fall auch, unter welchen Umständen diese in den Besitz des jeweiligen Museums gelangt sind. Dies eröffnet die Möglichkeit, einen Rückforderungsantrag zu stellen. In Deutschland gibt es jedoch kaum konkrete Anträge - die Benin-Bronzen sind dabei eine Ausnahme. Es gibt zwar Überlegungen, Restitutionsen durchzuführen, aber dafür braucht man, wie gesagt, konkrete Informationen. Deshalb sind z.B. die Eingangsbücher des Museums Fünf Kontinente bis 1959 online einsehbar. Allerdings sind

Der geschnitzte Holzblock kam 1893 über einen deutschen Kolonialoffizier aus dem Kameruner Grasland nach München. Bekannt wurde er, weil ihn Franz Marc und Wassily Kandinsky 1912 auf den Titel ihres „Blauer Reiter Almanach“ brachten. Die Schöpfer kennen wir heute nicht mehr. Provenienzforschungen eines kamerunisch-deutschen Teams legen nahe: Er diente als Pfeiler eines Versammlungshauses und wurde in einer Siedlung entwendet, die wegen deutscher Kriegszüge verlassen lag.  
Foto: Museum Fünf Kontinente/  
Fotograf: Nicolai Kästner





Der „Kameruner Schiffschnabel“ oder Tangué wurde 1884 während einer deutschen Militäraktion gegen widerständige Bevölkerungsgruppen an der Küste Westafrikas geraubt. Er schmückte ein Boot des Duala Oberhauptes Kum'a Mbape, das bei Wettrennen zwischen Clans verwendet wurden. Der Kolonialakteur Max Buchner brachte ihn 1885 nach München. Seit 1998 wird es von Prince Kum'a Ndumbe III einem Enkel des vor- maligen Besitzers zurückgefordert.  
Foto: Museum Fünf Kontinente/  
Fotograf: Nicolai Kästner

diese Einträge teilweise schwer zu lesen, da die Handschriften sehr alt sind und die Inhalte meist stichwortartig notiert wurden. Die Akten zu entschlüsseln setzt demnach Spezialkenntnisse auf diesen Gebieten voraus, womit Zugang letztlich limitiert ist, da man jemanden benötigt, der die Dokumente entziffern und interpretieren kann. Von den Museumsbeständen sind aber immer größere Teile online zu sehen. Das Museum ist dabei, sukzessive die Provenienzen der einzelnen Objekte zu verlinken.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass es keine eindeutige Rechtsgrundlage gibt: Es gibt kein Restitutionsgesetz. Rückgaben werden deshalb auf Verhandlungsbasis mit Institutionen, diplomatischen Vertretungen sowie staatlichen Akteuren durchgeführt. Letztlich ist eine Restitution dann ein Akt der Anerkennung, Verhandlung und Übertragung. Bei den Benin-Bronzen hat beispielsweise der Staat Nigeria die Repräsentation der Edo übernommen, einer von vielen Gesellschaften in Nigeria, die alle unterschiedlich organisiert sind und jeweils eigene Oberhäupter haben. Der Staat übernimmt also nach außen die Position des Vertreters der vielfältigen Gemeinschaften und nach innen wird dann die

Übertragungen von Kunstwerken an die einzelnen Gruppen ausgehandelt.

### **Welche Auswirkungen hat die Restitutionsdebatte darauf, wie man Sammlungswerke präsentiert und welche Ansätze gibt es dabei?**

*Dr. Richard Hölzl:* Im Museum Fünf Kontinente wird, wie in den meisten Museen im deutschsprachigen Raum mit ähnlichem Hintergrund, zur Zeit intensiv diskutiert, wie man die koloniale Herkunft von Objekten in den Ausstellungen sichtbar machen kann, ohne den künstlerischen Aspekt der Objekte dadurch quasi zu „verhüllen“. Ziel ist es in jedem Fall, das koloniale Erbe deutlicher darzustellen - wie genau, muss noch ausgearbeitet werden.

### **Welche internationalen Tendenzen kann man in der Restitutionsdebatte beobachten?**

*Dr. Richard Hölzl:* Der Trend, sich mit den kolonialen Hintergründen zu beschäftigen und diese sichtbar zu machen, ist in deutschen Museen auf jeden Fall erkennbar. Wie es europa- bzw. weltweit aussieht, ist schon schwieriger einzuordnen.

Frankreich zum Beispiel ist ein Land mit großen zentralen Museen. Präsident Macron hat 2017 verkündet, dass koloniale Raubgüter zurückgegeben



werden sollen. Es stellt sich aber die Frage, wie das umgesetzt werden kann und welche Stücke als koloniale Raubgüter einzustufen sind.

Das Horniman Museum in London hat bereits Benin-Bronzen nach Nigeria zurückgegeben, während andere Museen in Großbritannien eine zurückhaltende Einstellung zur Restitution dieser Kunstwerke haben usw.

Die *Benin Contact Group* versucht weltweit die Verteilung der Kunstwerke zu verfolgen, unter anderem bis in die USA, um eine Restitution zu ermöglichen. Es gibt also auch internationale Projekte und Akteure, die gemeinsam ihre jeweiligen Ziele verfolgen. Die *Restitution Study Group*, eine afro-amerikanische zivilgesellschaftliche Vereinigung in den USA, möchte dagegen die Benin-Bronzen nicht an diejenige Gesellschaft zurückgeben, die aus ihrer Sicht so viele Afrikaner und Afrikanerinnen den Sklavenhändlern zugeführt hat. Sie setzt sich dafür ein, die Bronzen in den USA zu behalten, um dort zu zeigen, wie der Sklavenhandel funktioniert hat.

Dass es sich bei dem meisten Benin-Bronzen in westlichen Museen um koloniales Raubgut handelt, steht nicht in Frage. Dennoch gibt es unterschiedliche Ansätze, mit dem kolonialen Erbe umzugehen.

### **Inwieweit sind afrikanische Experten und Expertinnen in Ihre Arbeit als Provenienzforscher involviert?**

*Dr. Richard Hölzl:* Die Menschen in den betroffenen Ländern in die Arbeit zu involvieren, ist ein wichtiger Schritt für eine transparente und dialogische Herangehensweise in der Provenienzforschung. Man benötigt spezifisches Wissen über die Geschichte einzelner Regionen, in unserem Zusammenhang vor allem über ehemalige deutsche Kolonien. Tansania z.B., wo ich geforscht habe, ist ein sehr großes Land, welches viele verschiedene Ethnien mit jeweils eigener Geschichte und kulturellen Besonderheiten umfasst und eine dementsprechend große Variation von Objekten bietet. Deshalb muss man sich mit den Spezialisten vor

Ort, die genau über diese Gesellschaften Bescheid wissen, austauschen. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sollen dabei aber nicht nur Informationen liefern, sondern sollen auch ihre Position und ihre Deutungen in die Interpretation einbringen und zur Methodik und zum Entwicklungsprozess beitragen.

Im Mai konnte ich nach Tansania reisen, um unsere Methoden und Ansätze zur Provenienzforschung mit Kolleginnen und Kollegen an der Universität Daressalam und am Nationalmuseum Tansanias zu diskutieren. Das Museum Fünf Kontinente hat in den vergangenen Jahren die Herkunft von Sammlungen aus Nigeria (Benin), Kamerun und Samoa mit Kolleginnen, Kollegen und Menschen aus der Bevölkerung erforscht.

### **Was ist Ihr persönlicher Wunsch für die Entwicklung dieses Museums?**

*Dr. Richard Hölzl:* Mir ist sehr wichtig, die Wege, auf denen die Objekte in das Museum gelangt sind, transparenter zu machen. So kann man Forschenden außerhalb des Museums oder auch Interessenten und Interessentinnen, die Restitutionsansprüche haben, den Zugang zu den kolonialen Sammlungen erleichtern. Diese Kontexte sollten dann aber auch im Museum sichtbar sein. Ich hoffe, dass wir neue Wege finden, koloniales Erbe hier im Museum anzusprechen und zu diskutieren. Das ist natürlich der typische Wunsch eines Historikers – Geschichte sichtbar zu machen, mit ihr zu arbeiten, auch wenn sie problematisch oder „dunkel“ ist. Ein kritischer Blick auf die koloniale Vergangenheit ist wichtig, um zukünftige Beziehungen mit der Welt gestalten zu können. Dabei ist klar, dass ein ethnologisches Museum kein historisches Museum sein kann und will. Es lebt von der Ausstellung von Objekten, nicht von historischen Botschaften. Man muss sich also Gedanken machen, wie man historisches Wissen sinnvoll einbringt, in welchem Ausmaß, an welcher Stelle und auf welche Art und Weise. 🟢

*Interview: Christina Gibbs/Annika Schmegner*

# DAS SCHÖFFENAMT IN BAYERN

von Ludwig Unger



Garderobe in einem Gericht  
Foto: Picture alliance/dpa/  
Fotograf: Friso Gentsch

Im Herbst dieses Jahres werden die Schöffinnen und Schöffen für die 22 Landgerichte und 73 Amtsgerichte in Bayern bestellt. Die auf Vorschlag ihrer Kommunen durch einen Wahlausschuss bestellten Frauen und Männer werden dann fünf Jahre lang, vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2028, im Amt sein – als ehrenamtliche Richterinnen und Richter.

Sie wirken an den Entscheidungen der Schöffengerichte an Amtsgerichten<sup>1</sup> und der

Strafkammern an Landgerichten<sup>2</sup> sowie an denen der Jugendgerichte und Jugendkammern mit – mit Sitz und Stimme. Und sie sind, ebenso wie die Berufsrichter und -richterinnen, unabhängig und unparteilich und nur „an Recht und Gesetz gebunden“.<sup>3</sup>

Mehrere Tausend Schöffinnen und Schöffen werden allein in Bayern gebraucht, davon gut 4.600

1 Schöffengerichte an Amtsgerichten setzen sich aus einem Berufsrichter bzw. einer Berufsrichterin und zwei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern zusammen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kann ein zweiter Berufsrichter hinzugezogen werden (§ 29 Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung vom 9. Mai 1975, zuletzt geändert 19.12.2022).

2 Die Strafkammern an Landgerichten können sich aus einem Berufsrichter bzw. einer Berufsrichterin und zwei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern (kleine Strafkammer) oder aus drei Berufsrichtern bzw. -richterinnen und zwei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern (große Strafkammer) zusammensetzen (§ 76 Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung vom 9. Mai 1975, zuletzt geändert 19.12.2022).

3 Bayerisches Staatsministerium der Justiz (Hg.): Das Schöffenamtsamt in Bayern. Informationen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Strafrechtspflege, München 2022, S. 9.

in Strafsachen. Schöffinnen und Schöffen sind in allen deutschen Ländern ein fester Bestandteil der Rechtsprechung. Bundesweit gibt es nach Schätzung des entsprechenden Bundesverbandes rund 60.000 ehrenamtliche Richterinnen und Richter.<sup>4</sup> Sie haben eine wichtige Aufgabe und diese ist sowohl im Grundgesetz wie auch in der Bayerischen Verfassung sowie in den entsprechenden Ausführungsgesetzen verankert:

## §

**Art. 20 (2) GG regelt nämlich: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“**

## §

**Art. 88 der Bayerischen Verfassung formuliert es so: „An der Rechtspflege sollen Männer und Frauen aus dem Volke mitwirken. Ihre Zuziehung und die Art ihrer Auswahl wird durch Gesetz geregelt.“**

### Volkssouveränität und Teilhabe an der Rechtsprechung

Es geht also einerseits – und das ist politikwissenschaftlich interessant – um einen Ausdruck der Volkssouveränität und Teilhabe – ähnlich wie bei Wahlen, bei Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den Gemeinden, Städten und Landkreisen, allerdings mit direkteren und unmittelbaren Auswirkungen für die Betroffenen. Denn die Entscheidungen, die in den Strafverfahren gefällt werden, werden in der Regel unmittelbar umgesetzt: Die oder der Angeklagte wird freigesprochen, erhält eine Geldstrafe oder wird zu einer Haftstrafe mit oder ohne Bewährung verurteilt.



Andererseits können und sollen die Schöffinnen und Schöffen in die Bewertung des Verfahrens je nach Fall berufliche, private oder familiäre Kompetenzen und Erfahrungen miteinbringen. Im „Basiswissen über das Schöffenamt“ beschreiben Hasso Lieber und Ursula Sens diesen Aspekt so: „Eine wesentliche Bedeutung für das Verfahren hat der Schöffe dort, wo er dem Berufsrichter Wissen über Realität vermitteln kann. Er stellt somit ein Korrektiv gegen die ausschließlich juristisch geprägte Sicht dar.“<sup>5</sup>

Das Bayerische Justizministerium fasst diesen Gedanken etwas breiter und formuliert in der Broschüre „Das Schöffenamt in Bayern“ mit der Zielgruppe potentieller Kandidatinnen und Kandidaten: „Die Mitwirkung juristischer Laien an der Rechtsprechung ist gerade deshalb gewollt, weil Ihre Lebens- und Berufserfahrung, Ihr Urteil, Ihr Gemeinsinn und Ihre Bewertungen in die Entscheidungen der Gerichte eingebracht werden sollen.“<sup>6</sup> Gemeinsam begeben sich haupt- und ehrenamtliche Richterinnen und Richter auf die Suche nach der Wahrheit, nach dem Tathergang, nach Motiven, nach Schuld und Unschuld. Der Weg dazu ist die mündliche Verhandlung.

Justitia-Statue auf dem Justizpalast in München  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/  
Fotograf: Claus Schunk

4 Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter (schoeffen.de) [Stand: 30.05.2023]. Es gibt auch in Bayern einen Landesverband des Bundesverbandes der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, Informationen zu diesem siehe <https://www.schoeffen-bayern.de> [Stand: 30.05.2023].

5 Hasso Lieber/Ursula Sens: Basiswissen Schöffenamt, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020, S. 25.

6 Bayerisches Staatsministerium der Justiz (Hg.): Das Schöffenamt in Bayern. Informationen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Strafrechtspflege, München 2022, S. 9.

## Die Gemeinde- und Stadträte stimmen über Vorschläge ab

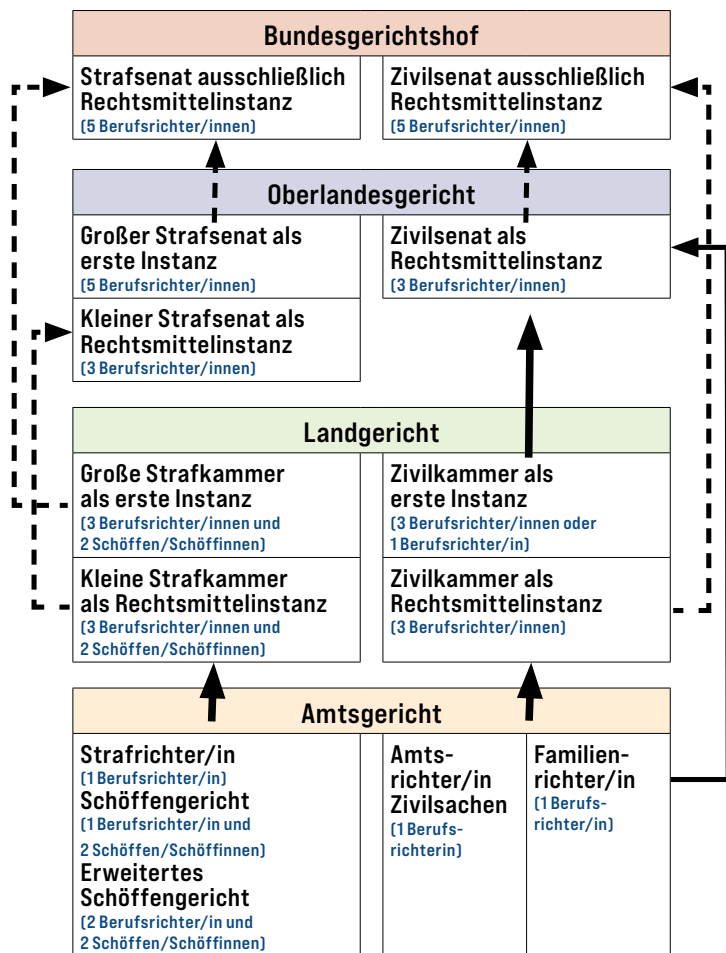
Die Auswahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter erfolgt in einem zweistufigen Vorgang: Zunächst stellt die Gemeinde, so ist es in § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes geregelt, eine Vorschlagsliste von Schöffen und Schöffinnen auf, „die von zwei Dritteln der anwesenden Gemeindevertretung, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Mitglieder der Gemeindevertretung“<sup>7</sup> angenommen werden muss. Frauen und Männer können sich bewerben, in diese Liste aufgenommen zu werden. Die Vorschläge der Gemeindevertretung werden dann an das Amtsgericht bzw. das Landgericht übermittelt und hier bestellt ein Ausschuss die „erforderliche Zahl von Schöffen“.<sup>8</sup> Zu beachten ist von dem Ausschuss, dass bei der Auswahl „alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigt werden“.<sup>9</sup>

## Richterin und Richter im Ehrenamt

Jutta B. (Name geändert) und Carsten F. (Name geändert) wurden mit ausgewählt. Jutta B. wurde vom Schöffenwahlausschuss als Ersatzschöffin für ein Landgericht in Oberfranken für den Zeitraum von 2019 bis 2023 bestellt, d. h. sie nimmt nur an Sitzungen der Strafkammer teil, wenn ein Hauptschöffe ausfällt oder wenn ein zusätzliches Verfahren anberaumt wird. Carsten F. wurde 2018 zum ehrenamtlichen Richter an einem Amtsgericht in Oberbayern für die Jahre 2019 bis 2023 berufen. Er erhält als Hauptschöffe bereits zu Jahresbeginn eine Terminliste, mit deren Hilfe er auch seinen Arbeitgeber rechtzeitig informieren kann. Schöffinnen und Schöffen sind in der Regel von ihrer beruflichen Tätigkeit für die Wahrnehmung der Sitzungstermine freizustellen. Den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen werden im Normalfall für

einen möglichen Lohnausfall von der Justizkasse die Lohnkosten während der Schöffentätigkeit erstattet.<sup>10</sup>

Um die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nicht zu überlasten, soll die Anzahl der Termine zwölf im Jahr nicht übersteigen. In der Praxis freilich kann sich im Einzelfall ein Prozess länger hinziehen. Und während eines Verfahrens dürfen weder Berufsrichter bzw. -richterinnen noch Schöffen ausgewechselt werden, um so die Kontinuität in der Wahrheitsfindung und das Recht auf einen gesetzlichen Richter zu gewährleisten.



—▶▶▶ Berufung  
- - -▶▶▶ Revision

Abbildung: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

7 § 36 Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung vom 9. Mai 1975, zuletzt geändert vom 19.12.2022. Die Konkretisierung auf die einzelnen Länder erfolgt durch entsprechende Bekanntmachungen in den jeweiligen Ministerial- oder Verordnungsblättern, in Bayern durch die „Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien der Justiz und des Innern, für Sport und Integration vom 27. Oktober 2022, in: Bayerisches Ministerialblatt 672/2022 vom 30. November 2022.

8 § 42 Gerichtsverfassungsgesetz.

9 § 52 Gerichtsverfassungsgesetz.

10 §§ 55 und 77 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie Bundes-einheitliches Merkblatt für Schöffen vom September 2021 Anhang I zu: Bayerisches Staatsministerium der Justiz (Hg.): Das Schöffengericht in Bayern. Informationen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Strafrechtspflege, München 2022.



## Der Alltag im Schöffenamt

Jutta B. und Carsten F. hatten die nötigen Voraussetzungen für das Ehrenamt erfüllt, für das sie sich 2018 beworben hatten: Sie haben u. a. die deutsche Staatsbürgerschaft, bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sind im Alter zwischen 25 und 70 Jahren, verfügen über gute deutsche Sprachkenntnisse und haben ihren Wohnsitz in der Gemeinde.<sup>11</sup> Jugendschöffen, also Schöffen an den Jugendgerichten bzw. Jugendkammern sollen zudem Erfahrungen in der Jugendberufshilfe oder -arbeit haben und werden vom Jugendhilfeausschuss der Kommune vorgeschlagen.<sup>12</sup>

Die beiden Schöffen wurden bei einer Informationsveranstaltung durch das Gericht auf ihre Rolle bei der Rechtsprechung vorbereitet. Schöffinnen und Schöffen werden auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereidigt.

## Schöffentätigkeit in der Praxis

Jutta B. entnimmt ihrem Briefkasten die Post. Darunter befindet sich ein Schreiben der Justizbehörden: „Sie sind berufen, als Schöffe an der nachfolgenden Sitzung des Landgerichts [...] teilzunehmen“. Dann folgen Datum und Ort und die Belehrung, dass sie sich bitte eine Viertelstunde vor dem Termin im Beratungszimmer der Kammer [...] neben dem Sitzungssaal einfinden soll. Das Prozedere kennt die erfahrene Schöffin bereits. Diese Zeit nutzt der Vorsitzende Richter für eine kurze Einführung der beiden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in die folgende Verhandlung, vor allem hinsichtlich der Anklage. Wer als zweiter Schöffe mit dabei sein wird, ob der Kammer ein, zwei oder drei Berufsrichter angehören werden, weiß Jutta B. erst, wenn die Vorbesprechung vor dem Prozess beginnt. Und sie weiß auch, dass es beim Zugang zum Gericht Sicherheitskontrollen gibt.

## Schöffen stellen Fragen und bestimmen das Urteil mit

„Das Gericht“ betritt den Sitzungssaal, Angeklagte, Verteidiger, Staatsanwalt und Besucher erheben sich. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, fragt auch nach möglichen Einwendungen gegen die Besetzung des Gerichts. Bestehen dagegen keine Einwände, folgt die Verlesung der Anklageschrift durch die Staatsanwaltschaft, möglicherweise eine Erklärung der Verteidigung oder der Angeklagten. Dann tritt das Gericht in die Beweisaufnahme ein. Zeuginnen und Zeugen werden verhört, Gutachter etwa zum möglichen Ablauf der Tat oder zur Schuldfähigkeit der Angeklagten kommen zu Wort. Und ebenso wie die Berufsrichter können auch Schöffinnen und Schöffen Fragen stellen. Im Unterschied zu den Berufsrichtern tragen sie in Bayern keine Robe.

Immer wieder führt das Gericht während der Verhandlungen zusätzliche Informationen ein, etwa was mögliche Vorstrafen der Angeklagten betrifft. Und je nach Prozessverlauf kann es zu Rechtsgesprächen kommen, bei denen das Gericht, die Verteidigung und die Staatsanwaltschaft über das Vorgehen, über einen möglichen Strafraum beim Einräumen einer Teilschuld oder der Schuld und einem möglichen Beitrag zur Aufklärung dieser oder weiteren Straftaten sprechen.

Nach der Beweisaufnahme, die mehrere Tage dauern kann, folgen die Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung, den Angeklagten steht das „letzte Wort“ zu. In einer internen Beratung der Kammer werden die Vorgänge nochmals analysiert, bewertet und dann fällt das Gericht schließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben wie dem Strafgesetzbuch zu Tat und Strafmaß sowie höchstrichterlichen Entscheidungen in vergleichbaren Fällen das Urteil. Jedes Mitglied des Gerichts bzw. der Kammer hat bei den Beratungen zu Schuld oder Nichtschuld sowie zum Strafmaß eine Stimme – Berufsrichter bzw. -richterinnen und ehrenamtliche Richter und Richterinnen.

## Tatbestände: von bandenmäßigem Diebstahl bis zu Mord

Strafkammern am Landgericht behandeln Verbrechen, für die weder das Amtsgericht noch das



**INFO**

„Schöffinnen und Schöffen sind ehrenamtliche Richterinnen und Richter in Strafsachen, die für eine Amtsperiode von fünf Jahren gewählt werden. Sie kommen bei den Strafkammern und Jugendkammern der Landgerichte sowie bei den Schöffengerichten bzw. Jugendschöffengerichten der Amtsgerichte zum Einsatz.“<sup>13</sup>

11 Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien (wie Anm. 1), II. Abschnitt Amt der Schöffen. Dort heißt es unter Bezugnahme auf § 31 Gerichtsverfassungsgesetz unter 2.1. „Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Es kann nur von Deutschen versehen werden.“ In § 33 werden weitere Voraussetzungen wie die des Alters oder der Gesundheit bzw. stabiler Vermögensverhältnisse genannt.

12 § 35 Jugendgerichtsgesetz (JGG) in der Fassung vom 11. Dezember 1974, zuletzt geändert am 25. Juni 2021. Wörtlich heißt es in 35 JGG: „Die Vorgeschlagenen sollen erzieherisch befähigt und in der Jugendberufshilfe erfahren sein.“

13 <https://www.justiz.bayern.de/service/schoeffen> [Stand: 31.05.2023].

Oberlandesgericht zuständig sind. Konkret geht es also um „Straftaten, bei denen eine höheres Strafmaß als vier Jahre Freiheitsstrafe oder die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, allein oder neben einer Strafe, oder in einer Sicherungsverwahrung zu erwarten ist“.<sup>14</sup> Sie entscheiden auch die Fälle, für die die Staatsanwaltschaft die Klage am Landgericht eingereicht haben. Die Strafkammern am Landgericht verhandeln außerdem über Rechtsmittel gegen Urteile von Amtsgerichten.

Das Spektrum der Straftaten, mit denen sich Jutta B. während der vergangenen vier Jahre beschäftigen durfte, war breit gefächert: Einbruch und Diebstahl, bandenmäßiger Betrug, Körperverletzung, Totschlag, Handel mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge. Auch ein Mord war dabei – ein Vater hatte in Nordbayern sein Kind im Grundschulalter getötet, über mehrere Tage zog sich die Verhandlung hin mit Verlesung der Anklageschrift, Beweisaufnahme und Zeugeneinvernahme, Berichten von Gutachtern, Rechtsgespräche zwischen Staatsanwalt, Verteidiger und Kammer. Dieser Fall hat der Schöffin emotional sehr zugesetzt. Das Urteil: lebenslänglich unter Feststellung der besonderen Schwere der Schuld.

Heute ging es um Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz, frei übersetzt um Drogenhandel und das in erheblichem Umfang.

Am Schluss der Verhandlungen verkündet der Vorsitzende Richter die Entscheidung des Gerichts bzw. der Kammer: „Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil.“ Und das Volk wird vertreten durch die Schöffinnen und Schöffen. Im konkreten Fall wurde eine Freiheitsstrafe von mehreren Jahren verhängt. Diese wird der Angeklagte in einer Justizvollzugsanstalt „absitzen“.

Für die Schöffinnen und Schöffen ist mit der Verkündung des Urteils und der mündlichen Begründung durch den Vorsitz der Kammer oder Schwurgerichts das Verfahren beendet, sie gehen nach Haus bzw. weiter ihrer Berufstätigkeit

nach. Die Berufsrichter dagegen werden in den kommenden Tagen die Entscheidung schriftlich niederlegen – mitsamt Begründung. Und dann wird sich die Frage stellen, ob der Angeklagte und die Verteidigung oder aber die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel dagegen einlegen.

### **Schöffen am Amtsgericht**

Bei Straftaten, bei denen Strafen von über zwei, aber nicht über vier Jahren erwartet werden, entscheiden die Schöffengerichte am Amtsgericht. Das Spektrum ist entsprechend vielfältig. Es reicht von räuberischer Erpressung und Sozialleistungsbetrug, über Einzeltrickbetrug und Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz bis zur Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen und der Erstellung von kinderpornografischen Schriften

### **Eine Bewerbung um den Schöffendienst**

Jutta B. und Carsten F. sind nach fast fünf Jahren Schöffentätigkeit sicher: „Der Schöffendienst hat uns bereichert, auch wenn mancher Prozess das Nervenkostüm schon belastet und auch manche Strafe, über die man mitentscheidet, nicht so einfach gefällt wird. Freiheitsentzug ist in manchen Fällen keine einfache Entscheidung. Aber das Strafrecht soll mehreren Zielrichtungen gerecht werden: Täter und Täterinnen sollen für ihre Taten bestraft, die Gesellschaft soll vor Straftätern geschützt werden und zugleich sollen Straftäter auch die Chance bekommen, nach der Strafe wieder in die Gesellschaft zurückzufinden – Resozialisierung.“ Das ist für beide eine Herausforderung, der sie sich auch in den kommenden fünf Jahren wieder stellen wollen. Und das ist gut so, denn Schöffinnen und Schöffen sind an Schöffengerichten und in Strafkammern unverzichtbar. 🍷

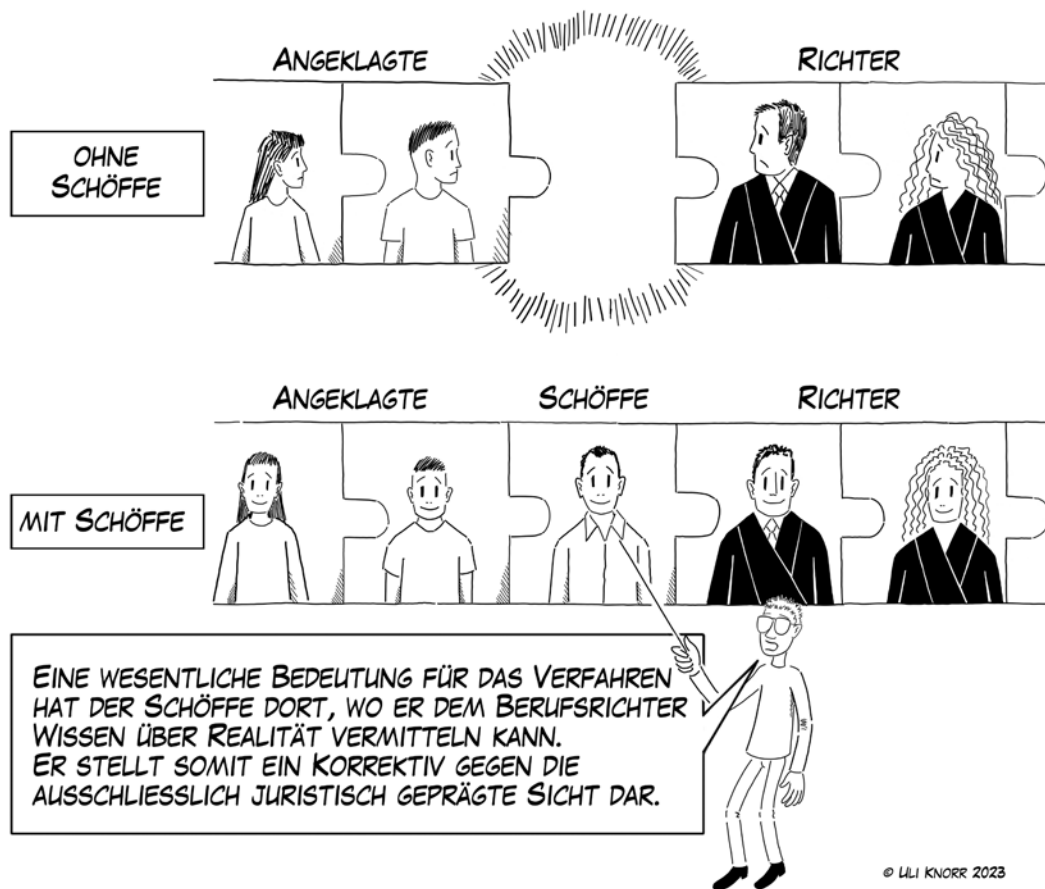
---

14 § 74 Gerichtsverfassungsgesetz.

# IM GERICHT

von Uli Knorr

Uli Knorr ist Grafiker und Comiczeichner. Er lebt und arbeitet in München.



# IRAN UND DER WIEDERKEHRENDE RUF NACH REVOLUTION: EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK

von Benedikt Römer

---



Eine junge Frau protestiert im November 2022 vor dem Azadi Tower in Teheran.

Foto: *picture alliance/ZUMA-PRESS.com*



## Einleitung

Im Herbst 2022 brachen in Iran Massenproteste gegen das seit über vier Jahrzehnten bestehende islamistische System der „Islamischen Republik“ aus. Auslöser der Demonstrationen war der gewaltsame Tod der 22-jährigen iranischen Kurdin Žinā Mahsā Amini, die von der iranischen Sittenpolizei (per. *Gasht-e Ershād*, wörtlich „Rechtleistungspatrouille“) aufgrund eines zu locker sitzenden Kopftuches in Gewahrsam genommen worden war. Unter dem feministischen Motto „Frau, Leben, Freiheit“ (per. *Zan, Zendegi, Āzādi*)<sup>1</sup> entwickelte sich in den folgenden Wochen und Monaten eine Bewegung, die Iran global ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit beförderte. Auch außerhalb Irans fanden und finden Demonstrationen mit teilweise mehreren zehntausend Teilnehmer\*innen statt, die von Angehörigen der großen iranischen Diasporagemeinschaft organisiert werden.

Die Forderungen der Demonstrant\*innen beschränken sich nicht allein auf die Anerkennung individueller Rechte durch die iranische Regierung; vielmehr streben die Protestierenden nach einem politischen Umsturz mit dem Ziel eines post-islamistischen Irans. Der Ruf nach Revolution (per. *Enqelāb*) ist ein wiederkehrendes Element in der modernen Geschichte Irans. Dieser Artikel versucht, die aktuellen Ereignisse durch einen Blick in die Vergangenheit verständlicher zu machen. Welche historischen Ereignisse haben das iranische Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung geprägt? Wo können wir Kontinuitäten beobachten – und wo liegen historische Wendepunkte?

Historiker\*innen datieren den Beginn der modernen Geschichte Irans entweder auf die Jahre 1501 oder 1797, die beide Anfangspunkte jeweils neuer Herrscherdynastien darstellen.<sup>2</sup> Weitere Schlüsseldaten sind die Konstitutionelle Revolution (1905-1911), der Beginn der Pahlavi-Dynastie (1925) sowie die Islamische Revolution von 1979. Diese Daten dienen auch der Strukturierung des vorliegenden Artikels, der mit einer Darstellung der Gegenwart endet.

## Die Schiitisierung Irans unter den Safawiden (1501-1722)

Iran erscheint heute als das globale Zentrum des zwölferschiitischen Islams. Darstellungen der national-religiösen Identität Irans gehen teilweise so weit, dass sie eine gewisse Natürlichkeit in der Verbindung zwischen dem schiitischen Islam und dem Persertum implizieren.<sup>3</sup> Derartige Perspektiven ignorieren jedoch, dass religiöse und nationale Identitäten historisch konstituiert und – wenn auch nicht von heute auf morgen – veränderbar sind. Die Schiitisierung Irans geht auf das frühe 16. Jahrhundert zurück, als die aus der nordiranischen Stadt Ardabil stammende Dynastie der Safawiden eine systematische Religionspolitik implementierte, deren Resultat die Historikerin Rula Abisaab als „Konversion Persiens“ bezeichnete.<sup>4</sup> Unter anderem mit dem Ziel, sich vom benachbarten sunnitischen Osmanischen Reich abzugrenzen, propagierten die safawidischen Herrscher schiitische Glaubensinhalte und förderten den schiitischen Klerus, den man teilweise aus der schiitischen Hochburg des südlichen Libanons abwarb.

Die Ausdifferenzierung der religiösen Autorität war in den nachfolgenden Jahrhunderten Gegenstand theologischer Debatten, an deren Ende sich die sogenannten *Uṣūlis* (wörtl. „Prinzipialisten“) durchsetzen konnten.<sup>5</sup> Die Rechtsprechung im schiitischen Islam obliegt bis heute Gelehrten, die den klerikalen Rang des *Muḡtahid* (wörtl. ein „sich Anstrender“) erreicht haben. Gläubige orientieren sich an den Rechtsurteilen eines bestimmten qualifizierten Gelehrten, der ihnen als „Quelle der Nachahmung“ (arab. *Marḡa' at-Taqlid*) dient. Somit besitzt die schiitische Geistlichkeit eine hohe Relevanz für die individuelle Lebensführung ihrer Anhänger\*innen. Es gilt jedoch zu betonen, dass der schiitische Klerus bis ins späte 19. Jahrhundert überwiegend unpolitisch blieb. Da die ultimative Autorität im zwölferschiitischen Islam dem entrückten „Zwölften Imam“ (auch *Mahdi* genannt) obliegt, übten sich schiitische Gelehrte über Jahrhunderte hinweg in einem aktiven „Quietismus“. Dass im Iran der Gegenwart schiitische Geistliche

---

1 Der Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ stammt ursprünglich aus der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung. Die Persische Adaption ist eine Übersetzung des Kurdischen „*Jin, Jiyan, Azadî*“.

2 Die Standardwerke zur modernen Geschichte Irans sind: Nikki R. Keddie: *Modern Iran. Roots and Results of Revolution*, New Haven/London 2003., Ervand Abrahamian: *A History of Modern Iran*, Cambridge/New York 2008, Abbas Amanat: *Iran. A Modern History*, New Haven 2017, Yann Richard: *Iran. A Social and Political History since the Qajars*, Cambridge/New York 2019 und Ali M. Ansari: *Modern Iran since 1797. Reform and Revolution*, London/New York 2019.

---

3 So schreibt etwa der polnische Journalist Ryszard Kapuściński in seinem aufgabenstarken Augenzeugenbericht zur Revolution 1979, dass der schiitische Islam die „natürliche Religion“ der Iraner\*innen sei, Ryszard Kapuściński: *Shah of Shahs*, London 2006, S. 72.

4 Rula Jurdi Abisaab: *Converting Persia. Religion and Power in the Safavid Empire*, London/New York 2004.

5 Zur theologischen Auseinandersetzung zwischen *Uṣūlis* und *Achbāris*, s. Amanat (wie Anm. 2), S. 199-210.



Darstellung der Thronbesteigung des zweiten Safawidenkönigs Tahmasp I., Isfahan um 1650  
Abbildung: British Library

hohe politische Ämter bekleiden, ist also ein neues Phänomen, welches in vorherigen Jahrhunderten undenkbar gewesen wäre.

### **Das 19. Jahrhundert: Neue Einflüsse und Suche nach Reformen**

Im Jahr 1797 etablierte sich in Iran eine neue Herrscherdynastie: die Kadscharen. Sie regierten Iran im krisenbelasteten 19. Jahrhundert. Insbesondere die militärischen Auseinandersetzungen

mit dem russischen Zarenreich endeten mit herben Niederlagen Irans, deren Konsequenz Gebietsverluste im Norden (die Territorien des heutigen Georgiens, sowie der Republiken Aserbaidschan und Armenien) waren. Die Anerkennung eigener militärischer Schwächen löste eine Suche nach Reformen aus, die sich an Entwicklungen in Europa orientierte. So schickten ab Mitte des 19. Jahrhunderts einige der Elite angehörende iranische Familien ihre Söhne zur Ausbildung nach Europa;<sup>6</sup> gleichzeitig luden die Kadscharen europäische Militärs und Wissenschaftler ein, nach Iran zu reisen und zu den Reformbestrebungen beizutragen. Neben dem Aufbau eines Berufsmilitärs sind in diesem Zusammenhang auch neue Bildungsinstitutionen zu nennen, darunter das 1851 gegründete Polytechnikum in Teheran und, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, zahlreiche Schulen unter der Leitung europäischer und amerikanischer Missionsgesellschaften. Letztere wurden zur Kadenschmiede der iranischen Staatselite im anlaufenden 20. Jahrhundert.

Die Begegnung mit den Großmächten des Westens, insbesondere den Briten, fand noch auf einer weiteren Ebene statt. Auch wenn Iran zu keinem Zeitpunkt vollständig kolonialisiert war (anders als etwa ein Großteil der arabischen Welt), sah man sich doch einer ständigen wirtschaftlichen und militärischen Bedrängung ausgesetzt. Im Bereich der Wirtschaft schloss Iran im späten 19. Jahrhundert mehrere weitreichende Handelskonzessionen mit britischen Geschäftsmännern ab.<sup>7</sup> Diese beinhalteten die Verpachtung wesentlicher Sektoren (etwa des Straßenbaus, des Telegrafennetzes oder auch der Gewinnung von Bodenschätzen) gegen finanzielle Zuwendungen an den iranischen König. Neben dem unmittelbaren Erhalt finanzieller Mittel erhoffte man sich hierdurch auch die Entwicklung und Modernisierung von Bereichen, in denen Iran die technische Expertise fehlte.

Gleichzeitig empfand ein Großteil der Bevölkerung die Praxis der Handelskonzessionen als

6 Zu den Bildungsreformen im Iran des 19. Jhts., s.: Monica M. Ringer: *Education, Religion, and the Discourse of Cultural Reform in Qajar Iran*, Costa Mesa 2000.

7 Besonders erwähnenswert ist hierbei die sogenannte „Reuter Konzession“ an den britischen Unternehmer deutsch-jüdischer Herkunft Paul Reuter (1816-1899). In den Worten des britischen Beobachters Lord Curzon war die Konzession an Reuter „die weitreichendste und außergewöhnlichste Aushändigung der gesamten industriellen Ressourcen eines Landes in fremde Hände [...]“. Das Dokument war so verblüffend, dass es wie eine Bombe in Europa einschlug.“ zit. nach: Ansari (wie Anm. 2), S. 76.





Ausverkauf der heimischen Wirtschaftskraft. Im Jahr 1890 eskalierte die Situation, nachdem der iranische König Nāseroddin Schah einem britischen Geschäftsmann die Anbau- und Vertriebsrechte iranischen Tabaks für 50 Jahre verpachtet hatte. Ein hoher schiitischer Gelehrter veröffentlichte daraufhin ein Rechtsgutachten (ar. *Fatwā*), das den Konsum von Tabak mit einem direkten Angriff auf den Zwölften Imam des schiitischen Islams gleichsetzte. Nach einem landesweiten Boykott wurde die Konzession aufgelöst.<sup>8</sup> Die „Tabak-Revolte“ des Jahres 1890 stellt somit einen historischen Einschnitt dar, in dem sich ein schiitischer Geistlicher offen gegen die monarchische Macht stellte und politisch eingriff. Ohnehin wurde die Kritik an der absoluten Macht der iranischen Könige zusehends lauter und die Suche nach politischen Reformen dringlicher.

Kadscharen wehrte sich jedoch gegen die politischen Reformbestrebungen, sodass in den Folgejahren heftige Auseinandersetzungen zwischen den Loyalisten der Monarchie und ihren Gegnern ein effektives Arbeiten des Parlaments verhinderten. Letztendlich war es insbesondere die militärische Unterstützung des Russischen Reiches für den iranischen König, die die Konstitutionelle Revolution zum Erliegen brachte. Dennoch war das intellektuelle Erbe der Revolution so bedeutend, dass sie der britisch-iranische Historiker Ali Ansari als „Gipfelpunkt der modernen iranischen Geschichte“

Glanzstücke kadscharischer Architektur: Siebenfarbige (per. *haft-rang*) Kacheln am Golestān-Palast (links) sowie die Masudiyye-Villa, erbaut für den kadscharischen Prinzen Zell-e Soltān im Jahr 1878  
Fotos: Benedikt Römer, Teheran, April 2019

## Die Konstitutionelle Revolution (1905-1911)

Im Jahr 1905 siegten die immer vehementer werdenden Bestrebungen, die Herrschaft des Monarchen einzuschränken und durch eine Verfassung zu regulieren. Ein Jahr später versammelte sich zum ersten Mal in der iranischen Geschichte ein gewähltes Parlament. Die Herrschaftsfamilie der



Frühe Pionierin der Frauenrechte in Iran: Sadiqeh Dowlatābādi  
Foto: Public domain, via Wikimedia Commons

<sup>8</sup> Die Texte der Tabak-Konzession sowie des Rechtsgutachtens und des königlichen Widerrufs der Konzession finden sich in englischer Übersetzung bei: Negin Nabavi: *Modern Iran. A History in Documents*, Princeton 2016, S. 31-36.

bezeichnet.<sup>9</sup> In derselben Zeit formierte sich auch die frühe iranische Frauenbewegung. Persönlichkeiten wie Sediqeh Dowlatābādi (1882-1961) und Bibi Chānom Astarābādi (1858-1921) wandten sich lautstark gegen die herrschenden patriarchalen Strukturen. Am politischen Ausschluss von Frauen änderte die Konstitutionelle Revolution jedoch nichts – die ersten iranischen Parlamente bestanden ausschließlich aus männlichen Abgeordneten.

### **Modernisierung „mit eiserner Faust“: Die Herrschaft Rezā Schahs (1925-1941)**

Nach einem Jahrzehnt des politischen Chaos konnten die Kadscharen ihre Herrschaft in den 1920er Jahren nicht mehr aufrechterhalten. Ein hoher Militäroffizier aus dem Norden Irans namens Rezā Chān<sup>10</sup> (1878-1944) erlangte im Jahr 1923 das Amt des Premierministers und ließ sich zwei Jahre später als neuer Schah krönen. Er strebte bald nach weitreichenden Reformen von oben, deren Ziel eine Modernisierung des Staatswesens sowie der iranischen Gesellschaft nach westlichem Vorbild war. Der Historiker Ervand Abrahamian bezeichnete Rezā Schahs Vorgehen als Herrschaft „mit eiserner Faust“.<sup>11</sup> Neben Errungenschaften wie der Ausweitung des Bildungswesens und der Einführung einer Schulpflicht beinhaltet das Erbe Rezā Schahs auch umstrittene Episoden. Teilweise inspiriert von der Hochphase des türkischen Kemalismus, erließ Rezā Schah etwa im Jahr 1936 ein Verbot, den islamischen Schleier im öffentlichen Raum zu tragen.<sup>12</sup> Auch Männer hatten sich an Kleidungsvorschriften zu halten, die das Bild einer „zivilisierten“ Gesellschaft erzeugen sollten.

Ideologisch inspiriert wurde Rezā Schah auch durch Formen des iranischen Nationalismus, die ihre Wurzel im ausgehenden 19. Jahrhundert haben. Die Neuordnung des nationalen Selbstverständnisses veranlasste Teile der iranischen Elite dazu, die vorislamische Vergangenheit des Landes



als nationale Blütezeit wiederzuentdecken.<sup>13</sup> Damit einher ging oft eine harsche Kritik an der islamischen Religion, deren Ausbreitung man als Einbruch in der nationalen Geschichte Irans empfand. Dieses Geschichtsnarrativ ist bis heute insbesondere bei oppositionell gesinnten Iraner\*innen beliebt und dient ihnen zur Kritik an der seit 1979 herrschenden islamistischen Regierung. In den 1920er und 1930er Jahren (und teilweise bis in die Gegenwart) stand diese historische Lesart unter dem Einfluss europäischer Rassentheorien, die die „arischen“ Wurzeln des iranischen Volkes hervorhoben.<sup>14</sup> Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland im Iran Rezā Schahs veranlassten die Alliierten im Jahr 1941, in Iran einzumarschieren und den Schah zu entthronen. Es gilt jedoch zu erwähnen, dass die Popularität rassistischer Ideologien in Iran nie in eine offene und systematische Verfolgung der jüdischen Minderheit mündete.<sup>15</sup> Vielmehr findet eine scharfe Abgrenzung vom „Arabertum“ statt – eine Abgrenzung, die bis heute das Selbstverständnis vieler Iraner\*innen prägt.

Rezā Schah (rechts) trifft den Gründer der Republik Türkei Mustafa Kemal Atatürk bei einem Staatsbesuch in Ankara 1934.  
Foto: Bundesarchiv Bild 183-S33847

9 Ansari (wie Anm. 2), S. 5.

10 Mit der Einführung der Pflicht einen Nachnamen zu tragen, wählte Rezā Chān den Familiennamen „Pahlavi“. Er und sein Sohn sind daher auch als die „Pahlavi-Schahs“ bekannt.

11 Abrahamian (wie Anm. 2), S. 63-96.

12 Ein derartiges Verschleierungsverbot galt in der Republik Türkei in öffentlichen Gebäuden noch bis in die 2000er Jahre. Zu den Parallelen in den autoritären Modernisierungsbestrebungen der Türkei und Irans in den 1920er Jahren, siehe: Touraj Atabaki/Erik J. Zürcher: *Men of Order. Authoritarian Modernization under Atatürk and Reza Shah*, London/New York 2004.

13 Inspiriert wurden iranische Intellektuelle dabei maßgeblich von Schriften europäischer und russischer Orientalisten, s.: Mostafa Vaziri: *Iran as Imagined Nation. The Construction of National Identity*, New York 1993, und Reza Zia-Ebrahimi: *The Emergence of Iranian Nationalism, Race and the Politics of Dislocation*, New York 2016.

14 Zur iranischen Begegnung mit dem „Ariermythos“, s.: David Motadel: *Iran and the Aryan Myth*, in: Ali M. Ansari (Hg.): *Perceptions of Iran. History, Myths and Nationalism from Medieval Persia to the Islamic Republic*, London/New York 2014, S. 119-146.

15 In der Tat erscheint Rezā Schah im Hauptwerk iranisch-jüdischer Historiographie in sehr positivem Licht, s.: Habib Levy: *Comprehensive History of the Jews of Iran. The Outset of the Diaspora*, Costa Mesa 1999, S. 477 ff.



## Mohammad Rezā Schah: Böses Erwachen auf dem Weg zur „Großen Zivilisation“ (1941-1979)

Nach dem Sturz Rezā Schahs veranlassten die Alliierten die Einsetzung seines Sohnes Mohammad Rezā (1919-1980) als neuen Monarchen Irans. Seine Regierungszeit und Person sowie seine politischen Intentionen hinterließen ein kontroverses Erbe, das Iraner\*innen bis heute spaltet und zu Debatten veranlasst.<sup>16</sup>

Die späten 1940er Jahre in Iran zeichneten sich durch eine verhältnismäßig hohe Pressefreiheit und die offene Entfaltung neuer Ideologien aus. So entwickelten sich linke politische Strömungen, darunter die marxistische „Partei der Massen“ (per. *Hezb-e Tudeh*), sowie erste islamistische Vereinigungen und nach nationaler Unabhängigkeit strebende Parteien. Die zur letzteren Kategorie gehörende „Nationale Front“ (per. *Ġebhe-ye Melli*) schaffte Anfang der 1950er Jahre unter der Führung von Premierminister Mohammad Mosaddeq (1882-1967) den Sprung auf die große politische Bühne. Mosaddeqs Bestrebungen, die boomende iranische Erdöl-Industrie zu verstaatlichen – und somit die beträchtliche wirtschaftliche Teilhabe der USA und Großbritanniens zu beenden – traf auf den Widerstand der starken westlichen Verbündeten Mohammad Rezā Schahs. Als Mosaddeq im Jahr 1951 tatsächlich die Verstaatlichung proklamierte, griffen die USA und Großbritannien ein und organisierten einen Coup, in dessen Folge die Herrschaft des pro-westlichen Schahs wiedererstarkte und Mosaddeq als Premierminister abgesetzt wurde.<sup>17</sup> Dieses Ereignis hat den Blick vieler Iraner\*innen auf die USA und Großbritannien sowie auf politische Interventionen ausländischer Akteure nachhaltig geprägt.

Im Jahr 1963 initiierte der Schah eine „Weiße Revolution“ (per. *Enqelāb-e Sefid*), welche soziale, infrastrukturelle und politische Reformen beinhaltete und Iran, so das Versprechen an das Volk, zu einer „Weltmacht“ entwickeln sollte. Als Teil dieses Reformpaketes führte die Regierung des Schahs auch das Frauenwahlrecht ein. Diese Maßnahme veranlasste den regierungskritischen und radikalen Geistlichen Ruhollāh Chomeini



(1902-1989) zu heftiger Kritik, die sich an weiteren Themen, darunter die pro-westliche Haltung des Schahs, abarbeitete. Chomeini wurde 1964 gezwungen, Iran zu verlassen und wirkte daraufhin aus dem Exil in der Türkei, dem Irak sowie Frankreich.<sup>18</sup> Im Jahre 1970 veröffentlichte er das Buch „Islamische Regierung“ (per. *Hokumat-e Eslāmi*), das die Grundlage seiner nach 1979 geltenden islamistischen Staatslehre darstellt.

Im Rahmen seines Reformprogrammes prägte Mohammad Rezā Schah den Begriff der „Großen Zivilisation“ (per. *Tamaddon-e Bozorg*), zu der er Iran führen wollte. Der Weg dorthin verlief jedoch holprig; die fehlende Wirksamkeit der Reformen insbesondere im ländlichen Iran sowie die Methoden des Schahs zogen zusehends Kritik auf

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich Lübke, beim Empfang durch Mohammad Rezā Schah im Jahr 1963. Der Schah berichtete Lübke hierbei von seinen Reformplänen im Rahmen der „Weißen Revolution“  
Foto: Bundesarchiv

16 Eine aufschlussreiche und unterhaltsame Biografie Mohammad Rezā Schahs hat der Historiker Abbas Milani vorgelegt: Abbas Milani: *The Shah*, Basingstoke 2011.

17 Zu den Details des Coups von 1953, s.: Ervand Abrahamian: *Coup. 1953, The CIA, and The Roots of Modern U.S.-Iranian Relations*, New York/London 2013.

18 Zur Biografie Ruhollāh Chomeinis, s.: Katajun Amirpur: *Khomeini. Der Revolutionär des Islams – Eine Biographie*, München 2021.



Eine Banknote aus der frühen Islamischen Republik zeigt eine demonstrierende Masse, die ein Portrait des Ayatollah Chomeini trägt. Ein Spruchband zeigt den Slogan „Unabhängigkeit, Freiheit, Islamische Republik!“  
Foto: Christian Funke

sich – nicht nur im religiösen Milieu. In Anbetracht einer gewaltigen Schere zwischen Arm und Reich, der brutalen Verfolgung von Dissident\*innen durch den Geheimdienst SAVAK, der radikalen Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit sowie einer angeblichen kulturellen Entfremdung und schonungslosen Verwestlichung (per. *Gharbzadegi*)<sup>19</sup> des Schahs und der iranischen Eliten gelang eine oppositionelle Massenmobilisierung, die Ende des Jahres 1978 revolutionäre Kräfte entfaltete. Im Januar 1979 verließ Mohammad Reza Schah mit seiner Familie Iran; am 1. Februar kehrte Chomeini aus dem Exil zurück und übernahm die Führung der revolutionären Regierung.

Die Revolution von 1979 stellt das wegweisende Ereignis der iranischen Gegenwart dar. Ihre Analyse ist ideologisch umkämpft. Deutungsmöglichkeiten reichen von der Lesart einer Revolution des Volkes gegen dekadente Eliten, über die einer Revolution der aus dem Land stammenden Bevölkerungsmassen gegen privilegierte Stadtbewohner, bis hin zum Bild einer Revolution religiöser Fanatiker gegen die Vertreter einer fortschrittsorientierten Vernunft. Letztere Sichtweise läuft jedoch Gefahr, die Beteiligung der vielen nicht-religiösen Akteur\*innen an der Revolution zu übersehen, darunter insbesondere Angehörige der iranischen politischen Linken. Während der ersten Jahre des post-revolutionären Staates gewann die islamistische Fraktion schnell die Übermacht und schaltete konkurrierende Bewegungen brutal aus. Aus der „Iranischen Revolution“ wurde eine „Islamische Revolution“ (per. *Enqelāb-e Eslāmi*).

19 Der Begriff „*Gharbzadegi*“ geht auf ein Buch des iranischen revolutionären Soziologen Jalāl Āl-e Ahmad zurück, in dem dieser seine Perspektive auf die Misstände einer angeblich verwestlichten iranischen Gesellschaft darlegt und zu einer Rückkehr zum nationalen Selbst aufruft. Āl-e Ahmad starb im Jahr 1969.

## Vier Jahrzehnte Islamismus (1979-2023)

Bereits im März 1979 ließen die führenden Revolutionäre in einer Volksabstimmung über die neue Staatsform einer „Islamischen Republik“ (per. *Ġomhuri-ye Eslāmi*) entscheiden. Was diese konzeptuelle Neuschöpfung bedeuten sollte, war zu jenem Zeitpunkt noch unklar. Bald schon entstand jedoch ein theokratisches Herrschaftssystem mit schwachen demokratischen Elementen, an dessen Spitze Chomeini als mächtiger „Revolutionsführer“ trat. Er wurde nach seinem Tod 1989 vom bis heute regierenden ‘Ali Chāmene‘i (geb. 1939) abgelöst. Zwar werden in Iran Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt, jedoch sortiert – insbesondere seit den frühen 1990er Jahren – der sogenannte „Wächterrät“ (per. *Shurā-ye Negahbān*) unliebsame Kandidat\*innen ohne demokratische Kontrolle aus.<sup>20</sup> Das politische Spektrum, grob in „Hardliner“ und „Reformer“ unterteilt, kann deshalb kaum den Anspruch erfüllen, den Volkswillen abzubilden.<sup>21</sup>

Der junge revolutionäre Staat sah sich unmittelbar großen Herausforderungen ausgesetzt. Die militärische Aggression des benachbarten Iraks unter Saddam Hussein löste 1980 einen bis 1988 andauernden Krieg mit zahllosen Todesopfern aus.<sup>22</sup> Nachdem es Iran gelang, die irakische Armee binnen zwei Jahren zurückzudrängen, begann Iran eine eigene Militäroffensive, die, von der revolutionären Rhetorik angefeuert, die „Befreiung“ benachbarter muslimischer Völker „bis nach Jerusalem“ propagierte. Die im Iran-Irak-Krieg Gefallenen werden bis heute von der iranischen Regierung als „Märtyrer“ verehrt, die die Islamische Republik in einem Akt der „Heiligen Verteidigung“ (per. *Defāe Moqaddas*) beschützt hätten.<sup>23</sup>

20 Im offiziellen Jargon werden aussortierte Kandidat\*innen für „untauglich“ oder „ungeeignet“ erklärt (per. *Radd-e Salāhiyyat*). Während in den frühen Jahren der Islamischen Republik ein derartiger Kontrollprozess erst nach der Wahl durchgeführt wurde, entschied man sich in den frühen 1990er Jahren, die Prüfung a priori vorzunehmen. Für Details, s.: Siavush Randjbar-Daemi: *The Quest for Authority in Iran. A History of The Presidency from Revolution to Rouhani*, London/New York 2017, S. 87 ff.

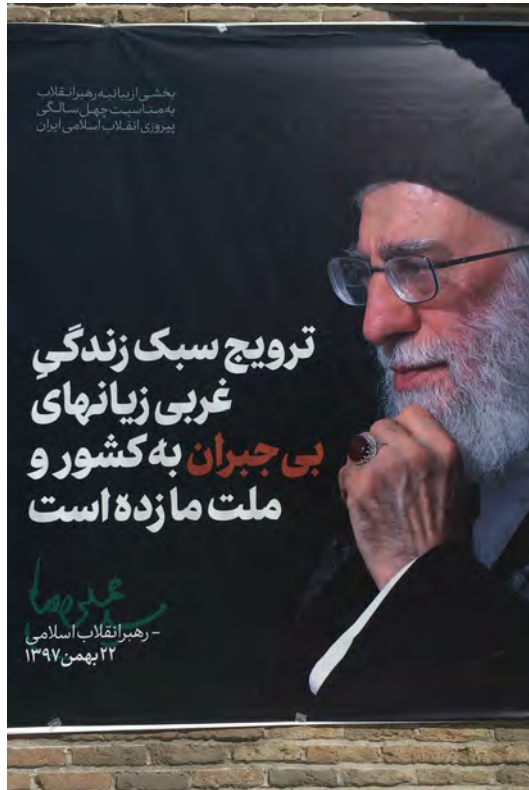
21 Weitere Erläuterungen zum politischen System Iran finden sich bei: Wilfried Buchta: *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington DC 2001.

22 Eine detaillierte Beschreibung des Iran-Irak-Krieges findet sich bei: Michael Axworthy: *Revolutionary Iran. A History of the Islamic Republic*, Oxford/New York 2013, S. 187-267. Axworths Buch liefert einen äußerst nützlichen Überblick zur Geschichte Irans nach 1979.

23 Das iranische Narrativ zum „aufgezwungenen Krieg“ (per. *Jang-e Tahmil*) wurde Gegenstand eines eigenen Museums, des 2010 eröffneten „Museums der Heiligen Verteidigung“ in Teheran.



Links: Ein Portrait des seit 1989 amtierenden Revolutionsführers 'Ali Khāmeine'i. Daneben die Aufschrift: „Die Verbreitung des westlichen Lebensstils hat unserem Land und unserer Nation irreparablen Schaden zugefügt.“ Rechts: Ein Schild in einem öffentlichen Park in Teheran mit dem Slogan: „Der Heġāb (islamischer Schleier für Frauen) ist der Wohlgeruch von Keuschheit.“  
Fotos: Benedikt Römer, Teheran, April 2019



Die Agenda der islamistischen Regierung Irans seit 1979 sah eine allumfassende „Islamisierung“ der Gesellschaft vor. Neben der rigorosen Durchsetzung eines islamischen Moralkodexes im öffentlichen Raum beinhaltete diese Agenda auch die Schließung aller Universitäten für drei Jahre, Anfang der 1980er Jahre. Als Konsequenz der durchgeführten ideologischen Säuberung emigrierte eine Vielzahl iranischer Intellektueller und wurde Teil der rapide anwachsenden iranischen Diaspora, deren kulturelle Zentren Kalifornien und London sind.<sup>24</sup> Im Ausland ansässige persischsprachige Medien werden heute in weiten Teilen der Bevölkerung Irans verfolgt. Sie stellen eine wichtige alternative Informationsquelle zu den stark zensurierten iranischen Medien dar und prägen

die politischen Perspektiven vieler Iraner\*innen maßgeblich.<sup>25</sup>

Die Revolutionäre gingen zudem mit extremer Brutalität gegen politische Gegner vor. Unmittelbar nach der Revolution wurden zahlreiche Anhänger\*innen des Pahlavi-Staates in sogenannten „Revolutionsgerichten“ in Schauprozessen hingerichtet. Im Jahre 1988 kulminierte die brutale Verfolgung von Dissident\*innen, als mehrere Tausend politische Gefangene – wiederum ohne Prozess – hingerichtet wurden. Diese Ereignisse haben tiefe Traumata in der iranischen Gesellschaft hinterlassen. Bis heute setzen sich prozesslose Hinrichtungen politischer Gefangener in der Islamischen Republik Iran fort.

Während der vergangenen vier Jahrzehnte durchlief Iran immer wieder Phasen politischer Veränderungen, die jedoch nicht über den vom System der Islamischen Republik gesetzten engen Rahmen hinausgingen. So galt etwa die Zeit unter Präsident Mohammad Chātami (geb. 1943), der von 1997 bis 2005 regierte, als Phase der Öffnung,

24 Ein weiteres Zentrum ist. Insbesondere während der letzten 20 Jahre emigrierten viele Iraner\*innen auch nach Mitteleuropa, oft als Asylsuchende. Aktuelle Perspektiven auf die transnationale iranische Diaspora finden sich bei: Mohsen Mostafavi Mobasher (Hg.): *The Iranian Diaspora. Challenges, Negotiations, and Transformations*, Austin 2018, und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Identität und Exil. Die iranische Diaspora zwischen Gemeinschaft und Differenz*, Berlin 2015, online verfügbar: [https://www.boell.de/sites/default/files/identitaet-und-exil\\_iranische\\_diaspora\\_zwischen\\_gemeinschaft\\_und\\_differenz.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/identitaet-und-exil_iranische_diaspora_zwischen_gemeinschaft_und_differenz.pdf) [Stand: 17.05.2023].

25 Beispiele für persischsprachige Exilmedien sind *Iran International*, *BBC Persian* und *Voice of America Farsi*.

in der größere individuelle Freiheiten bestanden und ein Ausweg aus der internationalen Isolation Irans möglich schien.<sup>26</sup> Nachdem derartige Bestrebungen scheiterten, übernahm der neokonservativ-populistische Mahmud Ahmadinežād (geb. 1956) im Jahr 2005 die Regierung.<sup>27</sup> Unter seiner Führung fand das iranische Atomprogramm immer stärkere Aufmerksamkeit in der internationalen Gemeinschaft. Dieses stellt bis heute das Kernthema iranischer Beziehungen mit dem Westen dar, der über die vergangenen Jahrzehnte hinweg zunehmend Wirtschaftssanktionen gegen Iran verhängt hatte.<sup>28</sup>

Nachdem der amtierende Präsident Ahmadinežād die Wahlen nach seiner ersten Amtszeit offensichtlich zu seinen eigenen Gunsten manipuliert hatte, entstanden im Jahr 2009 Massenproteste. Die aus den Protesten entstandene „Grüne Bewegung“<sup>29</sup> (per. *Ġonbesh-e Sabz*) forderte vergeblich eine Annullierung der Wahl. Diese Erfahrung in Verbindung mit der gegen die Demonstrant\*innen angewendeten rohen Gewalt, die viele Todesopfer zur Folge hatten, hinterließ einen bleibenden Eindruck insbesondere bei jungen Iraner\*innen. Die Hoffnung, dass die Politik in der Islamischen Republik Veränderungen bewirken könnte, schwand zusehends. Die iranische Jugend ist heute politisch desillusioniert. Verschärft wird ihr Frust zudem durch die während der letzten Jahre stetig prekärer werdende wirtschaftliche Lage des Landes.

### **Seit 2017: Spirale des Protestes wird zur revolutionären Bewegung**

Der deutsch-iranische Politologe Ali Fathollah-Nejad beobachtet im Iran der Gegenwart eine dreifache Krise auf politischer, sozioökonomischer und

ökologischer Ebene.<sup>30</sup> Zu Jahresende 2017 protestierten landesweit Iraner\*innen als Reaktion auf die Zuspitzung der wirtschaftlichen Misere im Land, die sich in einer hohen Arbeitslosigkeit und einer drastischen Inflationsrate manifestiert. Zwei Jahre später kam es erneut zu Massendemonstrationen, ausgelöst durch einen sprunghaften Anstieg der Benzinpreise. Die Forderungen der Demonstrant\*innen beschränkten sich jedoch nicht mehr auf den Ruf nach Reformen; vielmehr stellten sie nun das System der Islamischen Republik als Ganzes in Frage. Somit unterscheiden sich die aktuellen Protestbewegungen von der Grünen Bewegung des Jahres 2009, die noch nach Reformern *innerhalb des Systems* strebte. Zudem antwortete die iranische Regierung nun mit offener Gewalt. Bisweilen eröffneten von der Regierung entsandte Einheiten wahllos das Feuer auf demonstrierende Massen. Während der Proteste zu Jahresende 2019 und Anfang 2020 starben dabei schätzungsweise 1500 Menschen.<sup>31</sup>

Seit September 2022 erlebt Iran nun eine neue Protestwelle zuvor ungekannten Ausmaßes, deren Auslöser der in der Einleitung angesprochene gewaltsame Tod von Žinā Mahsā Amini war. Bis in die ersten Monate des Jahres 2023 wurden viele tausende Demonstrant\*innen verhaftet. Mehrere hundert Menschen starben durch staatliche Gewalt bei Protestaktionen. Auch wenn die Proteste im April 2023 deutlich zurückgegangen sind, scheint klar, dass derartige Protestwellen jederzeit neu aufflammen können.

Wie in den Jahren 2017 bis 2020 dominierte auch 2022-2023 der Aufruf zum Kampf gegen das islamistische System und die klerikale Herrschaft die Sprechchöre der Protestmassen. Im vierten Jahrzehnt der Islamischen Republik hat der religiös-revolutionäre, anti-westliche Diskurs der iranischen Regierung jegliche Wirkungskraft in seiner Bevölkerung verloren. Ein großer Teil der desillusionierten jungen Erwachsenen im Land, oft mit hohem Bildungsniveau, erwägt die Emigration. Auf lange Sicht scheint die Islamische Republik in Iran – einem Land, in dem sich laut einer aktuellen

26 Einen Überblick über die Regierungszeit Chātamis und dessen Reformprogramm bietet Ghoncheh Tazmini: *Khatami's Iran. The Islamic Republic and the Turbulent Path to Reform*, London/New York 2009.

27 Zur Biografie Mahmud Ahmadinežāds, s.: Kasma Naji: *Ahmadinejad. The Secret History of Iran's Radical Leader*, Berkeley/Los Angeles 2008.

28 Im Jahr 2022 löste Russland nach dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine Iran als global am stärksten sanktionierter Staat ab.

29 Zur Vermeidung von Missverständnissen sollte angemerkt werden, dass die Farbe Grün im Falle der Grünen Bewegung keinerlei umweltpolitische Symbolik trug. Die symbolischen Ressourcen der Bewegung analysiert Christian Funke: *Ästhetik, Politik und schiitische Repräsentation im zeitgenössischen Iran*, Leiden 2017.

30 Ali Fathollah-Nejad: *Swamped in A Triple Crisis*, Cairo 2019, online verfügbar: <https://www.thecairoreview.com/wp-content/uploads/2019/05/7-cr33-fathollah-nejad.pdf> [Stand: 17.05.2023].

31 Reuters: *Special Report: Iran's leader ordered crackdown on unrest - 'Do whatever it takes to end it'*, o.O. 2019, online verfügbar: <https://www.reuters.com/article/us-iran-protests-specialreport/special-report-irans-leader-ordered-crackdown-on-unrest-do-whatever-it-takes-to-end-it-idUSKBN1YR0QR> [Stand: 17.05.2023].





Nach dem Tod der 22-jährigen Mahsā Amini in Teheran kommt es weltweit zu Protesten und Solidaritätskundgebungen.

Auf dem Bild sind Demonstrantinnen und Demonstranten während einer Kundgebung in München am 15. Oktober 2022 gegen das politische Regime im Iran zu sehen. Auf den Schildern steht auf Englisch und Persisch „Frauen, Leben, Freiheit“. Foto: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Studie nur noch rund 32 Prozent der Bevölkerung mit dem schiitischen Islam identifizieren – keine Zukunft zu haben.<sup>32</sup>

### Fazit

Zusammenfassend lassen sich mehrere leitende Motive der neueren iranischen Geschichte erkennen, die bis in die Gegenwart präsent bleiben. Diese sind insbesondere (1) das Streben gegen politischen Absolutismus sowie (2) der Wunsch nach nationaler und wirtschaftlicher Selbstbestimmung, frei von Abhängigkeiten und Interventionen ausländischer Akteure. Während sich der Kampf gegen politische Alleinherrschaft Anfang des 20. Jahrhunderts sowie bei der Revolution des Jahres 1979 gegen den

Monarchismus richtete, wendet sich dieser nun gegen die Theokratie der Islamischen Republik. Zwar empfinden viele Iraner\*innen eine nostalgische Sympathie für die Pahlavi-Monarchie; diese fokussiert sich jedoch auf die freiheitsorientierten Aspekte der Pahlavi-Ära und schließt eine kritische Haltung zu den durch die Pahlavi-Schahs verursachten Ungerechtigkeiten nicht zwangsläufig aus.

Der Wunsch nach nationaler und wirtschaftlicher Selbstbestimmung zielte während der vergangenen 140 Jahre in verschiedene Richtungen: War man um das Jahr 1900 den ständigen Einfluss der imperialistischen Großmächte Großbritannien und Russland leid, sah man 1979 die USA als unliebsamen Ausbeuter, dem der Schah vollends hörig schien. In der Gegenwart hat sich der Wind erneut gedreht. Während insbesondere junge Iraner\*innen nun häufig pro-amerikanische Sympathien hegen, richtet sich ihre Abneigung gegen die üppige Investition iranischer Staatsmittel in die militärischen Aktivitäten regionaler Verbündeter, etwa im Libanon, in Palästina oder in Syrien.<sup>33</sup>

32 Die in den Niederlanden tätigen Sozialwissenschaftler Ammar Maleki und Pooyan Tamimi Arab fragten 2020 in einer quantitativen Online-Studie nach dem religiösen Selbstbild von Iraner\*innen. Sie erhielten folgende Antworten: 32,2 Prozent schiitische Muslime; 22,2% religionslos; 8,8% atheistisch; 7,7% zoroastrisch; 7,1% spirituell; 5,8% agnostisch; 5% sunnitische Muslime; 3,2% sufistische Muslime; 2,7% humanistisch; 1,5% christlich; 0,5% Baha'i, 0,1% jüdisch; 3,3% Andere. Siehe: Ammar Maleki und Pooyan Tamimi Arab: *Iranians' Attitudes Toward Religion. A 2020 Survey Report*, Tilburg 2020, online verfügbar: <https://gamaan.org/wp-content/uploads/2020/09/GAMAAN-Iran-Religion-Survey-2020-English.pdf> [Stand: 29.12.2022].

33 Kritik an der Außenpolitik der Islamischen Republik Irans spiegelt sich etwa im bei Protesten beliebten Slogan „*Na Ghazze, na Lobnān – Jānam fadā-ye Irān!*“ wider: „Nicht für Gaza, nicht für den Libanon – nur für Iran will ich mich aufopfern!“



## NEUER LESESTOFF



„Der Weg zur Grenze“, 1944/45 im Amsterdamer Versteck der verfolgten deutschen Schriftstellerin Grete Weil entstanden, ist nicht nur der erste Roman der jüdischen Autorin. Er ist bisher nie erschienen und seine Veröffentlichung jetzt eine echte Entdeckung. Im Kern erzählt der Roman, fikionalisiert und aus dem Autobiographischen ins Exemplarische gehoben, die Liebesgeschichte von Grete Weil und ihrem 1941 im KZ Mauthausen ermordeten Mann Edgar Weil. Er ist außerdem eine Fluchtgeschichte und die Geschichte der Politisie-

rung in einem gebildeten, bürgerlich und kulturell politikfernen Milieu und eine einzigartige Beschreibung der Veränderungen im Alltag, in den Familien und Institutionen seit der Machtergreifung der Nazis 1933.

Die Haupterzählung, zugleich Rahmengeschichte, spielt 1936 und handelt von der Flucht der jungen, jüdischen Münchnerin Monika Merton, deren Mann bereits im KZ Dachau getötet worden ist. Da inzwischen auch sie von der Gestapo gesucht wird, macht sie sich, zuletzt zu Fuß und auf Skiern, auf den Weg über die Grenze nach Österreich. Durch Zufall begleitet sie ein junger Bekannter, der Lyriker Andreas von Cornides. Ihm erzählt sie ihre Geschichte: Szenen ihres Lebens in München und im aufgewühlten, rasanten und aufgeheizten Berlin Anfang der Dreißigerjahre, von ihrer Liebe zu ihrem Cousin Klaus, der Ehe, von Reisen und Krisen und der Arbeit an einer alternativen, ländlichen Schule in Bayern, bis die Machtergreifung der Nazis und der wachsende Antisemitismus allem ein Ende bereiten. Ein bedeutendes, zum ersten Mal zugänglich gemachtes Werk der deutschen Literatur, eindrücklich und bewegend, klug und hellsichtig. Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Ingvild Richardsen



Zu bestellen unter:  
[https://www.blz.bayern.de/der-weg-zur-grenze\\_p\\_447.html](https://www.blz.bayern.de/der-weg-zur-grenze_p_447.html)

Als drittes und letztes maßgebliches Motiv lässt sich ein starkes nationales Selbstbewusstsein nennen, das die eigene kulturelle und intellektuelle Schaffenskraft betont und sich insbesondere von der islamischen Religion abgrenzt. Im Kontext der steigenden Abneigung gegen ein sich als islamisch verstehendes Regime gewinnt dieses Motiv zwar einerseits an Prominenz, führt aufgrund seines xenophoben und rassifizierenden Untertons aber auch zu Kontroversen.<sup>34</sup> Iranische Nationalismen stehen bisweilen im Konflikt mit der ethnischen Diversität Irans, neigen sie doch dazu, iranische Identität normativ mit persischer Ethnizität gleichzusetzen.<sup>35</sup> Ein post-islamistischer Iran wird der Vielfalt seiner Bevölkerung Rechnung tragen müssen, sei es auf ethnischer und (a)religiöser Ebene oder hinsichtlich unterschiedlicher politischer Visionen. Nur wenn dies gelingt, wird der über die Jahrhunderte wiederkehrende Ruf nach Revolution verstummen. ●

34 So führte der Slogan „*Mā Āriyāi hastim, Arab nemiparastim!*“ („Wir sind Arier, wir beten die Araber nicht an!“), den eine am Mikrophon stehende Aktivistin bei einer oppositionellen Großdemonstration am 22. Oktober 2022 in Berlin skandierete, zu Buhrufen unter den ca. 100.000 Anwesenden. Die Organisator\*innen entschuldigten sich wenig später und drückten ihre Solidarität mit der marginalisierten arabischen Minderheit Irans aus.

35 Zu den ethnischen Minderheiten Irans, siehe: Rasmus Elling: *Minorities in Iran. Nationalism and Ethnicity after Khomeini*, Basingstoke 2013.



## NEUE DAUERAUSSTELLUNG ZUM VERFASSUNGSKONVENT AUF HERRENCHIEMSEE 1948

Geschichte trifft politische Bildung: 75 Jahre nach dem Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bei dem Staatsrechtsexperten wichtige Grundlagen für die Erarbeitung unseres Grundgesetzes legten, entsteht auf der Herreninsel mit der neu konzipierten Dauerausstellung „Der Wille zu Freiheit und Demokratie“ ein moderner (Lern-)Ort, an dem historische Darstellung und Fragen der Gegenwart miteinander verknüpft werden.

Wie können die Menschenrechte als Grundlage unserer Demokratie zuverlässig geschützt werden? Wie kann verhindert werden, dass in Deutschland die Demokratie wieder von ihren Gegnern überwältigt werden kann? Wie baut man eine stabile repräsentative Demokratie? Diese und ähnliche Fragen stellten sich nicht nur Verfassungs- und Staatsrechtsexperten im Jahr 1948, sie beschäftigen uns unter anderen Vorzeichen auch heute noch.

Den Bogenschlag von der Nachkriegsgeschichte bis heute erarbeiten die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen gemeinsam bei der Neukonzeption des Verfassungsmuseums auf der Herreninsel.

Auf rund 400 Quadratmetern über zwei Etagen des ehemaligen Augustiner-Chorherrenstifts wird der authentische Ort der Beratungen von 1948 wieder erlebbar gemacht. Dabei richtet das Museum seinen Blick auch in die Gegenwart und lädt ein, sich mit aktuellen Demokratie- und Verfassungsfragen zu beschäftigen.



### INFO

- Die neue Dauerausstellung wird am 10. August 2023 mit einem großen Festakt eingeweiht.
- Für das Publikum öffnen sich die Tore am 11. August 2023 mit einem vielfältigen, anregenden Begleitprogramm.



### DER VERFASSUNGSKONVENT VON HERRENCHIEMSEE 1948



Außenansicht des Alten Schlosses auf Herrenchiemsee



Innenansicht der neuen Dauerausstellung



Ein Ausstellungsdetail

alle Fotos: Bayerische Schlösserverwaltung

# MAX SÜßHEIM (1876–1933)

## EIN POLITIKER UND SEINE PARTEI

von Kristina Milz

„Ein Sohn des Volkes wollt' er sein“: Der letzte jüdische Landtagsabgeordnete Bayerns wünschte sich für seine Beerdigung ein wehmütiges Arbeiterlied. Der SPD-Politiker Max Süßheim war nicht nur ein wichtiger Vordenker der Demokratie, sondern gewissermaßen auch ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, lange bevor dieser an die Macht gelangte. Dennoch könnte man den Eindruck haben, er hätte nie existiert – genauso wenig wie sein Bruder, der Orientalist Karl Süßheim, der als Professor über Jahrzehnte hinweg die Türkei-Studien an der LMU geprägt hat und 1941 als einer der letzten Münchner Juden der Shoah entkam. Die Süßheim-Brüder sind mit diesem Schicksal nicht allein: Immer wieder stößt die Wissenschaft auf faszinierende bayerisch-jüdische Biografien von Frauen und Männern, die aus dem kollektiven Bewusstsein verschwunden sind, obwohl ihre Rolle in der Geschichte eine besondere war. Die Umstände dieser Verdrängung aus der kulturellen Erinnerung sind so vielfältig und mehrdeutig wie die Figuren selbst: Geschlechterspezifische Kategorien konnten dabei genauso eine Rolle spielen wie tiefsitzender Antisemitismus und die vielschichtigen Befindlichkeiten der bayerischen Nachkriegsgesellschaft. Eines aber hatten sie gemeinsam: Diese Protagonisten der Geschichte sind nicht zufällig vergessen worden. Die Reihe „Bayerns vergessene Kinder“ porträtiert jüdische Biografien, die einer *damnatio memoriae* zum Opfer gefallen sind – und ihrer Wiederentdeckung harren.

- Karl Süßheim (1878–1947): Ein verfolgter Wissenschaftler und seine Universität
- Paula Buber (1877–1958): Eine Schriftstellerin und das Patriarchat
- Paul Nikolaus Cossmann (1869–1942): Ein rechter Publizist und die Scham einer Gesellschaft
- **Max Süßheim (1876–1933): Ein Politiker und seine Partei**





Max Süßheim  
in den 1920er  
Jahren  
Bild: Privat-  
nachlass Karl  
Süßheim, Margot  
Suesheim (New  
York) und Familie

„Ich gehe einstweilen hinaus, damit ich das blöde Gesicht nicht mehr anschauen muss.“<sup>1</sup> Diesen Satz schleuderte ein Nationalsozialist dem SPD-Politiker Max Süßheim 1925 im Nürnberger Stadtrat entgegen – Zustände in einer jungen Demokratie, die noch ein paar Jahre zuvor kaum einer für möglich gehalten hätte. Süßheim selbst allerdings warnte schon lange vor einer entfesselten Rechten. „Noch sind große Aufgaben zu lösen“, hatte er seine Genossen 1920 gemahnt: „Deutlich machen sich die

1 Stadtarchiv Nürnberg (künftig: StadtAN) C 7/IX, SRP 359, Niederschrift über die im voraus bestimmte öffentliche Sitzung des Stadtrates Nürnberg (künftig: Stadtratsprotokoll Nürnberg), 10.06.1925, S. 5.

Anzeichen bemerkbar, daß unter dem Deckmantel ‚nationaler Gesinnung‘ [...] die Kräfte der Reaktion gesammelt werden.“<sup>2</sup> In weiten Kreisen seiner Partei werde die Gefahr von rechts unterschätzt.

Max Süßheim ist heute den wenigsten bekannt. Dabei war der weitsichtige „Sozi in Lederhose“, nicht nur der – bis heute – letzte jüdische Landtagsabgeordnete Bayerns<sup>3</sup>, sondern auch ein wichtiger Kopf der Revolution von 1918/19 und ein omnipräsentes Hassobjekt der frühen Nationalsozialisten. Als linker Jude war Süßheim besonders vulnerabel, doch der Mut des gelernten Anwalts war erstaunlich: In den 1920er Jahren kämpfte er in aufsehenerregenden Prozessen gegen die rechte Bewegung. Durch seinen frühen Tod im März 1933 blieb Süßheim erspart, was für viele seiner Genossen folgte: Verfolgung, Konzentrationslagerhaft, Mord. In seinen Prozessen im Nürnberger Gerichtssaal hatten die Anwesenden schon lange zuvor eine Ahnung davon erhalten, was Deutschland im Falle einer Machtübernahme der NSDAP zu erwarten hatte – Süßheims Plädoyers ließen an der aufziehenden Gefahr keinen Zweifel.

Wie konnte eine für die bayerische Geschichte so bedeutende Figur in Vergessenheit geraten? Die Verdrängung dieses einst so humorbegabten und ehrgeizigen Mannes voller Energie und Lebensfreude aus der kollektiven Erinnerung ist das letzte Kapitel eines lebenslangen Kampfes um Zugehörigkeit und Anerkennung, an dessen Ausichtslosigkeit auch Süßheims politische Heimat, die Sozialdemokratie, ihren Anteil hatte. „Ein Sohn des Volkes wollt er sein“: Im Sommer 1932 zitierte der Politiker in seinem Testament ausgerechnet diesen Vers eines bekannten Arbeiterlieds.<sup>4</sup> Seine Strophen rahmen ein tragisches Leben ein, das im Sommer 1876 in einem bürgerlichen Hause in Nürnberg begann.

2 Max Süßheim: Revolution und bayerische Verfassung, Augsburg 1920, S. 35.

3 In der Datenbank des Bayerischen Landtags, in der die Konfessionen auf Grundlage eigener Angaben der Parlamentarier erfasst sind, ist nach 1945 kein einziger mit der Konfession „jüdisch“ oder „israelitisch“ verzeichnet; vor 1945 sind lediglich fünf in Erfahrung zu bringen. Felix Freudenberger und Max Süßheim, die zur selben Zeit im Landtag vertreten waren, waren demnach die letzten jüdischen Abgeordneten. Auskunft der Zentralen Informationsstelle des Bayerischen Landtags vom 12.01.2021.

4 Zit. nach der Abschrift bei Dominik Radlmaier: Die Süßheims in Nürnberg. Geschichte der Familie und ihrer Sammlungen von den Gründerjahren bis in die NS-Zeit, in: Michael Diefenbacher (Hg.): Die Süßheims. Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler, Sammler, Nürnberg 2018, S. 55–197, S. 155. Das Zitat entstammt dem Lied „Es stand meine Wiege im niedrigen Haus“ von Heinrich Pfeil.



## Ein renitenter Bürgersohn in der SPD

Max Süßheim war der älteste Sohn des Nürnberger Hopfenhändlers Sigmund Süßheim und seiner Frau Clara. Schon bald folgte sein Bruder Karl – ein lange vergessener Orientalist, der in dieser Reihe bereits porträtiert worden ist.<sup>5</sup> Die Brüder, die das humanistische Gymnasium besuchten und anschließend studierten, waren mit höchst unterschiedlichen Temperamenten ausgestattet. Sie vertrugen sich dennoch gut, wie ein Brief des Mittzwanzigers Max zeigt, in dem er Karl freimütig aus Kempten berichtete: „Hätte nicht gedacht, dass ich hier noch so fleißig das Tanzbein schwingen werde. [...] Mit meinen Arbeiten bin ich nicht wenig in Rückstand. [...] Was hast Du an Fasching in Berlin mitgemacht? Fleißig getanzt?“<sup>6</sup> In ähnlich übermütigem Plauderton schrieb Max Süßheim als Student auch seinen Eltern.

Der Duktus der Briefe lässt schnell vergessen, dass Süßheim zweifellos zu den besonders ambitionierten Studenten gehörte – gleich in zwei Fächern wurde er promoviert: in Jura und in der Philosophie. Seine beruflichen Vorstellungen deckten sich allerdings nicht mit den Plänen des Vaters. Wie in den meisten Kaufmannsfamilien sollte einer der Söhne, im Idealfall der älteste, später das Geschäft übernehmen. Max Süßheims Vorbild aber war nicht eben sein Vater, sondern der Vater seiner Mutter: David Morgenstern, der erste jüdische Landtagsabgeordnete Bayerns.<sup>7</sup>

Süßheims Großvater hatte an den bayerischen Justizgesetzen mitgeschrieben; er war als sogenannter '48er ein Verfechter der Idee einer Nationalstaatsgründung und setzte sich für die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung ein, noch lange bevor diese mit der Kaiserreichsgründung formal beschlossen wurde. Mit seiner Tätigkeit hatte er ein neues Kapitel in der Geschichte Bayerns und seiner jüdischen Minderheit aufgeschlagen: Die mit der jüdischen Emanzipationszeit verbundenen Hoffnungen auf Teilhabe und Gestaltungsmacht verkörperte

„Es gilt, die Zentrumsparlei [...] zu brechen“: Wahlplakat der SPD zum Bayerischen Landtag mit Max Süßheim als Kandidat.  
Bild: Privatnachlass Karl Süßheim, Margot Suesheim (New York) und Familie.

**Es stand meine Wiege im niedrigen Haus die Sorgen, die gingen drin ein und drin aus und weil meinem Herzen der Hochmut blieb fern drum bin ich auch immer beim Volke so gern und guckt die Sorge auch mal durch die Scheiben ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben**

5 Kristina Milz: Karl Süßheim (1878–1947). Ein verfolgter Wissenschaftler und seine Universität, in: E+P 2 (2022), S. 64–72.  
6 Max Süßheim an Karl Süßheim, Kempten 27.02.1900, Privatnachlass Karl Süßheim, Lisa R. D'Angelo (Chicago) (künftig: Privatnachlass K.S.).  
7 Neben Morgenstern zog ein weiterer jüdischer Abgeordneter namens Fischel Arnheim (Wahlkreis Hof-Münchberg) in den Landtag ein, vgl. Ilse Sponzel: Der erste jüdische Landtagsabgeordnete in Bayern (1814–1882), in: Werner J. Heymann (Hg.): Kleeblatt und Davidstern. Aus 400 Jahren jüdischer Vergangenheit in Fürth, Emskirchen 1990, S. 116–125, hier S. 116.

Morgenstern wie wenige andere. Seinem Enkel Max, der über dieses außergewöhnliche Politikerleben einen ehrfürchtigen Bericht<sup>8</sup> verfasste, war bewusst, dass er in große Fußstapfen trat, doch dies scheute der selbstbewusste junge Mann keineswegs. 1903 ließ Süßheim sich in Nürnberg als Rechtsanwalt nieder und entschloss sich, der Arbeiterpartei beizutreten. Diese politische Orientierung war in seinem tendenziell liberalen Umfeld mit starker patriotischer Bindung zur Wittelsbacher-Dynastie eine Besonderheit. Dem jungen Max aber war jegliche Untertanenmentalität fremd. Auch in der Familie waren politische Divergenzen ein Streitpunkt, allerdings nicht der einzige: Max hatte in vielerlei Hinsicht seinen eigenen Kopf. Dies betraf auch seine moderne Vorstellung von der Ehe als romantische Verbindung.

In einem Brief an ihre Kinder Karl und Paula im Jahr 1903 bezeichnete Clara Süßheim es als „schrecklichste[s] Ereignis [ihr]es Lebens“, dass Max „sich ganz gegen [ihr]en Willen“ verlobt habe: „Er sagte mir wiederholt, er wolle nichts von mir“, schrieb sie, „ich könne mit meinem Eigentum machen[,] was ich will, wenn ich nicht meine Einwilligung gebe, sage er sich von Eltern und Geschwistern ganz los“.<sup>9</sup> Traditionell war es in jüdisch-bürgerlichen Familien zu dieser Zeit üblich, dass die Eltern – gerne auch unter Hinzuziehung professioneller Heiratsvermittler – ihre Kinder an den Mann oder die Frau brachten. Damit verbunden waren langwierige Verhandlungen über die Mitgift; politische und religiöse Vorstellungen spielten genauso eine Rolle wie der moralische Leumund, und, bei den Männern, der berufliche Erfolg. Die diese Wege missachtende Verlobung Max Süßheims mit der Kaufmannstochter Hedwig Strauß aus Mergentheim, die er im April 1904 schließlich heiratete, nahm die impulsive, zu pathetischen Ausbrüchen neigende Mutter zum Anlass, ihren Erstgeborenen zu enterben. Erst zwei Tage vor der Hochzeit versöhnte sich Clara Süßheim, die bis zuletzt auf ein Einlenken gehofft hatte, mit Max und seiner Verlobten.<sup>10</sup>

Mit dem ältesten Sohn haderte die Frau Zeit ihres Lebens: Auch Max' allzu lockerer Umgang mit

den jüdischen Traditionen missfiel der Mutter. Die Religion spielte zwar im Alltag der Familie, die der liberalen Gemeinde angehörte, wie für die meisten deutschen Jüdinnen und Juden dieser Zeit eine eher untergeordnete Rolle: Für die Süßheims war es selbstverständlich, christliche Feste wie Weihnachten genauso zu feiern wie die hohen jüdischen Feiertage. Dennoch unterschieden sich die Eltern in ihrer persönlichen Verbundenheit zum Glauben ganz erheblich: Während er für die Mutter ein wichtiger Bestandteil des Lebens war, konnte der Vater nur wenig damit anfangen. Das Judentum betrachtete er zwar durchaus als Teil der eigenen Identität – dies hatte aber weniger spirituelle als vielmehr gesellschaftliche Relevanz. Max sah das ähnlich und neigte als überzeugter Sozialist zudem zur marxistisch inspirierten Religionskritik. Auf Diskriminierungen der jüdischen Minderheit wies er in seiner politischen Laufbahn nichtsdestotrotz immer wieder hin – er sah diese aber in einem größeren Kontext: Süßheim glaubte fest daran, dass der Sozialismus alle Ungerechtigkeiten auflösen würde, darunter auch die grassierende Judenfeindschaft. In einer zunehmend zum „rassisch“ motivierten Antisemitismus neigenden Umwelt wurde die Heterogenität der jüdischen Weltansichten jedoch immer unsichtbarer. Als Jude war Max Süßheim ungeachtet seiner eigenen Einstellung in diesen Fragen in vielerlei Hinsicht ein Außenseiter, ein Status, den er auch in seinem eigenen parteilichen Umfeld in Nürnberg innehatte.

In der Sozialdemokratie war Süßheims Stellung auch abseits seiner konfessionellen Zugehörigkeit eine besondere. Als doppelt promovierter Sohn aus bürgerlichem Hause kämpfte er neben einem gelernten Schuster, einem Korbmacher, einem Schlosser und einem Schneider als die prägenden Gestalten der Nürnberger SPD für die Belange der Arbeiterschaft.<sup>11</sup> Intellektuelles Auftreten, wie Süßheim es an den Tag legte, wurde von vielen Genossen misstrauisch beäugt, gleichzeitig aber prädestinierte sein Talent als Redner ihn für eine exponierte Stellung: Schon vier Jahre nach seinem Eintritt in die Partei zog er in den Bayerischen Landtag ein. Für den aufstrebenden Politiker war es eine Gratwanderung: Wo immer es möglich war, distanzierte Süßheim sich vom Bürgertum, dem er doch unübersehbar selbst angehörte. Während er, beispielweise durch die anwaltliche Vertretung von

---

8 Max Süßheim: Die parlamentarische Thätigkeit Dr. jur. David Morgenstern's, [Nürnberg 1899].

9 Clara Süßheim an Karl und Paula Süßheim, 20.12.1903, Privatnachlass K.S.

10 Vgl. Kristina Milz: Karl Süßheim Bey (1878–1947). Eine Biografie über Grenzen, Berlin 2022, S. 99. Auch die Enterbung machte sie rückgängig.

---

11 Vgl. Kerstin Gardill: Max Süßheim: Streichers größter Gegner, in: Diefenbacher (wie Anm. 4), S. 209–231, hier S. 214 f.



Kundgebung der Arbeiter und Soldaten auf der Münchner Theresienwiese am 7. November 1918. Das Bild machte der spätere Fotograf und Vertraute Adolf Hitlers, Heinrich Hoffmann. Bild: Bayerische Staatsbibliothek/ Bildarchiv, Fotoarchiv Hoffmann C.1, hoff-5124

Arbeitern vor Gericht, seine Nähe zum Proletariat demonstrierte, suchte er den gedanklichen Austausch vielmehr mit führenden SPD-Theoretikern wie Karl Kautsky.

Als junger Politiker träumte Süßheim von der Revolution und vertrat in Nürnberg deutlich radikalere Positionen als andere Genossen: Kurt Eisner etwa, zu dieser Zeit Chefredakteur der sozialdemokratischen Fränkischen Tagespost und im innerparteilich erbittert geführten Streit um die Budgetbewilligungen auf der Seite der „Realpolitik“<sup>12</sup>, erschien Süßheim zu lasch. Auf SPD-Parteitagern wie auch in der Lokal- und Landespolitik beteiligte er sich lautstark an solchen Konflikten und stand hier lange auf der Seite des linken Flügels. Ihm erschien die russische Opposition, in der sich linke Kräfte zunehmend formierten, als Vorbild. Im Mai 1914, als Süßheim einen Vortrag mit dem Titel „Aus russischen Kerkern“ besuchte, ergriff er im

Publikum das Wort: „Es sind dort Zustände, wie sie der Mensch kaum ausdenken kann. Da begreift man, daß es in Rußland Leute gibt, welche sagen: ‚Gegen den Zaren und seine Ratgeber sei jedes Mittel erlaubt! [...] Auch in Deutschland gibt es Männer, welche schuld sind! [Rufe: Wilhelm!]“<sup>13</sup>

In wilhelminischen Zeiten waren solche Bekenntnisse gefährlich, und seine Haltung zum deutschen Militarismus machte Süßheim bei den Herrschenden nicht eben beliebter: Er tat sich als einer der schärfsten Kritiker einer Politik hervor, die in den Krieg führen konnte. Noch Ende Juli 1914 sprach er sich auf einer öffentlichen Versammlung gegen die Kriegstreiber aus und mahnte, diese hätten „kein Gefühl für die Verantwortung Deutschlands und für die Folgen eines Krieges“<sup>14</sup>. Der von ihm schließlich mitgetragene, sogenannte Burgfrieden war Süßheims erster Schritt in seiner Entwicklung

12 Auf den SPD-Parteitagern von 1901 und 1903 hatte die Sozialdemokratie den reichsweiten Beschluss gefasst, Haushaltsentwürfe in den Länderparlamenten als Zeichen klarer Opposition stets abzulehnen, doch 1907 und 1908 scherten süddeutsche Fraktionen von dieser Linie aus.

13 Mitschrift der Münchner Polizeidirektion (08.05.1914), zit. nach: Karl Heinrich Pohl: Adolf Müller. Geheimagent und Gesandter in Kaiserreich und Weimarer Republik, Köln 1995, S. 125.

14 So gab ihn die Fränkische Tagespost (künftig: FTP) am 30.07.1914 wieder, zit. nach Matthias Klaus Braun: Hitlers liebster Bürgermeister – Willy Liebel (1897–1945), Nürnberg 2012, S. 29 f.



zu gemäßigeren Positionen: Im Gegensatz zu anderen Parteigenossen weigerte er sich während des laufenden Weltkriegs nicht, immer wieder Kriegskredite zu bewilligen – eine Grundsatzfrage, über die die SPD sich in Unabhängige (USPD) und Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) spaltete. Obwohl Süßheim sich fortan klar zum MSPD-Lager zählte, stand ihm sein Hang zu radikalen Forderungen beizeiten im Wege. Im September 1917 stellte er zusammen mit Erhard Auer im Bayerischen Landtag einen Verfassungsreformenantrag, der die konstitutionelle Monarchie in ein parlamentarisches System verwandeln sollte.<sup>15</sup> Vor dem Hintergrund der Probleme, die der Krieg den Menschen zu diesem Zeitpunkt zunehmend bereitete, hätte sich wohl durchaus eine Mehrheit für das Anliegen gefunden, doch Süßheim und Auer forderten auch eine Abschaffung der Privilegien der Königsfamilie, das Frauenwahlrecht, das System der Verhältniswahl (das sich für die einflussreiche katholische Zentrumspartei negativ ausgewirkt hätte) und eine saubere Trennung von Staat und Kirche. Solch weitreichende Eingriffe ließen die Mehrheitsverhältnisse im Landtag (noch) nicht zu – sogar die meisten Liberalen stimmten gegen den Antrag.

In seiner Begründungsrede hatte Süßheim auch warnend auf die russische Revolution hingewiesen<sup>16</sup>, und in der Tat sollte es nicht mehr allzu lange dauern, bis seine Träume sich scheinbar erfüllten. Im November 1918 stand Süßheim als „Sprecher der Revolution in Nürnberg“<sup>17</sup> an vorderster Front. Auf dem Luitpoldhain seiner Heimatstadt hielt er eine Rede, die in der Presse ausführlich zitiert wurde: „Der Wille des Volkes hat sich mit ungestüme Macht durchgesetzt. [...] Heute ist niemand mehr in der Lage, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Die Verkündigung der freien sozialistischen Republik Bayern ist eine geschehene Tatsache und wie ich stolz darauf bin, gestern Zeuge ihrer Geburtsstunde gewesen zu sein [...]! [...] Im Herzen die Dankbarkeit, im Kopfe

die Überzeugung und Hoffnung, dass wir stark genug sind, mit Hilfe der Massen, besonders der Soldatenmassen, unsere Aufgaben durchzuführen, beseelt von dem Bewusstsein, dass wir berufen sind, Träger einer besseren Zukunft zu sein, fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: ‚Die freie sozialistische Volksrepublik, sie lebe hoch!‘“<sup>18</sup>

Von seinen früheren Konflikten mit der Galionsfigur der Revolution, dem bayerischen USPD-Führer Kurt Eisner, wollte Max Süßheim nun nichts mehr wissen. Als Innenminister fungierte nun sein enger politischer Vertrauter Erhard Auer. In Nürnberg nahm Süßheim den Soldaten den Loyalitätseid auf die neue Regierung ab. Aus seiner herausgehobenen Position kandidierte er im Januar 1919 erfolgreich für den Landtag, doch schon bald erschütterte die Ermordung Eisners durch einen rechten Studenten die Sozialdemokratie. Auer, der sich zuletzt mit vehementer Kritik an Eisner hervorgetan hatte, dessen Ermordung aber gleichwohl als feige, ruchlos und wahnsinnig bezeichnete, wurde noch am selben Tag im Landtag von einem jungen Metzger, der Mitglied im Revolutionären Arbeiterrat war, mit einer Pistole angeschossen und schwer verletzt. Der BVP-Abgeordnete Paul von Jahreiß, ein ehemaliger Grundschulkamerad der Süßheims aus Nürnberg, kam bei der Schießerei ums Leben. Max Süßheim hatte Glück; ihm passierte nichts. Doch er begann ernstlich, sich um die politische Entwicklung zu sorgen: Der gewählte Landtag floh von der politischen Bühne und die radikalen Sozialisten schienen sich in der aufgeheizten Stimmung durchzusetzen. Max Süßheim aber war davon überzeugt, dass die neue deutsche Gesellschaftsordnung von einem breiten Bündnis getragen werden musste. Im Bayerischen Rätekongress, in dem die politische Zukunft des Freistaats verhandelt wurde, sprach er für die gemäßigte Sozialdemokratie.



**Tief drunten im Tale ging immer mein Lauf zur Höhe, zur steilen, ich kam nicht hinauf ich bleibe im Leben nur einfach und schlicht und Orden und Sterne begehre ich nicht Wie auch des Lebens Barke mich mag treiben ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben.**

15 Antrag Auer-Süßheim auf eine Verfassungsänderung Bayerns (18.9.1917), abgedr. bei Michael Doeberl: Sozialismus, Soziale Revolution, Sozialer Volksstaat, München 1920, S. 113 f.

16 Max Süßheim: Begründung des Antrages Auer und Genossen (19.12.1917), abgedr. bei Doeberl (wie Anm. 15), S. 114–142, hier S. 121 ff.

17 So Kerstin Gardill mit Verweis auf die ausführliche Berichterstattung über Süßheim in der Nürnberger Stadtchronik, vgl. Gardill (wie Anm. 11), S. 21. Die wichtigste Darstellung der jüdischen Akteure dieser Zeit fokussiert auf München, weshalb Max Süßheim hier lediglich am Rande Erwähnung findet, vgl. Michael Brenner: Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München. 1918–1923, Berlin 2019.

18 „Massenversammlung im Luitpoldhain“, in: FK (12.11.1918), S. 3 f., abgedr. bei Gerhard Jochem: Ein Sohn des Volkes wollte er sein – Quellentexte zu Person und Wirken von Dr. Dr. Max Süßheim, in: Diefenbacher (wie Anm. 4), S. 199–208, hier S. 199–202, das Zitat S. 200 ff.

## Ein Politikerleben im Kreuzfeuer zwischen links und rechts

In dem Gremium, in dem auch Kommunisten und Anarchisten das Wort führten, gehörte Süßheim nun zum rechten Flügel. Philipp Loewenfeld, ebenfalls ein Mehrheitssozialdemokrat, war froh, dass Süßheim an den Verhandlungen teilnahm, dieser habe nämlich stets „durch seine große Sachkunde, ruhige Würde und sachliche Entschiedenheit eine sehr gute Rolle gespielt“<sup>19</sup>. Süßheim wollte die Lage beruhigen und die Legitimität des Landtags bewahren: „Wir sind gegen eine Diktatur“, stellte er klar, „mag sie von Ludendorffs Seite gekommen sein“ oder auch „von der äußersten Linken“.<sup>20</sup> An den zwischenrufenden Gustav Landauer gewandt sagte Süßheim: „Anerkennung und Durchführung der Revolution heißt nicht, daß man vor wirklichen Tatsachen die Augen verschließt aus politischer Träumerei und politischem Idealismus“.<sup>21</sup> Dies waren für etliche Anwesende nicht zu ertragende Provokationen. Und nicht nur das: Süßheim forderte auch die sofortige Freilassung der als Repräsentanten bürgerlicher Kreise willkürlich genommenen Geiseln. Von der radikalen Linken schlug ihm blanker Hass entgegen: Er wurde als „bürgerlicher Demokrat“, „Kompromissler“ und „Bourgeois-Sohn“ verunglimpft.<sup>22</sup>

Das Schauspiel der Räte in München war von tumultartigen Szenen begleitet, bei denen zuletzt auch offen mit Waffengewalt gedroht wurde. Es gelang nicht, eine zukunftsfähige Regierung aufzustellen. Letztlich wurde das gewählte Parlament wieder eingesetzt; die Süßheim politisch nahestehende Regierung Hoffmann nahm noch im März ihre Arbeit auf. Dennoch blieb er pessimistisch: Max sei von der Entwicklung der Revolution bitter enttäuscht und habe jede Hoffnung verloren, notierte sein Bruder nach einem Treffen im Tagebuch.<sup>23</sup> Zurecht – folgte doch bekanntermaßen das doppelt gescheiterte, gewaltsame Experiment der Räterepublik.

Max Süßheim gab seinen Sitz im Bayerischen Landtag auf, konzentrierte sich auf seine

Anwaltskanzlei und beschränkte seine politische Tätigkeit auf Nürnberg, wo er sich im Stadtrat und Vereinen engagierte und sich mit Hingabe der Nürnberger Kunst- und Kulturszene widmete. Die Bamberger Verfassung aber, mit der Bayern schließlich endgültig ein Teil des deutschen demokratischen Projekts wurde, kann gewissermaßen auch als sein politisches Vermächtnis gelten: Wie sehr die neue bayerische Verfassung auf Süßheims Arbeit beruhte, verdeutlicht nicht zuletzt die Tatsache, dass er es war, der im Namen seiner Partei eine Erklärung der demokratischen Neuerungen verfasste. In dieser Schrift war zu lesen: „Die Gedanken, für die [Bayerns] beste Kräfte ein Jahrhundert lang gestritten und gelitten haben, sind zum großen Teil verwirklicht und verfassungsmäßig gesichert. Wichtiger aber noch als ihr papierner Wortlaut ist der Geist, der in den Massen lebt, und der Geist, in dem die Verfassung ihre Anwendung findet.“<sup>24</sup> Zu dieser Zeit hatte Süßheim bereits persönlich erfahren, zu welchen Methoden die Rechte im politischen Kampf imstande war.

Obwohl Süßheim sich in der Revolution von der äußersten Linken distanziert hatte, avancierte er in der antisemitischen Propaganda schnell zum Demonstrationsobjekt des verhassten „Novemberverbrechers“ und gefährlichen Juden. Schon 1919 wurde er in einem anonymen Flugblatt als Vergewaltiger deutscher Mädchen dargestellt und – unter zweimaliger Angabe seiner Adresse – quasi für vogelfrei erklärt. Im darauffolgenden Jahr erhielten Süßheim und seine Mutter Drohbriefe mit einem roten Fadenkreuz. Es ist naheliegend, dass bereits diese Verleumdungen von oder aus dem Umfeld des Nürnberger Volksschullehrers Julius Streicher stammten. Der durch Hetzreden gegen die jüdische Minderheit und Sozialisten bekannt gewordene Mann gab das Blatt *Deutscher Volkswille* mit vulgäranisemitischen und rassistischen Inhalten heraus, das ab 1923 als Wochenzeitung *Der Stürmer* firmierte. Sein sich immer weiter steigender Hass gegen Süßheim hatte auch persönliche Gründe, denn dieser wehrte sich mit den Mitteln des Rechtsstaats: Gegen Streichers antisemitische Agitation wurde Süßheim im Stadtrat aktiv, 1922 zeigte er ihn schließlich wegen Verleumdung an. Der Richter gab Süßheim in den wesentlichen Punkten Recht, doch es war nicht das letzte Mal, dass die beiden Männer sich im Gerichtssaal begegneten.

19 Peter Landau/Rolf Rieß (Hg.): *Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus. Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld*, Ebelsbach am Main 2004, S. 243.

20 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März 1919, [München 1919], 05.03.1919, S. 105.

21 Ebd., S. 108.

22 Vgl. ebd., S. 109 u. 111 f. sowie die Sitzung vom 06.03.1919, S. 134.

23 Vgl. Milz (wie Anm. 10), S. 445.

24 Süßheim (wie Anm. 2), S. 35.



Der Münchner Marienplatz am 9. November 1923: Der suspendierte Volksschullehrer Julius Streicher spricht zur Menge. Max Süßheim wird den späteren „Frankenführer“ für kurze Zeit hinter Gitter bringen.

Bild: Bayerische Staatsbibliothek/ Bildarchiv, Fotoarchiv Hoffmann C.1, hoff-6610

Max Süßheim vertrat vor Gericht mehrfach den Nürnberger Oberbürgermeister Hermann Luppe (DDP), der Streichers Hass ebenfalls ganz besonders ausgesetzt war. Im März 1924 kam es zum ersten Prozess. „Diese Geschicklichkeit der Rechtsverdrehung, des Ausweichens, des Sinn-Verdunkeln ist hauptsächlich Juden eigen“, fabulierte Streicher im Stürmer: „Jüdische Rechtsanwälte verstehen es meisterhaft, im Gerichtssaale aus dem Recht ein Unrecht, und aus dem Unrecht ein Recht zu machen.“<sup>25</sup> Das Gericht ließ vor einem vollen Saal mit NS-Anhängern nicht nur zu, dass Streicher seine antisemitischen Hetzreden öffentlich ausbreitete.<sup>26</sup> Der Angeklagte – der eben auch provoziert worden sei – konnte sich mit 1.000 Mark von einer Haftstrafe freikaufen.

Ein Jahr später kam es zu einem weiteren Verleumdungsprozess, der dreißig Verhandlungstage und die Aussagen von 122 Zeugen beanspruchte.<sup>27</sup> Im Schwurgerichtssaal 600 des Nürnberger

Justizpalasts, wo zwanzig Jahre später auch die bekannten NS-Kriegsverbrecherprozesse stattfinden sollten, wurde auch Adolf Hitler vernommen. „Wenn ein Parteiführer von uns den Kampf gegen eine Person konsequent führt, so geschieht das immer nur mit Erlaubnis der Partei“, stellte dieser sich im Zeugenstand vor Streicher: „Für diesen Fall gilt dies noch mehr“.<sup>28</sup> Vor Gericht zitierte der erschöpfte Süßheim ein Epigramm des österreichischen Schriftstellers Franz Grillparzer, der Mitte des 19. Jahrhunderts die Weisung ausgegeben hatte, dass „der Weg der neuern Bildung [...] [v]on Humanität [d]urch Nationalität [z]ur Bestialität“<sup>29</sup> führen werde.<sup>30</sup> In seinem Plädoyer wies er warnend auf Streichers offen drohende Worte hin: „Wen ich anpacke, den werfe ich“.<sup>31</sup> Streicher sei gelungen, auch ihm persönlich „einen Teil

25 „Luppe im Trommelfeuer“, in: Der Stürmer. Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit (künftig: Stürmer) 3 (1923), S. [1–4], hier S. [3].

26 Vgl. Daniel Roos, Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923–1945, Würzburg 2013, S. 100 ff.

27 Vgl. dazu Gardill (wie Anm. 11), S. 209 u. S. 217–223, die Zahlen S. 218.

28 Zit. nach: Roos (wie Anm. 26), S. 131.

29 Peter Frank/Karl Pörnbacher (Hg.): Franz Grillparzer: Sämtliche Werke. Ausgewählte Briefe, Gespräche, Berichte, Bd. 1, München 1960, S. 500.

30 Vgl. Hermann Hanschel: Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977, S. 191 sowie Gardill (wie Anm. 11), S. 209 f.

31 Hier und folgend zit. nach dem Redeprotokoll „Die Plädoyers im Luppe-Streicher-Prozeß“, in: Nürnberger Zeitung (11.12.1925), S. 7.

der Nerven- und Schaffenskraft zu stehen“, sagte Süßheim: „Seine Vergiftung ist bereits bis herab in die Schulklassen durchgedrungen.“

Die Vergiftung war koordiniert: Im Stürmer wurden die Verhandlungen mit verschiedenen „Prozeßnummern“ begleitet; Max Süßheim hatte regelmäßig Auftritte im Blatt. Einer Haftstrafe konnte Streicher dieses Mal jedoch nicht entkommen. Lediglich zu acht Wochen wurde er verurteilt – für ihn genug, den gegnerischen Anwalt endgültig zur Obsession werden zu lassen. Kurz nach Ende des Prozesses engagierte Streicher den unter den Pseudonymen „Fips“ oder „Rupens“ arbeitenden Karikaturisten Philipp Rupprecht<sup>32</sup> – gleich dessen erstes „Werk“ hatte Max Süßheim zum Motiv. Oftmals waren im Stürmer nun Darstellungen zu sehen, die sich in ihrer Bildsprache grotesk widersprachen: Sie zeigten Süßheim als Souffleur Luppes im Theater, aber auch als Zionist an den Rockschoßen des Teufels Luppe hängend.<sup>33</sup> Andere Zeichnungen zielten auf Süßheims bürgerlichen Hintergrund ab – obwohl seine Rolle in der linken Revolution immer wieder breitgetreten wurde, war Süßheim für den Stürmer auch „stets das Klischee des zu Ausschweifungen neigenden, lüsternen, bourgeoisen, skrupellosen Kapitalisten“<sup>34</sup>, wie Dominik Radlmaier treffend zusammenfasst.

So inkonsistent die antisemitische Propaganda war, so wenig Einfluss hatten auch Süßheims persönliche Positionen oder Entscheidungen auf die rechte Rezeption seiner Person. Als er im Februar 1926 als Konsequenz aus seiner atheistischen oder agnostischen Haltung aus der jüdischen Gemeinde austrat, war im Stürmer zu lesen: „Der Jude Süßheim ist Jude geblieben und wird es immer bleiben!“; unter einer Karikatur hieß es: „Er konnte wohl aus der Synagoge austreten, aber aus seiner Haut kann er nicht heraus. Darum ist und bleibt er ein Fremdrassiger, ein Fremdkörper im deutschen Volk!“<sup>35</sup>

Den Hass der Rechten bekam Süßheim auch im Nürnberger Stadtrat zu spüren: Seine Anliegen wurden grundsätzlich boykottiert. Und auch abseits der Politik wurde er zunehmend gemieden: Als der heimatverbundene Süßheim in den Ausschuss des städtischen Geschichtsvereins gewählt wurde, intervenierte der evangelische

Pfarrer Martin Weigel, ein überzeugter Nationalsozialist, der „nicht mit einem Herrn zusammenarbeiten“ könne, „der die deutsche Geschichte nicht anders als vom jüdisch-marxistisch-materialistischen Standpunkt aus betrachten kann“.<sup>36</sup> Auf diese Zuschrift hin bat der Vorsitzende Süßheim unter einem Vorwand darum, auf das Amt zu verzichten – wütend und gekränkt kehrte dieser dem Verein den Rücken.

Seine Ohnmacht gegenüber der „nationalsozialistischen Seuche“ beschrieb Süßheim 1930 selbst: „Die stärkste Zivilcourage ist machtlos gegenüber dem systematisch organisierten Radau und Terror“.<sup>37</sup> Im Mai desselben Jahres schrieb sein Bruder aus München der Mutter in Nürnberg: „Hoffentlich ist es Max möglich, seine Tätigkeit im öffentlichen Dienste einzuschränken u. auch abends eher sich schlafen zu legen.“<sup>38</sup> Immer wieder erkundigte sich Karl Süßheim nach dem Wohlergehen des Bruders; er wünschte sich zum Beispiel, Max finde „Muße sich zu erholen, damit sich die Beinschmerzen verlieren“.<sup>39</sup> Neben körperlichen Problemen tat die permanente Verunglimpfung wohl ihr Übriges, und mit der Wirtschaftskrise, die die Welt seit dem New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929 im Griff hielt, verbreiteten sich wütende antisemitische Reden in der Gesellschaft immer stärker. „Ich bitte Dich [...], das Geld nicht wieder in Altertümern anzulegen“, schrieb Karl Süßheim seiner Mutter einmal, vermutlich mit Blick auf die rechte Propaganda: „[D]as bedeutet für Max Unglück.“<sup>40</sup>

Wie viel Max Süßheim seiner Familie von den anhaltenden Kämpfen mit den Nationalsozialisten wirklich erzählte, wissen wir nicht. Ein Brief aus München legt nahe, dass er sich zurückhielt: „Die Schlaflosigkeit [...] hängt wohl mit seinem, jüngst noch gestiegenen Körperrumfang zusammen“<sup>41</sup>, dachte nämlich 1932 der Bruder, als er von Max' Plänen erfuhr, sich im Rahmen einer Kur zu erholen. Dass dessen Gesundheit wohl nicht in erster Linie unter ungesunder Ernährung und einem hohen Arbeitspensum litt, blieb der Familie verborgen: „Ich freue mich sehr, daß Max seinen Schlaf wieder

32 Vgl. zu ihm Roos (wie Anm. 26), S. 133 ff.

33 Vgl. Stürmer 43 (1927), S. [1] sowie 1a (1926), S. [1].

34 Radlmaier (wie Anm. 4), S. 77.

35 „Was ist Rasse und was Religion?“, in: Stürmer 16 (1931), S. [3].

36 StadtAN E 6/687 12, Dokumente zum Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg, Martin Weigel an [Emil Reicke], 14.01.1931, S. [1 f.].

37 Zit. nach: Radlmaier (wie Anm. 4), S. 97 f.

38 Karl Süßheim an Clara Süßheim, 12.05.1930, Privatnachlass K.S.

39 Ders. an Dies., 26.05.1930, Privatnachlass K.S.

40 Ders. an Dies., 02.04.1931, Privatnachlass K.S.

41 Ders. an Dies., 10.04.1932, Privatnachlass K.S.



zurückgewonnen hat. Er soll sich jetzt nur schonen u. abends ab 6 Uhr nicht mehr arbeiten“, schrieb Karl Süßheim wenige Tage später: „Ich mache nämlich auch um 6 Uhr abends Schluß. Nach 6 Uhr abends unterlasse ich in der Regel zu lesen oder zu schreiben; ich esse einfach zu Abend, gehe spazieren, mache zu Hause Freiübungen u. lege mich dann zu Bett.“<sup>42</sup> Ein knappes Jahr darauf war sein Bruder tot.

Am 1. März 1933, dem Tag, an dem Max Süßheim auf der Straße plötzlich zusammenbrach und starb, tagte der demokratisch gewählte Nürnberger Stadtrat zum letzten Mal. „Der Stadtrat hat einen schweren Verlust erlitten, Herr Justizrat Dr. Süßheim ist heute Morgen einem Schlaganfall erlegen“<sup>43</sup>, eröffnete der Oberbürgermeister die Sitzung. Als die Stadträte sich „zum Zeichen der Teilnahme von [i]hren Plätzen erhoben“, verließen die Nationalsozialisten aus Protest den Saal. Sie dichteten Max Süßheim einen Suizid an. Auch Jahre später tauchte er in der NS-Propaganda noch als Motiv auf. Besonders litt darunter seine geliebte Frau Hedwig, die von der antijüdischen Gewalt 1938 endgültig in die Verzweiflung getrieben wurde – sie nahm sich das Leben, nachdem ein SS-Mann in der Nacht des Novemberpogroms in ihre Wohnung eingedrungen war.<sup>44</sup>

Der Gedanke an den Tod hatte die Frau schon länger beschäftigt. In ihrem Testament von 1937 dachte sie vor allem an ihren verstorbenen Mann – die Inschrift seines Grabes, in dem auch sie beigesetzt werden wollte, sollte geändert werden: „Dr. jur et phil. Max Süßheim, Justizrat, Stadtrat, geboren am 20. Juli 1876 gestorben am 1. März 1933. Edel, Hilfreich, Gut. Darunter mein Name und Daten.“<sup>45</sup> Der letzte Wunsch der Witwe sollte sich nicht erfüllen: Der Grabstein des Ehepaars verweist nicht auf den deutschesten aller Dichter.<sup>46</sup> Seine Heimat schuldet Max Süßheim bis heute einen angemessenen Platz in der Erinnerungskultur.



**Und schließ ich die Augen zur ewigen Nacht und habt ihr zur Ruh mich, zur letzten gebracht dann schmücket die Stätte mit Grünkränzelein und legt mir aufs Grab einen schmucklosen Stein Auf diesen Stein laßt mir die Worte schreiben Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben.**

### Entfremdung eines überzeugten Sozialdemokraten von seiner Partei

In seinen letzten Lebensjahren war es politisch einsam um Max Süßheim geworden. Seine dringlichen Warnungen fruchteten nicht: Bis zuletzt blieb die Sozialdemokratie in Nürnberg überzeugt vom Bedeutungsschwund des rechten Lagers. „[J]eder, der sich [...] nur ein wenig Selbständigkeit im Denken bewahrt hat, muß lächeln, wenn Hitler mit schreiender Stimme von ‚gewissenlosen, ehrlosen Verführern‘, die das Volk anlügen, spricht“, hatte sich die SPD-Presse 1925 über den Auftritt des NSDAP-Führers im Nürnberger Gerichtssaal lustig gemacht: „Dabei hat man immer Angst, der eng zugeknöpfte Rock wird in seinen Nähten krachen, der ganze Mensch wird gleich auseinanderfliegen.“<sup>47</sup> Noch am 8. Februar 1933 war in dem Blatt beschwichtigend zu lesen: „Ein Volk stellt man nicht an die Wand, ein Millionenheer wirft man nicht ins Gefängnis“.<sup>48</sup>

Wie enttäuscht Max Süßheim von seiner Partei war, geht aus seinem Testament, in dem er die SPD enterbte, klar hervor. Darin kritisierte er nicht nur die Verharmlosung der Gefahr von rechts: „Mit Bedauern sehe ich, wie der Antisemitismus immer mehr das deutsche Volk vergiftet, in zunehmendem Maße auch in die sozialdemokratische Partei eindringt und wie, namentlich in Nürnberg, selbst führende Genossen dem Antisemitismus zuneigen. [...] Diese Verleugnung aller sozialistischen Grundsätze und Ideen ist eine Schande für die sozialdemokratische Partei! Sie hat nichts getan, um dagegen Stellung zu nehmen!“<sup>49</sup> Auch wenn in diesen Zeilen „sicherlich auch gekränkte Eitelkeit steck[t]“, wie

42 Ders. an Dies., 13.04.1932, Privatnachlass K.S.

43 Hier und folgend: StadtAN C 7/IX SRP 533, Stadtratsprotokoll Nürnberg, 01.03.1933, S. [1].

44 Vgl. Milz (wie Anm. 10), S. 597 f.

45 Hedwig Süßheim: Testament, 31.12.1937, Privatnachlass K.S.

46 Max Süßheims Nichte bewahrte zeit ihres Lebens eine Fotografie davon auf, vgl. Fotografie Grabstein Max und Hedwig Süßheim, Privatnachlass Karl Süßheim, Margot Suesheim (New York). Diese Papiere sind inzwischen ebenfalls in den Besitz von Lisa R. D'Angelo (Chicago) übergegangen.

47 „Der Luppe-Streicher-Prozeß“, in: [Beilage der] FTP 332 (04.12.1925), S. 1.

48 FTP (08.02.1933), zit. nach: Hermann Glaser: Geleitwort, in: Walter Lehnert/Dieter Rossmeißl (Bearb.), 75 Jahre kommunales Verhältniswahlrecht. 75 Jahre SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg. 1908–1983. Ausstellungskatalog mit kommentierenden Beiträgen zur Nürnberger Stadtgeschichte der letzten 75 Jahre, Nürnberg 1983, S. [7].

49 Vgl. die Abschrift bei Radlmaier (wie Anm. 4), S. 155 f.



„Ein Sohn des Volkes wollt er sein“: Max Süßheim in seinen letzten Lebensjahren. Bild: Privatschatz Karl Süßheim, Margot Suesheim (New York) und Familie.

Dominik Radlmaier bemerkt, war Süßheims Analyse zum ansteigenden Antisemitismus „dennoch zutreffend“.<sup>50</sup> „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ – zurecht wird immer wieder auf Otto Wels' Reichstagsrede vom März 1933 gegen das sogenannte Ermächtigungsgesetz

50 Radlmaier (wie Anm. 4), S. 79.

hingewiesen.<sup>51</sup> Die Standhaftigkeit der SPD wider die Gegner des Parlamentarismus, die sich an diesem Tag in Berlin zeigte, sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch Sozialdemokraten auf die jüdenfeindliche Stimmung ihrer Zeit eingegangen waren.

Die Jahrzehnte antisemitischer Agitation hinterließen Spuren, auch im linken Parteienspektrum. Ein langjähriger linksliberaler Mitstreiter – der einstige Nürnberger Oberbürgermeister Hermann Luppe, den Süßheim in den nervenaufreibenden Prozessen der 1920er Jahre vor Gericht verteidigt hatte – schrieb 1977 (!) in seiner Autobiographie, dass ein „wirkliches Vertrauensverhältnis“ zu Süßheim, dem „Jude[n] von der weicheren, labilen Art“, nicht bestanden habe.<sup>52</sup> Auch für die SPD finden sich beschämende Episoden: 1940 versuchte Fritz Traugott Schulz, ein Parteifreund, der Süßheim einst für den Ausschuss des Geschichtsvereins vorgeschlagen hatte, in die NSDAP einzutreten – dabei diskreditierte er insbesondere seinen verstorbenen jüdischen Genossen, wie Radlmaier in den Unterlagen des NSDAP-Parteigerichts herausgefunden hat.<sup>53</sup>

Die derart offen zur Schau gestellte Distanz zu Max Süßheim spiegelt sich in einer Leerstelle in der allgemeinen Erinnerungskultur: In Arbeiten zur Weimarer Zeit in Nürnberg wird Süßheim zwar durchweg eine wichtige Rolle in der Politik bescheinigt, er findet aber schließlich nur am Rande Erwähnung.<sup>54</sup> Auch zu seinem Einsatz für Bayern im Landtag – nicht zuletzt seine Arbeit für die demokratische Verfassung – gibt es keine nennenswerten Forschungsbeiträge. Die Stille um seine Person hat sicher auch mit einer schwierigen Quellenlage zu tun, denn Süßheims persönliche Papiere sind verschollen; es gibt keinen Nachlass. Ohne dies explizit zu belegen, schreibt der Nürnberger Stadtarchivar Gerhard Jochem von einer „posthumen Auslöschung seines Andenkens“ durch rechte Feinde – als Folge seien Süßheims Spuren nur noch in amtlichen Unterlagen, der zeitgenössischen Tagespresse und Aussagen Dritter

51 Otto Wels: Rede gegen den Erlass des Ermächtigungsgesetzes (23. März 1933), abgedr. in: Axel Friedrichs (Bearb.)/Paul Meier-Benneckenstein (Hg.): Dokumente der deutschen Politik, Bd. 1, Berlin 1935, S. 36 ff.

52 Hermann Luppe: Mein Leben, Nürnberg 1977, S. 54.

53 Vgl. Radlmaier (wie Anm. 4), S. 82.

54 Vgl. Gardill (wie Anm. 11), S. 213 f.



zu finden.<sup>55</sup> Schon diese Dokumente aber haben es in sich, und Kerstin Gardill fragt auf deren Grundlage zu Recht, warum es noch keine eigenständige Publikation über Max Süßheim gibt.<sup>56</sup>

Nur wenige Forscher aus dem Umfeld des Nürnberger Stadtarchivs haben sich bislang intensiver mit Süßheim auseinandergesetzt.<sup>57</sup> Diese Pioniertexte gehen insbesondere auf seine Auseinandersetzungen mit Streicher ein. Ein bald erscheinender Aufsatz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte erweitert diese Perspektive, indem er Süßheims eigene Veröffentlichungen und die Spuren, die seine politische Tätigkeit in den Protokollen der Parteitage, Rätekongress-, Landtags- und Stadtratssitzungen hinterlassen haben, auswertet: Anhand von Süßheims Selbstverständnis sowie der Argumente seiner Gegner wird darin nachgezeichnet, wie eine zerstörerisch identitätszentrierte Logik ihn von rechts wie links stets auf seine Herkunft zurückwarf.<sup>58</sup>

„Ein Sohn des Volkes wollt er sein“: Judenfeindliche und klassenbedingte Vorbehalte, die nicht nur Rechte, sondern auch so mancher Genosse gegenüber Figuren wie Süßheim hegte, waren auch nach der NS-Zeit nicht einfach verschwunden. Es ist naheliegend, dass nicht nur sein Zerwürfnis mit der Partei in den letzten Lebensjahren, sondern auch gewachsene antisemitische Ressentiments in der Arbeiterschaft (wie auch bei ihren politischen Vertretern) für eine Verdrängung seiner Person sorgten. Auch Süßheims Habitus als wohl-situierter Bildungsbürger passte schlicht nicht in das Narrativ, das das sozialdemokratische Selbstverständnis auch nach 1945 weiterhin formte. In einer Veröffentlichung der Nürnberger SPD zum 100. Jahrestag ihrer Gründung wurde Max Süßheim jedenfalls mit keinem Wort erwähnt.<sup>59</sup>



Es dauerte lange, bis der Schleier des Vergessens sich hob: Inzwischen aber führt ein „Süßheimweg“ entlang der Pegnitz. Das Stadtarchiv Nürnberg widmet sich seit einigen Jahren immer wieder den Spuren der Familie, wobei Max Süßheim eine besondere Stellung eingeräumt wird; 2015 gab es eine Ausstellung, 2018 einen Sammelband. Ein darin erschienener Text der Mitarbeiterin einer SPD-Bundestagsabgeordneten kann als erster, vorsichtiger Schritt der erinnerungskulturellen Würdigung des Politikers von Seiten seiner eigenen Partei betrachtet werden<sup>60</sup> – 85 Jahre nach seinem Tod. 🌱

Das Grab der Eheleute Süßheim in Nürnberg – diese Fotografie bewahrte Max Süßheims Nichte in den USA auf. Bild: Privatnachlass Karl Süßheim, Margot Suesheim (New York) und Familie.

55 Jochem (wie Anm. 18), S. 199. Die Aussage stützt sich auf einen „Nachruf“ auf Max Süßheim im Stürmer, in dem zu lesen ist, dass die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme „[e]ine Unmenge revolutionärer Schriften“ in Süßheims Haus beschlagnahmt hätten. Es ist naheliegend, aber schwer zu beweisen, dass auch persönliche Dokumente auf diese Weise in deren Hände gerieten und vernichtet wurden. Das Zitat: „Der Proletarierführer. Die Erbschaft des Dr. Max Süßheim“, in: Stürmer 11/13 (März 1933), S. [2].

56 Vgl. Gardill (wie Anm. 11), S. 212 f.

57 Vgl. Gardill (wie Anm. 11), Jochem (wie Anm. 18) u. Radlmaier (wie Anm. 4), zu Max Süßheim hier S. 71–101.

58 Kristina Milz: Genese eines Feindbilds. Der jüdische Sozialdemokrat Max Süßheim und seine Gegner, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 71/4 (2023) [im Erscheinen].

59 Wilhelm Riepekoehl: 100 Jahre SPD. Von Lassalle bis Ollenhauer. Episoden aus der Nürnberger Arbeiterbewegung, Nürnberg [1963].

60 Gemeint ist Gardill (wie Anm. 11).

# SOZIALGESCHICHTE IM SPIEGEL DER FOTOGRAFIE

von Rudolf Stumberger



Lewis W. Hine (rechts) fotografiert Kinder, 1910.  
Abbildung: Courtesy of the George Eastman Museum



Geschichte ist auch Bildgeschichte. Was wir über die Vergangenheit wissen, ist nicht zuletzt über Bilder vermittelt und es ist die Fotografie, die in unseren Vorstellungen über vergangene Zeiten – und auch die Gegenwart – eine große Rolle spielt. Das Bild der Welt ist uns gegeben über unzählige fotografische Abbildungen, die wir in Zeitungen, Büchern, Ausstellungen, in Filmen, im Fernsehen und im Internet wahrgenommen haben. Und welches Weltbild wir vermittelt bekommen, ist auch eine Frage der Politik. Wenn wir verstehen, wie (fotografische) Bilder entstehen, kann uns das helfen, politische Aussagen zu überprüfen.

Die Geschichte der Fotografie datiert zurück auf 1839, als die Daguerreotypie ihren Siegeszug antrat. Das Portrait stand im Mittelpunkt der damaligen Fotografie, das bildliche Festhalten der Existenz des Menschen als Kontrapunkt gegen seine Vergänglichkeit und das Vergessen. Hinzu kamen im Laufe der Zeit andere Genres: Die Pressefotografie, die Werbung, die Modefotografie und schließlich die Amateurfotografie. Und es dauerte fast 60 Jahre, bis um das Jahr 1900 herum die Fotografie sich explizit auch der sozialen Existenz der Menschen zuwandte und die soziale Welt das Thema von Fotografen wurde. Es ist das Genre der sozialdokumentarischen Fotografie, das im 20. Jahrhundert und darüber hinaus die Strukturen der Gesellschaft in Bildern festhält. Und uns wissen lässt, wie die Menschen unterschiedlich leben, wohnen, arbeiten und feiern. Und über Armut und Reichtum, Not und Fürsorge, soziale Schichten und Klassen informiert. Es ist die sozialdokumentarische Fotografie, die uns im 20. Jahrhundert das Bild des Sozialen zeichnet.

Damit hat die sozialdokumentarische Fotografie mit der Soziologie quasi ein gemeinsames Anliegen: Denn beide Verfahren widmen sich, wenn auch mit unterschiedlichen Methoden, der Erforschung der sozialen Welt. Soziologie wie Fotografie entstanden um 1840, nimmt man August Comte als Ausgangspunkt für die Soziologie und die besagte Daguerreotypie (Fotografie auf einer spiegelglatt polierten Silberoberfläche, entwickelt von dem französischen Maler Louis Jacques Mandé Daguerre) als Ausgangspunkt für die Fotografie. Seit der Jahrhundertwende 1900 gingen beide Verfahren eine nähere Verbindung ein. So entstand die sozialdokumentarische Fotografie des Amerikaners Lewis W. Hine aus sozialreformerischem Gedankengut heraus. Auch die junge akademische

Disziplin der Soziologie nutzte um 1900 vor allem im Umfeld der Sozialarbeit die Fotografie, um zum Beispiel Arbeitsbedingungen in Schlachthäusern oder Großraumbüros abzulichten. Doch in dem Bemühen der akademischen Soziologie, als »seriöse« Wissenschaft anerkannt zu werden, was die Orientierung an den »exakten« Naturwissenschaften mit sich brachte, versiegten diese Ansätze einer frühen „visuellen“ Soziologie. Erst in den 1970er Jahren wurde diese Tradition in den USA wieder aufgenommen.

Demgegenüber nahm sich im Laufe des 20. Jahrhunderts die Fotografie immer wieder der sozialen Welt an, teilweise in großen Abbildungsprojekten, später zusehends in individuellen Arbeiten. Sie lieferte damit ein visuelles Abbild der Gesellschaft, und ihrer sozialen Struktur, ihrer sozialen Gruppen, Schichten und Klassen. Dieses Bild ist allerdings selbst ein Ausdruck und Produkt der jeweiligen sozialen Auseinandersetzungen, in den konfliktreichen 1930er Jahren wurde die sozialdokumentarische Fotografie sogar zur »Waffe«, also zu einem Mittel im Kampf um die öffentliche Meinung. Die sozialdokumentarische Fotografie des 20. Jahrhunderts ist sowohl die visuelle Dokumentation des Wandels des Sozialen als auch selbst ein Teil davon.

Heute erlebt die Fotografie eine Entwicklung mit widersprüchlichen Tendenzen. Zum einen ist sie allgegenwärtig geworden, werden jeden Tag unzählige Bilder allein mit dem Handy aufgenommen. Im Internet sind Millionen von Fotografien verfügbar und dort findet heute auch der Kampf um die Öffentliche Meinung mit Bildern statt, etwa wenn Terrorgruppen ihre Propagandavideos in das Netz stellen. Zugleich aber schwindet auch die Wertigkeit dieses Mediums durch die leichte Verfügbarkeit und die Möglichkeiten digitaler Manipulation. Durch die neuen technischen Möglichkeiten

unterliegt derzeit die Welt der Bilder einen rasanten Wandel was Aufnahmetechnik, Verbreitung und soziale Praxis anbelangt.

## Das Soziale der sozialdokumentarischen Fotografie

Was ist gemeint, wenn in der sozialdokumentarischen Fotografie vom Sozialen die Rede ist? Zum einen bezieht sich dieser Wortteil ganz konkret auf das historische Aufkommen der „Sozialen Frage“. Sie entstand durch die Herausbildung einer neuen sozialen Klasse – der Arbeiterklasse – im Zuge der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert. Als „Soziale Frage“ wurden ab circa 1840 gesellschaftliche Missstände wie Armut, Verelendung, Kinderarbeit oder unzureichende Wohnbedingungen bezeichnet.<sup>1</sup> Im „Eisenacher Programm“ der Sozialdemokraten von 1869 zum Beispiel ist hinsichtlich der sozialen Frage von der Abschaffung der Kinderarbeit und die Einführung eines Normalarbeitstages die Rede. Die Sozialgesetzgebung im Deutschland des ausgehenden 19. Jahrhunderts weist auf die Inhalte dieses Sozialbegriffs hin: Ein auf die Gesamtheit gerichtetes solidarisches System von Vorsorgen gegen Lebensrisiken wie Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter. Dieses Soziale erwächst in diesem Sinne historisch aus der Zuordnung zu benachteiligten sozialen Gruppen, allen voran der Arbeiterklasse, deren Angehörigen es an eigenen individuellen „Lebens-Mitteln“ mangelt, und die zum Zwecke des Überlebens auf Solidarität und Unterstützung angewiesen sind. Mit anderen Worten: Was der einzelne Arbeiter aufgrund des geringen Lohnes nicht zu leisten vermag – sich eben gegen die Risiken des Lebens finanziell zu wappnen – gelingt in der Gemeinschaft und dem gegenseitigen Einstehen etwa in Form von Sozialversicherungen.

Dies ist der begriffliche Rahmen, in dem die sozialdokumentarische Fotografie sowohl historisch als auch inhaltlich zu verorten ist: Das Soziale vorwiegend als eine Welt des Mangels, der durch das Objektiv der Kamera zu zeigen ist, dessen Ursachen es zu benennen und den es zu überwinden gilt. Dies ist die Welt der „klassischen“ sozialdokumentarischen Fotografie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit den Bildern der

Fabrikarbeit von Kindern, von Arbeitern an Hochöfen, von Arbeitslosigkeit und Armut, von Streiks und sozialen Kämpfen.

Das Soziale im allgemeinen Sinne aber bezeichnet nicht nur die Situation benachteiligter sozialer Gruppen, sondern eben allgemein das Zusammenleben von Menschen in Staat und Gemeinschaft, ist doch der Mensch grundsätzlich auf das „Soziale“ – also auf andere Menschen – angewiesen, würde ohne es gar zugrunde gehen. Das Soziale ist eine „*condition humaine*“ und umschließt natürlich den Fabrikanten ebenso wie den Arbeitslosen. Mit diesem so gefassten Begriff des Sozialen lässt sich eine sozialdokumentarische Fotografie als eine über die Abbildung benachteiligter Gruppen hinausgehende Sozialfotografie verstehen, die das visuelle Abbild einer Gesellschaft und damit ihrer sozialen Klassen, Schichten und Milieus zum Thema hat. Damit erweitert sich der „klassische“ Begriff von sozialdokumentarischer Fotografie auch um jene Abbildungen, die sich auf das „Dokumentarische“ zurückziehen und auf eine Parteilnahme für die Überwindung der dargestellten Verhältnisse verzichten. Und dann kommen nicht nur Arbeitslose und Arbeiter ins Bild, sondern auch die „Feinen Leute“ wie sie Thorstein Veblen 1899 einst beschrieben und Herlinde Koelbl sehr viel später fotografiert hat.<sup>2</sup>

Auf diesem Hintergrund soll am Beginn dieser Geschichte der sozialdokumentarischen Fotografie im 20. Jahrhundert eine pragmatische Definition ihres Gegenstandes stehen. Sie lautet:



**„Sozialdokumentarische Fotografie ist die fotografische Darstellung des Sozialen, oft in gesellschaftskritischer Absicht und über die Tagesaktualität hinausgehend. Im engeren ‚klassischen‘ Sinn geht es dabei um die Dokumentation, Anklage und Beseitigung von sozialen Missständen. In einem weiteren Sinn geht es um die Dokumentation und Analyse des Sozialen.“<sup>3</sup>**

1 Vgl. Bernhard Schäfers: Sozialstruktur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1981, S. 34 f.

2 Thorstein Veblen: Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen, Frankfurt am Main 1997 (1899); Herlinde Koelbl: Feine Leute, Nördlingen 1986.

3 Rudolf Stumberger: Klassen-Bilder II, Konstanz 2010 S. 10. ID. Zur Definition von sozialdokumentarischer Fotografie vgl. auch Winfried Ranke: Zur sozialdokumentarischen Fotografie um 1900, in: Kritische Berichte, Nr. 2/3 (1977), S. 5–36.

## **Aufstieg und Niedergang der Industriearbeit im Mittelpunkt der sozialdokumentarischen Fotografie**

Das 20. Jahrhundert ist das Jahrhundert des Aufstiegs und Niedergangs der großen Industrien. In den 1920er Jahren prägte zum Beispiel die Schwerindustrie die Landschaft und die Städte des Ruhrgebietes: mit gewaltigen Fabrikhallen, rauchenden Schloten, Kohlehalden und den Fördertürmen der Bergwerke. 70 Jahre später sind Kohlegruben und Eisenhütten zu Museen geworden, die Stahlwerke geschlossen und der Himmel über Essen oder Duisburg ist nicht mehr grau. Alles das ein Zeichen für den massiven industriellen Wandel, der in den 1980er Jahren deutlich sichtbar wurde: Weg von den alten Industrien hin zu Dienstleistungen und moderner Produktion.

Der Wandel betraf auch die Menschen, die in den Fabriken und Bergwerken gearbeitet hatten. Der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung schrumpfte und mit wachsendem Wohlstand verschwanden größtenteils auch die typischen Arbeiterviertel und die proletarischen Lebensverhältnisse, wie sie es noch in der Nachkriegszeit der 1950er Jahre gab.

Und das 20. Jahrhundert war auch geprägt durch die sozialen und politischen Auseinandersetzungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Arbeiterschaft. Von den Kämpfen der Gewerkschaften für soziale Verbesserungen über die politische Organisation der Arbeiterbewegung in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien bis hin zu einer eigenen Arbeiterkultur.

Angesichts der Bedeutung der Arbeiterschaft in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht und angesichts der bis in die 1960er Jahre hinein bestehenden „sozialen Frage“ ist es kein Wunder, dass die Arbeiter lange im Zentrum der sozialdokumentarischen Fotografie standen. Vor allem in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nahm sie sich dem Werden, den Arbeitsbedingungen und den sozialen Kämpfen der Arbeiterschaft an. Sie nahm dabei keinen objektiven Standpunkt ein, sondern war parteiisch, bezog verschiedene Stellungen im sozialen Handgemenge: Oft aus fürsorglicher Sicht des Bürgertums, seltener als Selbstbildnis der Arbeiter selbst. Sie war Mittel im Kampf um Symbole der sozialen Welt, der auf die Änderung dieser sozialen Welt selbst zielt. Sozialdokumentarische Fotografie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war eine Fotografie, die die

Lebensbedingungen der unteren sozialen Klassen und Schichten zum Gegenstand hatte, mit Ausnahme der deutschen Arbeiterfotografie meist von Angehörigen der Mittelklassen angestoßen wurde, ideologisch und finanziell an größere Organisationen und Institutionen gebunden war, die Abschaffung und Überwindung der dargestellten Verhältnisse zum Zweck hatte und die zu einem Mittel im Kampf um die Öffentliche Meinung wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die westlichen Industriestaaten geprägt durch den Ausbau des Sozialstaates und die politische und soziale Integration der Arbeiter. Dadurch veränderte sich die Beziehung von industrieller Arbeiterwelt und sozialdokumentarischer Fotografie: Der soziale Wohnungsbau und die Bausparkasse mit dem staatlich geförderten Kredit für das eigene Häuschen ersetzten nun die Bilder vom Wohnungselend in den Arbeitervierteln; der Aufstieg von Arbeiterführern zu Aufsichtsräten stand nun anstelle von militanten Massendemonstrationen. Die sozialen Unterschiede blieben bestehen, aber der gesellschaftliche Aufzug fuhr ab den 1960er Jahren nach oben und die Arbeiter fuhrten mit. Ab den 1980er Jahren erwies sich dieser Aufzug freilich als gesellschaftlicher Paternoster - oben angekommen, geht es wieder hinab. Der sozialen Öffnung der Gesellschaft folgt eine zunehmende soziale Schließung. Das zeigt sich zum Beispiel bei den Bildungschancen. Nachdem der Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten in den 1970er Jahren leicht zugenommen hatte, ging er in den 1990er Jahren wieder zurück.

So ist die sozialdokumentarische Fotografie des 20. Jahrhunderts auch eine Dokumentation des sozialen Wandels, wie sie auch an diesem Wandel als Mittel in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selbst beteiligt ist. Sie steht für die visuelle Seite der Interpretation von Gesellschaft, bringt diese Gesellschaft durch ihre Wirk- und Interpretationskraft aber auch mit hervor. Die sozialdokumentarische Fotografie ist so nicht nur ein fotografisches Genre, sondern soziale und politische Praxis.

### **Die Themen der sozialdokumentarischen Fotografie im 20. Jahrhundert im Überblick**

Die moderne Gesellschaft ist ein kompliziertes soziales Gebilde, bei dem sich verschiedene Bereiche unterscheiden lassen. Es ist die Soziologie, die sich als Sozialwissenschaft dem Aufbau der Gesellschaft

widmet. Sie untersucht die Struktur der Gesellschaft, also wie deren verschiedene Elemente (zum Beispiel das Bildungssystem und Wohnverhältnisse) miteinander verbunden sind. Unter Sozialstruktur wird dabei auch verstanden, wie die Menschen einer Gesellschaft sich in verschiedene Gruppen einteilen und einander zuordnen lassen: Wohlhabende und Arme, mit hoher und geringerer formaler Bildung, mit viel und mit weniger Einfluss, mit hohem und mit niedrigem Prestige der Berufe. Je nach soziologischem Ansatz entstehen daraus Modelle, lässt sich die Gesellschaft nach sozialen Milieus, Schichten oder Klassen einteilen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die deutsche Gesellschaft geprägt durch eine „breite Bettelsuppe armer und kümmerlicher Existenzen, auf der die paar Reichen wie Fettaugen schwimmen“, wie der zeitgenössische Soziologe Werner Sombart schrieb.<sup>4</sup> 70 Prozent der Bevölkerung gehörten als Arbeiter, Tagelöhner oder Dienstmägde der Unterschicht an. Der Mittelstand zählte 29 Prozent und die Oberschicht lediglich ein Prozent.<sup>5</sup>

Die sozialdokumentarische Fotografie der Jahre von 1900 bis 1920 – also vom Deutschen Kaiserreich bis zur Weimarer Republik – ist geprägt durch die fotografische Entdeckung dieser Unterschicht, dieser unteren sozialen Klassen. Als Folge der Industrialisierung war die Arbeiterschaft in den Städten enorm angewachsen, die Menschen waren vom Land in die Stadt gekommen, um hier bessere Arbeit und besseren Lohn in den Fabriken zu suchen. Eine neue soziale Klasse war entstanden und erst langsam wurden die Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien zu einem Thema der Gesellschaft. Die Fotografie folgte dabei der Literatur auf das in bürgerlichen Kreisen unbekanntes Terrain der Arbeiterexistenz, wie sie etwa in dem Bericht „Dreieinhalb Monate Fabrik-Arbeiterin“ der Frauenrechtlerin Minna Wettstein-Adelt von 1893 aufgezeigt wird. Zum ersten Mal richtete sich nun die Fotokamera bewusst auf die Angehörigen der Arbeiterschaft und des Subproletariats zu Dokumentationszwecken, um die Verhältnisse zu kritisieren und aus bürgerlicher Sicht zu verbessern. Lewis W. Hine aus den USA und Hermann Drawe aus Wien stehen zum Beispiel für die sozialdokumentarische Fotografie dieser Zeit. Zuvor war die fotografische Darstellung

sozialer Verhältnisse eher ein Beiwerk von anderen Dokumentationszwecken.

Von 1920 bis 1940 lässt sich von einer Periode der »klassischen« sozialdokumentarischen Fotografie sprechen. Angesichts der Weltwirtschaftskrise von 1929 verschärfen sich die gesellschaftlichen Widersprüche und die sozialdokumentarische Fotografie wird zur »Waffe« im Kampf gegen Rückständigkeit, Armut und Arbeitslosigkeit. Klassisch meint, dass die Fotografie als visuelles Leitmedium dieser Zeit sich der Dokumentation von sozialen Tatbeständen zuwendet und dies mit dem Zweck, die Fotografie als Beweis für soziale Missstände einzusetzen, um die gezeigten Zustände zu verändern. Klassisch auch, weil diese Fotografie an große gesellschaftliche Organisationen angebunden ist. So arbeitete Dorothea Lange für die „*Farm Security Administration*“ (FSA), eine staatliche Behörde in den USA, während die deutsche „Arbeiterfotografie“ sich als reichsweiter Verein organisierte.

Überspringt man aus Gründen der Vergleichbarkeit den Zweiten Weltkrieg, dann lässt sich für die Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre hinein von einer Fotografie im „Goldenen Zeitalter“ sprechen: mit wirtschaftlicher Prosperität, zunehmenden Wohlstand auch für die Arbeiterschaft und dem Ausbau des Sozialstaates. Die Arbeitswelt gerät aus dem kritischen Blickfeld und die Sozialfotografie richtet die Kameraobjektive zunehmend auf soziale Randgruppen. So stellt etwa Stefan Moses in der Bundesrepublik Menschen mit ihrer Berufsidentität ohne gesellschaftlichen Kontext dar und Danny Lyon in den USA widmet sich der Subkultur von Motorradgangs.

Für 1960 bis 1980 wiederum gilt: Die Gesellschaft ist in Bewegung. 1968 – das Jahr der Studenten- und Jugendrevolte – ist Ausgangspunkt für eine erneut kritische Sicht auf die zeitgenössische Gesellschaft. In der sozialdokumentarischen Fotografie äußert sich dies auch in einer erneuten Zuwendung zur Welt der Arbeit und der Arbeiter. Wieder gründet sich eine „Arbeiterfotografie“, die sich etwa dem Thema »Rationalisierung im Betrieb« zuwendet, während Fotografen in Großbritannien die Lebensbedingungen in innerstädtischen Slums zeigen.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts gerät in den USA und Europa der seit den 1960er Jahren aufgebaute Sozialstaat in die Defensive. Ab 1980 tritt mit den Wahlsiegen von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien die Wirtschaftstheorie der Privatisierung, des Zurückdrängens des Staates und des Sozialen sowie der

---

4 Zit. nach: Gerhard Ritter/Klaus Tenfelde: Arbeiter im deutschen Kaiserreich, Bonn 1992, S. 138.

5 Ebd., S. 137.



Propagierung freien Märkte ihren Siegeszug an. Gleichzeitig verlangsamt sich das wirtschaftliche Wachstum, der autofreie Sonntag vom 25. November 1973 kennzeichnete in der Bundesrepublik den Beginn krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen. In Folge kehren Ende des 20. Jahrhunderts die alten Gespenster von Massenarbeitslosigkeit und Armut in den westlichen Industriestaaten zurück und werden auch fotografisch thematisiert. „Die im Licht, die im Schatten“ nennt sich etwa ein 1990 in Deutschland erschienener Bildband mit Fotografien von Herlinde Koelbl und Renate von Forster, der sich mit den gesellschaftlichen Gegensätzen von Arm und Reich beschäftigt.

### Das Bild als Beziehungsgeflecht

„Unter der Fotografie eines Menschen ist seine Geschichte wie unter einer Schneedecke vergraben“, schrieb Siegfried Kracauer 1927 in seinem Essay „Das Ornament der Masse“. Visuelle Soziologie nennt sich heute eine relativ junge Fachrichtung, die versucht, diese Schneedecke mit soziologischen Methoden beiseite zu räumen. Dann wird der Hintergrund sichtbar, auf dem die Geschichte des Bildes sich abspielt, das soziale Beziehungsgeflecht, dem die Fotografie ihre Existenz verdankt. Ist doch dieses Bild die Manifestation verschiedener Beziehungen, die sich etwa zwischen Fotograf und Fotografiertem, zwischen Betrachter und Betrachtetem, zwischen Auftraggeber und Nutzer entwickeln und in die ideologische Weltansichten ebenso eingehen wie die sozialen Lagen der Akteure.

Was sehen wir, wenn wir ein Bild betrachten? Wir sehen in einem Fotoalbum eine Fotografie von der Großmutter und dem Großvater mit Sonnenhut vor einer Kaimauer am Lago Maggiore, wir sehen eine Fotografie eines Politikers bei der Einweihung eines neuen Autobahnabschnitts, wir sehen eine Fotografie des jugendlichen Fußballstars mit einer neuen Freundin im Auto. Wir sehen somit einen Teil der Geschichte eines Sommerurlaubs der Verwandten in den 1960er Jahren, einen Teil der Geschichte der Motorisierung der Bundesrepublik Deutschland und einen Teil der Klatsch-Geschichten der Boulevardpresse.

Dies sind die Geschichten im Bild, doch dies ist nur die halbe Wahrheit. Verborgener und weniger leicht zugänglich, weil nicht sinnlich präsent wie die Geschichte im Bild ist die Geschichte des Bildes, also seine Entstehung und sein „Werdegang“.

Freilich gibt es sinnliche Hinweise: Das Bild der Großeltern ist farblich verblichen und hat einen Wellenrand – typisch für die 1960er Jahre. Das Bild des Politikers ist auf der ersten Seite der Tageszeitung erschienen und auch der Fotograf genannt. Der Fußballstar prangt in Großformat und Farbe in einer Illustrierten zwischen anderen Prominenten. Der Hintergrund des Bildes liegt im Schatten des Lichtes, in dem sich der Bildinhalt sonnt und dabei ist das eine nicht ohne das andere zu haben.

Was ist nun dieser Hintergrund? Er ist nichts anderes als die Summe der Entstehungs- und Seinsbedingungen des Bildes: der Ort, die Zeit, der Apparat, das fotografische Objekt, der den Auslöser betätigende Mensch, seine Beweggründe und Absichten, die Existenz vielleicht einer bestimmten Bildagentur, das Vorherrschen einer bestimmten Ideologie, die Einbettung in eine bestimmte mediale Epoche. Also all das, was dazu geführt hat, dass dieses bestimmte Bild entstanden ist und aufbewahrt beziehungsweise weitergegeben wurde.

Und dazu gehört zum Beispiel die Finanzierung. Denn das Bild der sozialen Welt ist nicht kostenlos zu haben, sondern ist vielmehr ein auch finanziell aufwändiges Projekt. Das fotografische Werk von Hine über die Kinderarbeit in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts war nur möglich, da das auftraggebende Komitee für die Kosten (und damit den Lohn von Hine) aufkam und war beendet, als Hine eine Lohnkürzung nicht hinnehmen wollte. Auch seine Fotografien im Rahmen des Pittsburgh-Surveys entstanden erst auf der finanziellen Grundlage von Stiftungsmitteln. Die gesamte New-Deal-Fotografie der 1930er Jahre ist eine Fotografie, die durch Steuergelder ermöglicht wurde (und deshalb auch im Fadenkreuz der Kritik der politischen Gegner stand). Dorothea Lange etwa focht einen andauernden Kampf um eine Festanstellung und das Foto-Projekt von Berenice Abbot über New York kam nur durch Mittel der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Künstler zustande.<sup>6</sup> Auch der einzelne Amateur der Arbeiter-Fotografen-Bewegung im Deutschland der Weimarer Republik konnte aus seiner eigenen Tasche alleine nicht den Aufwand für die Bilder der Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ) bestreiten, erst die Organisation in Fotogilden und überregional im Verband der Arbeiterfotografen ermöglichte über

---

6 Vgl. Yochelson Bonnie: Berenice Abbott – Changing New York. Photographien aus den 30er Jahren. Das vollständige WPA-Projekt, München 1997.

die Jahre hinweg die Konstruktion eines „Klassen-Bildes“. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann sind es vor allem professionelle Fotografen, die sich neben dem eigentlichen Broterwerb der Welt des Sozialen zuwenden.

Zu diesen Kosten der Bildproduktion kommen die Kosten der Bildverteilung, der Veröffentlichung. Das Komitee gegen die Kinderarbeit bezahlte nicht nur den Fotografen, sondern auch die Flugblätter und anderes Schriftmaterial, in dem die Fotografien veröffentlicht wurden. Roy Stryker, Chef der Bildabteilung in der FSA, nutzte die Möglichkeiten der Behörde um unzählige Abzüge herzustellen und diese den Zeitungs-Redaktionen anbieten zu können und Ausstellungen damit zu bestücken. Die Arbeiterfotografie in Deutschland gab es in dieser Form nur, weil es auch eine AIZ gab.

Somit wird klar, betrachtet man die materiellen Grundlagen und Voraussetzungen einer massenwirksamen sozialdokumentarischen Fotografie, dass individuelle Abbildungsprojekte ohne Anbindung an eine organisierte und institutionalisierte Interessensgruppe geringere Chancen haben, gesellschaftlich relevant zu werden. Das Werk eines August Sander mag hierfür als Beispiel stehen, aber auch die späte Arbeiterfotografie eines Lewis W. Hine. Seinen „*work-portraits*“ mangelte es damals an einem Gebrauchswert für potenzielle Geldgeber und Hine wurde ein Fall für die Armenfürsorge.

Die Organisationen und Institutionen stellten aber nicht nur die notwendigen materiellen, sondern auch die geistigen Ressourcen bereit. Es bedarf ja nicht nur einer Zahlstelle, die Hotelrechnungen, Filme, Kameras, Benzin und Löhne bezahlt, sondern auch der ideologischen Unterfütterung einer Tätigkeit, die die Produktion von Weltdeutung zur Aufgabe hat, versteht man die Tätigkeit, einen Ausschnitt der sozialen Welt abzubilden, als ideologisch im Sinne von interessen geleitet und interpretierend. So reicht es nicht, den Fotografen mit technischem Wissen ausgestattet in die Welt hinaus zu schicken, er muss auch wissen, was er sehen soll. Eine mehr oder weniger ausgearbeitete Weltsicht und Weltanschauung – zumindest für bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche – ist somit eine der Grundlagen für eine Abbildungstätigkeit und eine derartige Weltsicht ist eng mit Organisationen (wie z.B. mit Parteien) und Institutionen verbunden.

Tritt einem die einzelne Fotografie gegenüber, so tritt einem auch, vermittelt über das Bild, die Gestaltungsmacht einer gesellschaftlichen Gruppe,

ihr Organisationsgrad und ihre Position im sozialen Raume gegenüber. Diese Position im sozialen Raume bedingt auch die Perspektive, unter der die Weltbilder des Sozialen konstruiert werden. Mit der Fotografie im Mittelpunkt existiert um diese Fotografie herum ein differenziertes soziales Beziehungsgeflecht von Auftraggebern, Ausführenden, Abgebildeten, Betrachtern und Adressierten. So sind die Abgebildeten der sozialdokumentarischen Fotografie in der Regel Angehörige des unteren Bereichs des sozialen Raumes, also die traditionell Armen (Obdachlose, Lumpenproletariat), Arbeiter, Landarbeiter, arme Bauern, kleine Handwerker, Arbeitslose, etc. Der Blick auf diese „Bewohner“ der unteren sozialen Regionen, dem „Unten“ gemessen an dem Grad der Ausstattung mit Kapitalsorten wie Einkommen/Vermögen und Bildung, fällt wiederum in der Regel „herab“ aus den mittleren Regionen des Sozialraumes. Die Auftraggeber und Initiatoren sozialdokumentarischer Abbildungsprojekte entstammen oft den (oberen) Mittelklassen; die Angehörigen des „*Progressive Movement*“ in den USA, die Reformer des New Deal, die Initiatoren des englischen „*Mass-Observation*“-Projekts sind Intellektuelle, Geschäftsleute, Politiker, Lehrer, Sozialarbeiter etc.

Jacob A. Riis:  
 „*Bandits' Roost*“  
 ca. 1890, Hand-colored glass lantern slide.  
 Abbildung:  
 Museum of the City of New York,  
 The Jacob A. Riis Collection, Nr. 90.13.5.59.



Wurden bisher die spezifischen Konstitutionsbedingungen der sozialdokumentarischen Fotografie dargestellt, bleibt die Frage nach den allgemeinen Bedingungen einer Sozialfotografie. Diese lassen sich wohl nur sehr grundlegend fassen: Mit der Existenz von gewichtigen sozialen Widersprüchen und Benachteiligungen innerhalb einer Gesellschaft, mit der Existenz von aktivierten gesellschaftlichen Gruppen und einer dieser Aktivierung zugrundeliegenden Weltansicht, schließlich mit der Existenz einer wie auch immer technisch gearteten Abbildungs- und Verbreitungsmöglichkeit. Allgemein bleibt die Bedingung, dass hinter dem Abbild – sei es als analoge Fotografie oder als Pixel-Bild – ein Geflecht sozialer Beziehungen erkennbar ist.

### Die fotografische Erforschung des Sozialen 1900-1920

Um 1900 ist das bildgebende Verfahren der Fotografie an die 60 Jahre alt.<sup>7</sup> Ähnliches gilt für die Industrielle Revolution, was Nordamerika und einige europäische Nationalstaaten betrifft. (Großbritannien war schon früher industrialisiert, Manchester zum Beispiel wurde bereits ab 1790 mit seinen Spinnereien zu einem Zentrum der Textilindustrie). Technische Neuerungen wie die Dampfmaschine, mechanische Webstühle, Hochöfen und schließlich der Verbrennungsmotor hatten die Wirtschaftsweise der nationalen Ökonomien tiefgehend und weitreichend verändert. In sozialer Hinsicht wurde diese Entwicklung wie erwähnt begleitet vom Entstehen einer neuen sozialen Klasse, der Arbeiterschaft. Die Menschen verließen ihre ländliche Heimat und zogen in die Städte, um durch die Arbeit in den Fabriken ein besseres Leben zu finden. In Deutschland fand so ab 1880 eine Wanderungsbewegung statt, die „alles bisher Dagewesene in den Schatten“ stellte.<sup>8</sup> Denn „in der Phase der Hochindustrialisierung waren Teile der Bevölkerung in einem heute kaum vorstellbaren Ausmaß mobil. Die Mobilität war dreimal größer als heute.“<sup>9</sup> Durch die Wanderströme büßten alte Siedlungsräume an relativem Gewicht ein und es

entstanden neue Metropolen. So verließen im damaligen Ostdeutschland (Ost- und Westpreußen bis Pommern) bis 1907 an die 2,3 Millionen Menschen ihre Heimat.<sup>10</sup>

In den Kohlerevieren des Ruhrgebietes und in den Eisenhütten von Pittsburgh/USA wandelten sich so die Bauern aus Polen und Sizilien zu Bergmännern und Stahlarbeitern. Mit der Entstehung der Arbeiterschaft einher ging aber auch das Aufkommen massiver sozialer Probleme. Denn die Arbeiter hatten nichts anderes als ihre Arbeitskraft, um sich durchzubringen und waren zunächst Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und Alter schutzlos ausgesetzt.

Ein dauerhaftes soziales Problem stellten dabei die Wohnverhältnisse dar. So hatten in Europa und den USA die großen Städte zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits ein enormes Wachstum der Bevölkerung und Ausdehnung ihrer Flächen hinter sich. In der deutschen Reichshauptstadt Berlin hatte sich die Zahl der Einwohner von rund einer Million in 1877 auf zwei Millionen in 1905 verdoppelt. Das kaiserliche Wien zählte 1914 an die 2,1 Millionen Einwohner, in der Einwandererstadt New York lebten 1910 an die 4,7 Millionen Menschen, 1890 waren es noch 2,5 Millionen gewesen.

Doch die Städte waren auf ein derartiges Wachstum nicht vorbereitet. Der Wohnungsbau blieb hinter der Nachfrage zurück, vor allem Arbeiterhaushalte mit niedrigen Löhnen konnten sich oft nur unzureichende Behausungen leisten. Die Berliner Mietskasernen und Hinterhöfe der Jahrhundertwende stehen beispielhaft für enge Wohnverhältnisse mit mangelnden hygienischen Bedingungen ohne ausreichende Lichtzufuhr und Belüftung. In New York sorgten immer neue Einwanderergruppen dafür, dass auch die schlechtesten Wohnquartiere noch einen Mieter fanden. Im Wien der Kaiserzeit lebten Obdachlose gar in der Kanalisation. Das Wohnungsproblem war eine der drängendsten sozialen Fragen dieser Zeit.

Für die bürgerliche Gesellschaft blieben die oft bedrückenden Lebensverhältnisse der Arbeiter und ihrer Familien eher im Dunklen. Um 1900 herum erschienen in Deutschland eine Reihe von populären Veröffentlichungen bürgerlicher Autoren, die sich der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter widmeten. Aufsehen erregte etwa die Studie des Theologen Paul Göhre „Drei Monate Fabrikarbeiter

---

7 Nimmt man die 1839 als fotografisches Verfahren eingeführte Daguerreotypie als Ausgangspunkt, vgl. Michel Frizot, (Hg.): Neue Geschichte der Fotografie, Köln 1998, S. 33 f.

8 Ritter (wie Anm. 4), S. 186.

9 Hartmut Häußermann/Walter Siebel: Soziologie des Wohnens, Weinheim 2000, S. 62.

---

10 Ritter (wie Anm. 4), S. 187.

und Handwerksbursche“ von 1891.<sup>11</sup> Die Welt der Armen und Arbeiter ist hier eine „terra incognita“, die es wie bei einer Expedition zu entdecken gilt, ein Abstieg in die untersten Etagen der Gesellschaft. „Aus der Tiefe“, nannte 1909 folgerichtig der Sozialforscher Adolf Levenstein seine Briefsammlung von Arbeitern.<sup>12</sup>

Und schließlich kam bei dieser „Erforschung“ der Welt der Arbeiter auch die Kamera zum Einsatz. Sie diente bei Aufklärungs- und Reformprojekten als technisches Mittel, um die kritisierten sozialen Verhältnisse durch Fotografien zu belegen, die Bilder dienten als Beweis. Jacob A. Riis fotografierte in New York die Elendsquartiere der Einwanderer, Hermann Drawe und Bruno Frei die Obdachlosen in den Abwasserkanälen und die Elendsquartiere von Wien. In Berlin fotografierte Heinrich Zille Alltagsszenen in den Straßen und die dortige AOK lies Lichtbilder von den Wohnungen der Arbeiter anfertigen. Eines der größten sozialen Dokumentationsprojekte führte Lewis W. Hine durch, er setzte sich für die Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken der USA ein. Absicht dieser sozialdokumentarischen Fotografie war dabei jeweils die Verbesserung der gezeigten und kritisierten Lebensverhältnisse.

### **Jacob A. Riis und die New Yorker Elendsquartiere**

Eines dieser sozialreformerischen Dokumentationsprojekte vor der Jahrhundertwende 1900 fand in der Einwanderermetropole New York statt. Die Stadt war erste Anlaufstation für die Abertausenden von Auswanderern, die auf Ellis Island von der Freiheitsstatue in der Neuen Welt begrüßt wurden.

Auch der Däne Jakob A. Riis (1849-1914) wanderte als 21-Jähriger in die Vereinigten Staaten aus und geriet 1870 als Arbeitssuchender in das Millionheer der Arbeitslosen, Tramps und Obdachlosen in der Zeit der ersten großen Wirtschaftskrise in den USA. Mehrere Jahre lang irrte er von Job zu Job durch die großen Städte der Ostküste, arbeitete u. a. als Tischler, Bergarbeiter und Maurer, unterbrochen von Perioden der

Arbeitslosigkeit.<sup>13</sup> Er versuchte sich als Verkäufer für eine dänische Möbel-Kooperative, für Bügel-eisen und für Bücher – und er scheiterte ebenso wie bei seinen ersten Versuchen als Journalist. In New York erlebte er die Slumgebiete am eigenen Leib: „Tagsüber suchte Riis nach Arbeit. Nachts ging er in die heruntergekommenen Viertel der Lower East Side, wie z.B. Five Points und Mulberry Road, und schlief in Mülltonnen oder in Hauseingängen der Mietskasernen.“<sup>14</sup> Erst 1877 gelang ihm der soziale Aufstieg, als er Polizeireporter bei der „New York Tribune“ wurde. Sein neuer Beruf brachte ihn über Gerichtsreportagen und die Berichterstattung über Verbrechen wieder zurück in die Elendsquartiere, diesmal als außenstehender Beobachter. Das Elend und die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Slums, in denen dichtgedrängt Dutzende von Menschen auf wenigen Quadratmetern lebten, lassen ihn zum engagierten Reformen werden, der gegen das Wohnungselend in den Mietskasernen zuerst nur mit der Feder und später mit Hilfe der Kamera zu Felde zog.<sup>15</sup>

Riis' Ausflüge in die Slums von New York zu Beginn der 1880er Jahre ähneln Expeditionen in gefährliche Regionen: Er und seine Fotografen tragen Pistolen bei sich und manche der Streifzüge stehen unter dem Schutz der Polizei. Bei einer ihrer Touren werden die Fotografen zum Beispiel von Frauen mit Steinbrocken beworfen.<sup>16</sup> Riis nutzt in den dunklen Kellern und nächtlichen Quartieren das Blitzlicht und diese Blitzlichtaufnahmen sind nach dem Prinzip „Flash and run“ („Blitze und lauf weg“) entstanden, wie einem zeitgenössischen Zeitungsbericht zu entnehmen ist: „Dann zündete das Magnesiumpulver und die Fotografen gaben Fersengeld, ohne auf die überraschte Reaktion der Opfer zu warten.“<sup>17</sup> Diese nächtlichen Ausflüge von Riis und seinen Fotografen, oft begleitet von Polizisten, gleichen - wie Riis selbst schildert - einem Überfall, bei der ein halbes Dutzend fremder Männer um Mitternacht mit großen „Pistolen“ (das Blitzlicht) in ein Haus eindringen und sich die

11 Paul Göhre: *Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche*, Gütersloh 1978 (1891).

12 Adolf Levenstein: *Aus der Tiefe*, Berlin 1909.

13 Vgl. Alexander Alland: *Jacob A. Riis. Photographer and Citizen*, New York 1974, S. 18 f.

14 J. B. Lane: *J. A. Riis and the American City*, London 1974, S. 19.

15 Riis selbst fotografierte erst seit Beginn des Jahres 1888, zuvor unterstützten ihn die Mitglieder der „Society of Amateur Photographers of New York“.

16 Vgl. Maren Stange: *Symbols of Ideal Life. Social Documentary Photography in America 1890-1950*, Cambridge 1989, S. 23.

17 Ebd.





Jacob A. Riis:  
 „Five Cents A  
 Spot“, um 1890  
 Abbildung:  
 Museum of the  
 City of New York,  
 The Jacob A. Riis  
 Collection, Nr.  
 90.13.4.158

verschreckten Einwohner durch Fenster und über Feuertreppen in Sicherheit zu bringen versuchen.<sup>18</sup>

Eine der von Riis benutzten Blitzlicht-Fotografien trägt den bezeichnenden Namen „Durch das Blitzlicht geweckt“ (1887) und zeigt mehrere Frauen in einem Nachtsyl der New Yorker Polizei: Auf hölzernen Gestellen sitzend, sind sie durch das Blitzlicht aus dem Schlaf gerissen, hinter ihnen sind Strümpfe und andere Kleidungsstücke zum Trocknen aufgehängt. In einem Artikel in der New York „Sun“ (1888) beschreibt Riis die drei Frauen als drei verschiedene Typen von Benutzerinnen des Nachtsyls: Die erste reagiere mit „dreister Gleichgültigkeit“, die zweite mit „Schamgefühl“ und die dritte mit „ärgerlichem Trotz“ auf Fotograf

und Besucher.<sup>19</sup> Diese Beschreibung ist auch ein Beispiel für die Ungeschütztheit und die soziale Verwundbarkeit dieser Frauen in Armut.

Riis veröffentlicht schließlich 1890 sein bekanntestes Buch: „*How the Other Half Lives*“. Es schildert die Lebensbedingungen ethnischer Gruppen wie der chinesischen, der schwarzen oder der jüdischen Bevölkerung in ihren Vierteln, thematisiert das Leben der Straßenkinder und prangert die Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt an – ergänzt durch statistisches Material, zum Beispiel über die Bevölkerungsdichte in New York oder die Zahl der Sterbefälle in den Mietwohnblocks. Sein Blick ist der des individuellen Reformers und sein moralisch-sozialer Appell richtet sich an die philanthropische Ader des Besitzbürgertums. Dieser Appell stützt sich dabei vor allem auf die Warnung vor den Gefahren, die von den „gefährlichen

18 Vgl. Jacob A. Riis: *The Making of an American*, New York 1907, S. 268: „The spectacle of half a dozen strange men invading a house in the midnight hour armed with big pistols which they shot off recklessly was hardly reassuring, however sugary our speech, and it was not to be wondered at if the tenants bolted through windows and down fire-escapes wherever we went.“

19 Vgl. Stange: S. 24. Wie etliche der von Riis gezeigten Fotografien stammt diese nicht von ihm selbst, sondern von Richard Hoe Lawrence, einem Mitglied des Amateurfotoclubs.



Hermann Drawe:  
Ein Stammgast  
aus dem Sammel-  
kanal, aus:  
Durch die Wiener  
Quartiere des  
Elends und Ver-  
brechens, 1908.  
Das Foto zeigt  
einen Wohnungs-  
losen, der in  
einem Wiener  
Abwasserkanal  
haust.  
Abbildung:  
Österreichisches  
Volkshochschul-  
archiv, Licht-  
bildersammlung  
Urania Wien,  
Schatulle 99: B 7,  
Nr. 7831, V. 132.

Klassen“ ausgehen, sollte sich das Bürgertum der Pflicht entziehen, notwendige Reformen zu unterstützen. So weist Riis in der Einleitung zu *„How the Other Half Lives“* mahndend darauf hin, dass die Geduld der im Schatten lebenden „anderen Hälfte“ irgendwann zu Ende sein könnte. Aktuell warnt er seine Zeitgenossen vor den Slums als den Brutstätten von Seuchen, die den Tod sowohl zu den Reichen wie den Armen brächten, als den Kinderstuben von Armut und Verbrechen, als dem Ursprung von Bettlern, Vagabunden und menschlicher Wracks, die die Gesellschaft bedrohen.<sup>20</sup>

Neben dieser Buchveröffentlichung hält Riis Vorträge, seine Bildschauen werden in Kirchen und bei Wohltätigkeitsorganisationen gezeigt. So hält er zum Beispiel von Januar bis zum April 1902 auf einer Tour, die ihn vom Osten in den Mittleren Westen und wieder zurück nach New England bringt, an

die 70 Vorträge.<sup>21</sup> Die Dokumentation des (Wohn-)Elends in den Slums bietet den Zuschauern eine „Excursion“ in die wüsten Zonen der (städtischen) Gesellschaft, ohne sich dabei den Gefahren und Zumutungen der dortigen Lebensbedingungen aussetzen zu müssen.

Die Reformbemühungen von Jacob A. Riis münden schließlich in Verbesserungen der Wohnbedingungen, einer neuen Gesetzgebung und der Schließung der von der Polizei betriebenen Notquartiere. Der damalige Polizeipräsident von New York, Theodore Roosevelt, war ein dankbarer Leser des Buches *„How the Other Half Lives“*, das in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zur Pflichtlektüre von Sozialarbeitern und Sozialreformern wurde. ■

(Fortsetzung im nächsten Heft)

20 Vgl. Jacob A. Riis: *How the other Half Lives*, New York 1970 [1890], S. 5.

21 Vgl. Alland (wie Anm. 13), S. 38.

## ZUM STREIT ÜBER DIE „ZEITENWENDE“ WIE DER ÖFFENTLICHE DISKURS ÜBER DEN RICHTIGEN UMGANG MIT RUSSLANDS ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT POLARISIERT

---

Ein Wochenende lang beherrschte der „Marsch der Wagner-Truppen“ Richtung Moskau im Juni die Nachrichten weltweit. Bisher sind die Hintergründe unklar; der vermeintliche Aufstand der Söldnerarmee endete ebenso schnell, wie er begonnen hatte. Unter ihrem Chef Jewgeni Prigoschin spielte die in vielen Krisenregionen auf der ganzen Welt agierende „Wagner-Gruppe“ im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eine bedeutende Rolle, vor allem in der stark umkämpften Region Bachmut. Welche längerfristigen Auswirkungen dieses Ereignis auf die innen- und außenpolitische Situation Russlands, auf die Stellung von Präsident Putin und militärisch auf den Krieg gegen die Ukraine haben wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Gerade in Zeiten, in denen das System Putin Risse zu bekommen scheint, bleibt die Frage wichtig, wie sich Deutschland und seine Verbündeten Russland gegenüber positionieren sollen. In diesem Zusammenhang wird u.a. weiter kontrovers diskutiert, ob der Ukraine zusätzliche militärische Unterstützung gewährt werden kann. Nachdem die Anfang des Jahres von der Bundesregierung bekanntgegebene Unterstützung durch Leopard-Kampfpanzer bereits begonnen hat, stehen nun die mögliche und von der ukrainischen Führung nachdrücklich geforderte Lieferung von Kampffjets sowie generell

der Umgang mit Russland im Fokus der Auseinandersetzung.

Die Landeszentrale als überparteiliche Instanz möchte dieser essentiellen Debatte ein Forum geben, indem sie verschiedene Stimmen zu Wort kommen lässt. Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Den Anfang machte in der Ausgabe 1/23 von Einsichten+Perspektiven Klaus Gestwa, Osteuropaspezialist von der Universität Tübingen, der sich eindeutig für die weitere, auch militärische Unterstützung der Ukraine positionierte. Eine Vielzahl an Zuschriften unserer Leserinnen und Leser spiegelte die Kontroversität der Diskussion wider: Die Bandbreite der Meinungen reichte dabei von absoluter Zustimmung zur Position Gestwas bis zu harscher Kritik an der Politik der Bundesregierung.

In diesem Heft stellt Erich Vad, Unternehmensberater und Brigadegeneral a. D. seine Einschätzung der Lage dar. Er war von 2007 bis 2013 Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates und militärpolitischer Berater der damaligen Bundeskanzlerin. ■

→ Wollen Sie Ihre Meinung mit uns teilen?  
Schreiben Sie dazu gerne unter:  
[landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de)

# ZUR DISKUSSION GESTELLT

Zum Streit über die „Zeitenwende“

2

## MEHR STRATEGIE WAGEN WESHALB INTERESSENGELEITETE POLITIK DEN FRIEDEN EHER BEWAHRT ALS REIN WERTEGESTEUERTE AUßENPOLITIK

von Erich Vad



Kriegsgeschehen  
in der Nähe von  
Bachmut im April  
2023

Foto: picture  
alliance/AA/  
Fotograf: Diego  
Herrera



## **Krieg gegen die Ukraine – militärisch-operative Lagebeurteilung<sup>1</sup>**

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist zum Abnutzungskrieg geworden. Nach Angaben des US-Generalstabschefs Mark Milley forderte er bereits in kurzer Zeit mehr als 200.000 gefallene und verwundete Soldaten, über 40.000 zivile Tote. Und er führte zu Millionen von Flüchtlingen. In der militärischen Lagebeurteilung kann man eine historische Parallele zum Ersten Weltkrieg ziehen: Damals wurde in einem weitgehenden Stellungskrieg die gegenseitige militärische Abnutzung der Kräfte vorexerziert. Dies führte 1916 in der sogenannten ‚Blutmühle von Verdun‘ zum Tod von fast einer Million junger Franzosen und Deutscher; sie sind sinnlos gefallen. Die Kriegsparteien verweigerten in der Folge politisch-diplomatische Verhandlungen. Dies führte zu weiteren Millionen Toter, die militärische Situation für die damaligen Kriegsparteien änderte sich substantiell aber nicht. Die Abnutzungsstrategie hat militärisch nicht funktioniert; es ist sehr zweifelhaft, ob sie das in der Ukraine im Jahre 2023 tun würde.

Aus militärischer Sicht muss mit Blick auf unsere Unterstützung der Ukraine mit erheblichen Waffenlieferungen, die seit kurzem auch Kampfpanzer und bald Kampfjets umfassen, gefragt werden: Was sollen diese Waffenlieferungen militärisch-operativ konkret bezwecken? Geht es darum, Russland zu besiegen, wie manche fordern? Geht es um die Rückeroberung der Krim und des Donbass? Geht es darum, den derzeitigen Abnutzungskrieg aufrecht zu erhalten? Oder geht es darum, die Ukraine lediglich militärisch zu stabilisieren, um ihre spätere politische Verhandlungsposition zu stärken?

Um die Krim oder den Donbass zurückzuerobern reichen angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses im Raum selbst hunderte Schützen- und Kampfpanzer allein nicht aus. Auch der diskutierte Einsatz von westlichen Kampfjets wird angesichts der russischen Luftüberlegenheit und eines gewaltigen Potentials verfügbarer russischer Kampfjets an der militärischen Gesamtlage nichts substantiell ändern können. In der Ostukraine haben die Russen (Stand: Mai 2023) trotz heftiger und zum Teil erfolgreicher Gegenwehr der Ukrainer weitgehend die Initiative zurückgewonnen. Solange

die NATO nicht als Ganzes Kriegspartei wird, muss man sich bei allen Überlegungen zur künftigen Ausgestaltung der westlichen Militärhilfe der rein numerischen militärischen Überlegenheit der Russen gegenüber der Ukraine gewärtig sein. Russland hat, anders als die Ukraine, noch nicht das Kriegsrecht oder eine Generalmobilmachung ausgerufen. Bereits ohne beides könnte Russland – im Gegensatz zur Ukraine – weitere Millionen von Reservisten mobilisieren. Über solch gewaltige personelle Reserven verfügt die Ukraine nicht. Sie kann nicht unbegrenzt ihre personellen Verluste ersetzen. Zudem verringern sich die russischen Waffen und Munitionsvorräte absehbar nicht substantiell und qualitativ entscheidend. Die Ukraine ist hingegen von Lieferungen des Westens abhängig. Sie hängt regelrecht am Tropf dieser Zuflüsse an Material und Ausrüstung und ist nur so militärisch überlebens- und handlungsfähig. Hinzu kommt die militärische Eskalationsdominanz Russlands in allen Waffensystemen bis hin zu Nuklearwaffen.

Russland ist die stärkste Nuklearmacht der Welt. Die russische Militärdoktrin sieht den Kernwaffeneinsatz vor, wenn russisches Territorium bedroht ist. Ob legitim oder nicht: Die Krim gehört in der russischen Perzeption dazu. Das muss in die militärische Lageanalyse einfließen und kann über den Weg politischen Wunschenkens nicht weggedacht werden, wenn man keinen Nuklearkrieg in Europa will.

Der Ruf nach zusätzlichen, weiter reichenden, stärkeren und auch Russlands Staatsgebiet treffenden Waffen – aktuell mehr Panzer und Kampfflugzeuge – ist aus ukrainischer Sicht verständlich. Das Land liegt unter dem Feuer von russischen Marschflugkörpern und Kurzstreckenraketen. Starke russische Kräfte stehen auf einer rund 1.200 Kilometer langen Frontlinie ukrainischen Verteidigern gegenüber, die ohne solche Waffenlieferungen einer russischen Eskalationsdominanz im Operationsgebiet kräftemäßig kaum etwas entgegenhalten könnten. Bei grundsätzlich militärischer Unterlegenheit helfen der Ukraine der Zugang zu westlichen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und die Verfügbarkeit von Aufklärungs- und Zieldaten. Dies schließt operativ-taktische Überraschungsangriffe Russlands weitgehend aus. Es war auch ein Grund, weshalb der schnelle militärische Zugriff auf Kiew zu Beginn des Krieges scheiterte, den so gut wie alle Experten erwartet hatten. Die Verfügbarkeit von Aufklärungs- und Zieldaten westlicher Dienste ermöglichte es der Ukraine, von russischer Seite weniger überrascht zu werden, sowie, durch regionale Schwerpunktbildungen begrenzte, allerdings

---

<sup>1</sup> Bei dem Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte und erweiterte Fassung eines Gastkommentars des Autors, der erstmals in der Neuen Züricher Zeitung am 16. Mai 2023 publiziert worden ist.

# Atomare Rüstung

Anfang 2023 besaßen neun Länder geschätzte **12 512 Atomwaffen**, von denen **3844 sofort einsatzbereit** waren.

geschätzte Anzahl der Atomwaffen weltweit

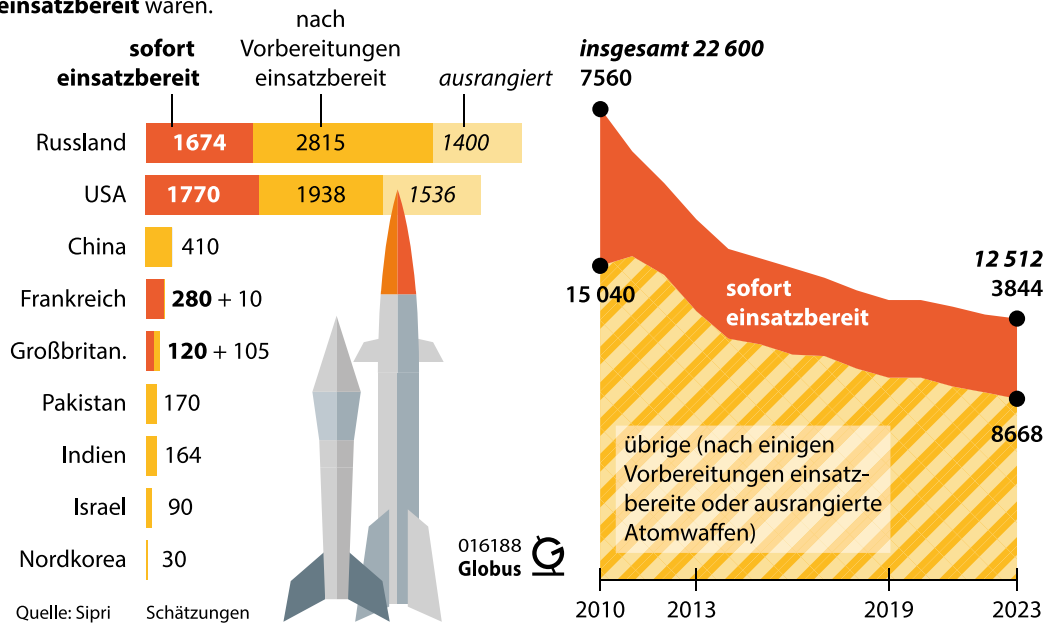


Abbildung: picture alliance/dpa

nicht nachhaltige militärische Erfolge während der Sommermonate 2022 zu erzielen.

Die Situation im Frühjahr 2023 zeigt, weiterhin ein militärisches Patt. Es ist zweifelhaft, ob die erwartete Offensive der Ukrainer das substantiell ändern kann. Regional begrenzte Erfolge, Einbrüche in eine tief gestaffelte russische Verteidigung der Ukrainer sind bei der zu erwartenden Frühsommeroffensive - wie bereits im Herbst 2022 - denkbar. Aber ein nachhaltiger Einfluss auf die militärische Gesamtlage durch die damaligen ukrainischen Offensiven war schon im Sommer/Herbst 2022 nicht abzusehen. Das wäre auch erkennbar gewesen, wenn man sich nicht an Wunschdenken, sondern an eine vorurteils- und vor allem emotionsfreie militärische Lagebeurteilung gehalten hätte. Ähnlich wie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn,<sup>2</sup> bezweifelte auch der Autor einen *nachhaltigen* Erfolg der ukrainischen Offensiven im Sommer/Herbst 2022 aufgrund der russischen Eskalationsdominanz und ihrer puren numerischen Überlegenheit. Trotz westlicher Waffenlieferungen prognostizierte der Autor sehr früh die - dann auch eintretende - militärische Pattsituation, einen langen Abnutzungskrieg und das Scheitern einer rein

militärischen Lösung des Krieges, wie sie von vielen deutschen Politikern - begleitet von einer bisweilen erschreckend undifferenzierten Kriegsrhetorik - gefordert wurde.<sup>3</sup>

Mit militärischen Mitteln allein scheint der kriegerische Konflikt weiterhin nicht auflösbar zu sein. Mark Milley, US-Generalstabschef, und eine Studie der US-regierungsnahen Rand-Cooperation bewerten es ähnlich. Milley gab öffentlich erstmals am 9. November 2022 in einem Interview mit CNN seine Bewertung des Ukrainekrieges ab. Er bekam dafür - ähnlich wie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn - viel Kritik; in deutschen Medien wurde seine Lagebewertung erst sehr spät und unvollständig verbreitet. Dabei muss man davon ausgehen, dass ein Generalstabschef der Vereinigten Staaten von Amerika eine solche öffentliche Bewertung, die politische Wirkung entfalten musste, nur mit zumindest stillschweigender Zustimmung der höchsten politischen Entscheidungsinstanz hatte

2 S. dazu Der Spiegel v. 15.09.2022.

3 S. z.B. RTL-Interview Erich Vad mit Vivian Bahlmann vom 9. September 2022 sowie Beiträge und Interviews in der Goslar'schen Zeitung v. 04.10.22 und in der Rhein-Neckar-Zeitung von 22.10.22. Ein zusammenfassendes Bild über die militärische Lage und die Perspektiven des Ukrainekrieges lieferte der Autor in einem ntv-Interview am 7.11.22 und am 24.11.2022 mit Tamara Bilic.

veröffentlichen können. Es ist auch die Bewertung des Autors dieser Zeilen, dass ein militärischer Sieg der Ukraine nicht zu erwarten ist und dass daher Verhandlungen der Weg sind, den für beide Seiten immer verlustreicher werdenden Abnutzungskrieg zu beenden. Eine Fortführung könnte zu unkontrollierbarer Eskalation führen, zu sogenannten Rutschbahneffekten und Eigendynamiken und damit zu Prozessen, welche – darin besteht eine besondere Gefahr – der Westen politisch und die NATO militärisch nicht mehr steuern könnten.

### **Kampfpanzer für die Kriegswende?**

Um es beispielhaft aufzuzeigen, wie politisch und militärisch komplex das in der Ukrainedebatte in Deutschland stark vereinfachte und hochemotionale Thema „Panzerlieferungen“ ist: Die Ende Januar 2023 getroffene politische Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, der Ukraine 18 Leopard-2-Kampfpanzer aus dem Bestand der Bundeswehr zu liefern, kann auf die Kämpfe im Frühsommer in der Ukraine kaum eine operativ-militärische Auswirkung haben. Die Verlegung von Panzern ist kein banaler Autotransport: Der Leopard 2 ist ein Hochwertwaffensystem, das von den Russen kaum unbemerkt über Ostpolen und dann über mehr als 800 Kilometer durch die Westukraine in die Einsatzgebiete über Schiene und/oder Straße transportiert werden muss – im Wirkungsbereich der russischen Luftwaffe, russischer Cruise Missiles und von Kurzstreckenraketen. Irgendwann treffen sie stückweise mit den Panzern einiger Partner ein und werden mit hoffentlich gut ausgebildeten ukrainischen Besatzungen gekoppelt. Die Besatzungen müssen in der Lage sein, diese Kampfpanzer technisch zu bedienen und einzusetzen. Ob die Qualität und Erfahrung der Besatzungen, Kommandanten und Verbandsführer auch für das Gefecht miteinander verbundener Waffensysteme gilt, ist – abgesehen von der wichtigen Frage der Verfügbarkeit von Begleitartillerie, Pionieren, Luftstreitkräften, Luftabwehrfähigkeiten etc. – mehr als fraglich. Dafür ist langjährige Erfahrung notwendig. Zudem benötigt man für den Einsatz von Kampfpanzern ein relativ offenes Gelände sowie die Luftherrschaft über dem Operationsgebiet, insbesondere gegen Drohnenangriffe, über die die Ukrainer so aber nicht verfügen. Im urbanen Umfeld wiederum sind Panzer weitgehend unbrauchbar und hochgefährdet. Die logistisch-technische Betreuung

muss tagtäglich erfolgen, Betriebsstoff und Munition müssen über weite Entfernungen verlässlich herangeführt werden. Ohne dies alles stehen Panzer schnell als unbrauchbare Wracks am Wegesrand, oder sie wandern – wie bei anderen westlichen Waffensystemen der Fall – als Beutefahrzeuge in die militärischen Bestände des russischen Aggressors. Wenn alles optimal verlief, könnten im Sommer ein bis zwei mit westlichen Waffensystemen voll ausgestattete Panzerbataillone mit rund 60 Kampfpanzern in der Ostukraine zusammengezogen werden. Es muss klar gesagt werden: Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Forderungen des ukrainischen Generalstabschefs an den Westen zielten auf die Verfügbarkeit von mindestens 300 Kampfpanzern. Für eine erfolgreiche Offensive bräuchte die Ukraine zudem die drei- bis fünffache Überlegenheit. Diese können die Ukrainer wahrscheinlich nur punktuell und regional begrenzt erzielen. Ein in der Öffentlichkeit wenig bekanntes Problem ergibt sich für Deutschland zusätzlich: Anfang 2023 verfügte die Bundeswehr selbst nur über 90 einsatzfähige Panzer, davon waren acht Leopard-Panzer in Litauen stationiert. Abzüglich der 18 aus eigenen Beständen gelieferten Modelle dieser Art hat die Bundeswehr derzeit lediglich rund 64 Kampfpanzer zur Verteidigung gegen einen Angriff zur Verfügung. Das nach seiner Bevölkerungszahl viel kleinere Finnland (5,5 Millionen Einwohner) verfügt über rund 200 einsatzbereite Leopard-2-Panzer, die Schweiz (8,8 Millionen Einwohner) über 134 Leopard-Kampfpanzer.<sup>4</sup>

### **Standortbestimmung**

Die politisch vehement diskutierte und in Deutschland medial massiv unterstützte Entsendung moderner westlicher Kampfpanzer wird an der militärischen Gesamtlage nichts substantiell ändern. Es werden im Sommer 2023 maximal rund 60 westliche Kampfpanzer, davon 18 Leopard 2 aus den Beständen der Bundeswehr, für die ukrainische Armee operativ verfügbar sein. Die Anzahl ist weit entfernt von den Forderungen des ukrainischen Generalstabes. Die entscheidende militärstrategische Frage bei Waffenlieferungen bleibt jedoch: Wie will man einen derartigen Konflikt

---

4 Vgl. Patrick Mayer, in: [www.merkur.de](http://www.merkur.de) vom 6.3.2023 [Stand: 30.05.2023].

perspektivisch mit einer kriegerischen Nuklearmacht durchstehen, ohne in Gefahr zu geraten, sich spätestens in der Endphase einem Krieg ausgesetzt zu sehen, der nuklear geführt wird und nicht nur Russland und die Ukraine erfasst?

## Geopolitische Interessen

Der Krieg Russlands gegen ein Nachbarland ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Es ist richtig, dass der Westen unter Führung der USA auf Seiten der Ukraine steht und dem Land hilft: finanziell, mit Rüstungsgütern, Waffen, bei der Flüchtlings-thematik u.v.a. Der Fokus auf Waffenlieferungen ist problematisch. In der emotionsgeladenen Debatte um den Ukrainekrieg spielen im Westen, vor allem in Europa und in Deutschland, strategische Gesichtspunkte kaum eine Rolle. Eine europäische Vision und Strategie zur Frage, wie mit Russland als Nachbarland perspektivisch umgegangen werden sollte, fehlt. Der Westen besitzt im Ukrainekrieg kein politisch-strategisches Konzept, er hat bislang weder den politischen „end-state“ definiert noch realistische politische Ziele formuliert.

Waffenlieferungen zur Stabilisierung bleiben wichtig. Aber zu keinem Zeitpunkt wurden, wie oben erwähnt, die politischen und strategischen Ziele der Waffenlieferungen definiert und die diesbezüglichen Fragen beantwortet. Ohne ein politisch-strategisches Gesamtkonzept, das den Clausewitz'schen Primat der Politik sicherstellt und bereits den möglichen Frieden nach dem Krieg im Blick hat, haben Waffenlieferungen begrenzten Wert. In der Denktradition von Clausewitz<sup>5</sup> bewegt sich der Westen ständig auf der taktischen Ebene und droht die politischen und strategischen Perspektiven aus den Augen zu verlieren.

Ein solches Vorgehen genügt den Anforderungen des Tages, es übersieht jedoch schlichte, geopolitisch wesentliche Tatsachen, z.B., dass die Ukraine an Russland grenzt. Ein Zugriff des für Russland geopolitischen Rivalen in Eurasien, dies sind die USA, in dieser Region ist für die Russen so wenig hinnehmbar, wie es der Verlust der Kontrolle der Karibik oder des Panamakanals für die USA oder wie es der

Verlust der Kontrolle über das Südchinesische Meer und Taiwan für China wären. Vor diesem Hintergrund kann und wird sich Russland aus geopolitischen und aus strategischen Gründen aus dem Donbass und der Krim nicht zurückziehen. Und: Russland wird nach dem Ukrainekrieg nicht von der Landkarte verschwunden sein. Eine wichtige Frage, die in der Debatte um den Ukrainekrieg nicht vorkommt, stellt sich hier: Wäre eine militärische Niederlage Russlands – sofern die bei einer Nuklearmacht möglich ist – überhaupt aus der westlichen Interessenlage heraus wünschenswert? Wer sollte ein solches überdimensional großes strategisches Vakuum in Eurasien füllen, beispielsweise die über hundert unterschiedlichen Föderationssubjekte, Regionen und Oblaste der Russischen Föderation zusammenhalten? Vom Ende her strategisch gedacht können ein militärischer Sieg über Russland und die damit einhergehende zwingende Destabilisierung des Landes nicht im westlichen politisch-strategischen Interesse sein.

2008 war das dem Westen sehr klar. Auf dem damaligen NATO-Gipfel in Bukarest sprachen sich Deutschland und Frankreich gegen eine schnelle Aufnahme der Ukraine in die NATO aus. Die NATO schätzte die strategische Interessenlage von West und Ost damals richtig ein, beurteilte sie realistisch und hatte sich der von den Deutschen vorgebrachten Analyse angeschlossen. Wesentliche Gründe dafür waren die damalige innere Verfasstheit der Ukraine und das Überschreiten einer – aus Sicht Russlands – roten Linie. Konsequenz wäre sonst schon damals, 2008, Krieg gegen die Ukraine gewesen. Im Falle Georgiens wurde er von Russland 2008 geführt.

Der gleichzeitige Kompromiss allerdings, für die Ukraine die Perspektive einer NATO-Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten, könnte ein Fehler gewesen sein: Es gab und gibt nämlich kein Souveränitätsrecht eines Landes auf NATO-Mitgliedschaft. Diese Perspektive war auch nur schwer mit Artikel 10 des NATO-Vertrages kompatibel, denn sie gefährdete die Sicherheit des Bündnisses eher, als dass es sie förderte. Zudem befeuerte dies die russische Darstellung einer bedrohlichen NATO-Ost-Erweiterung, nicht zuletzt durch den Wunsch der Ukraine, NATO-Mitglied zu werden. Das könnte 2014 nicht unwesentlich zur Annexion der Krim und zum völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 mit beigetragen haben. Historiker werden letztlich abschließend bewerten, ob und wenn ja wie man den Ukrainekrieg politisch hätte verhindern können.

---

5 Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz (1780-1831) war ein bedeutender preußischer General, Militärreformer und Kriegshistoriker. Sein Buch „Vom Kriege“ gilt noch heute als ein Standardwerk für kriegstheoretische Studien. Der Autor hat zum Thema „Die Bedeutung von Clausewitz heute“ bei dem israelischen Militärgeschichtler Jehuda L. Wallach promoviert.

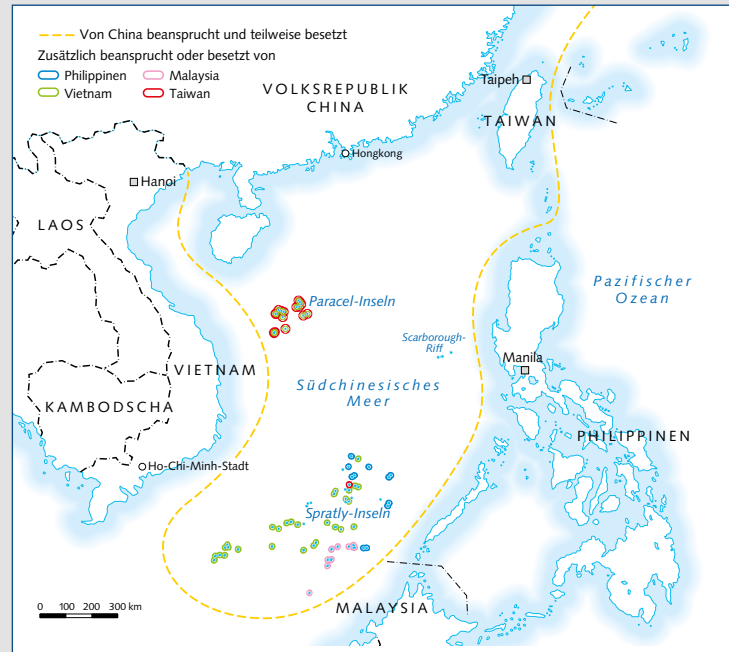


## Strategischer Realismus

Man darf beim Ukrainekrieg nicht außer Acht lassen, dass die strategische Bedeutung der Schwarzmeerregion vergleichbar ist mit derjenigen der Karibik oder der Panamakanal-Region für die Sicherheit der USA. Ungeschriebenes Gesetz der US-Außenpolitik ist und bleibt die Monroe-Doktrin<sup>6</sup> des frühen 19. Jahrhunderts. Die Kubakrise 1961/1962 und die vielfältigen Interventionen der USA in Lateinamerika und in der Karibik während der letzten Jahrzehnte sind nur vor ihrem Hintergrund zu verstehen. Ich persönlich kritisiere das nicht: Die USA sind nach wie vor wichtigster Verbündeter. Das ist gut so. Denn wer fühlte sich nicht in einer westlich-transatlantischen Welt mit den USA wohler als unter russischer oder chinesischer Herrschaft?

Die strategischen *Facts and Figures* sind und bleiben Teil der Internationalen Beziehungen. Daran kann keine noch so wertorientierte Außenpolitik etwas ändern. Sie sollten in jede politische Lageanalyse einfließen und beachtet werden. Unsere Werte, Normen und das Völkerrecht, in dem es auch um Deutungshoheit und Interpretationsspielräume geht, zählen selbstverständlich. Wenn aber eine Macht in der strategischen Interessensphäre einer anderen Macht interveniert, gibt es, angefangen von diplomatischem Ärger bis hin zu realen Konflikten, vieles, das im Extremfall zum Krieg führen kann. Führt diese eine Nuklearmacht, ist besondere Vorsicht geboten – übrigens auch beim Aggressor, der dies alles auch weiß und in sein Kalkül einstellen wird. Es lassen sich Dutzende Beispiele für Interventionen in konkurrierenden Machtbereichen anführen. Ich denke, Beispiel Israel, an die strategische Bedeutung der Golanhöhen oder der Straße von Tiran zwischen dem Sinai und Saudi-Arabien, die für die Sicherheit Israels aus strategischen Gründen seit Jahrzehnten und bis zum heutigen Tag nicht verhandelbar sind. Für das NATO-Mitglied Türkei gilt gleiches, ein Land, das in Syrien und Irak militärisch interveniert, parallel zum russischen Überfall auf die Ukraine, und im gleichen Zeitraum die Kurden bekriegt. Die Türkei reklamiert für ihre strategischen Interessen – Völkerrecht und territoriale Integrität seiner Nachbarländer hin oder her – eine strategische Sicherheitszone in Syrien und

im Irak. Ein freies Kurdistan wird die Türkei aus strategischen Gründen nicht dulden, selbst wenn völkerrechtliche Prinzipien wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker anderes fordern. Die Türkei hat außerdem einen strategischen Interessenkonflikt in der Ägäis mit Griechenland. Wären beide Länder nicht in der NATO, hätte dieser Konflikt sich zu einem Krieg ausweiten können.



China wiederum geht es um die strategische Vorherrschaft im Südchinesischen Meer. Wie eine maritime Perlenkette verbindet das von den USA geführte „maritime Containment Chinas“ faktische und potentielle Verbündete der USA: von Japan über Südkorea, Taiwan, den Philippinen, Vietnam, Malaysia, Indonesien, Singapur bis nach Indien. Der laufende Territorialkonflikt Chinas mit Japan, Taiwan, Vietnam, den Philippinen und Malaysia um einzelne Inselgruppen im Südchinesischen Meer muss in diesem größeren Kontext gesehen werden. Das Südchinesische Meer verbindet Pazifik und Indischen Ozean. Aus geostrategischer und ökonomischer Sicht, mit Blick auf die Öl- und Gasvorkommen, bleibt den Chinesen strategisch kaum eine andere Wahl, als hier hart zu bleiben – ähnlich übrigens wie für die Russen – bei diesen ist es der Blick auf Krim und Schwarzes Meer, oder, für die USA – mit Blick auf die Karibik. Das gilt auch für die strategische Position Taiwans. Es ist für China das Tor in den Pazifik. Und deshalb wird man den aktuellen Streit niemals ideologisch, nur politisch und pragmatisch lösen können.

Chinesische Interessenssphären im Südchinesischen Meer: ein Beispiel für strategische *Facts and Figures* als Teil der internationalen Beziehungen  
Karte: Peter Palm, Berlin

6 Die Monroe-Doktrin (verkündet in einer Rede des US-Präsidenten James Monroe, 1823) sah vor, dass die USA sich nicht in europäische Verhältnisse einmischen würden, dass aber auch keinem europäischen Staat die Einmischung in amerikanische Verhältnisse oder die Schaffung von Kolonien in Amerika gestattet sein sollte („Amerika den Amerikanern“).

Das wissen die Amerikaner genau: Ließen sie diese strategischen Faktoren außer Acht, führte das unweigerlich in einen militärischen Konflikt.

Während der Ukrainekrieg andauert, geht es im jemenitischen Bürgerkrieg im Kern um einen Stellvertreterkrieg zwischen dem machthungrigen Iran und Saudi-Arabien, das von den USA aus geostrategischen Gründen unterstützt wird – trotz einer diktatorischen Regierung, massiven, systematischen Menschenrechtsverletzungen und trotz mittlerweile über 400.000 Ziviltoten in diesem seit Jahren tobenden Bürgerkrieg.

Indien wiederum ist für die USA strategisch im Containment gegen China bedeutend. Aus strategischer Sicht sind hier übrigens die engen militärtechnologischen und wirtschaftlichen Beziehungen und die laufenden Energielieferungen Russlands nach Indien deswegen für die USA sekundär. Folgerichtig wird es den Deutschen erlaubt, über Indien russisches Gas und Öl zu beziehen, wesentlich teurer als direkt aus Russland.

### **Die NATO vor der Zweifrontenlage?**

Mit Blick auf den Ukrainekrieg geht es auch darum, zwischen einer freien Bündniswahl der Ukraine und strategischer Balance und Stabilität in Europa abzuwägen. Aus geostrategischer Sicht ist eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland so wenig akzeptabel wie es z.B. für die USA ein Beitritt Kanadas zur Eurasischen Union Russlands oder wie es eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans für China oder ein freies Kurdistan für die Türkei wären. Deshalb ist die Forderung, den Russen die Kontrolle über die Krim und die Gebiete mit großer russischsprachiger Bevölkerung in der Ukraine zu überlassen oder dem Donbass weitestgehende Autonomie zu gewähren, aus strategischer Sicht realistischer, als auf das, wie oben erläutert vermeintliche Recht auf freie Bündniswahl oder auf einen langandauernden Abnutzungskrieg mit hohem Eskalationspotential zu setzen.

Aus rein strategischer russischer Sicht ist die NATO durch Osterweiterung bedrohlich nah an russische Grenzen gelangt. Waren es nach Ende des Kalten Krieges rund zweitausend Kilometer von dem ostwärtigen Rand der NATO bis Moskau, sind es heute rund tausend Kilometer. Wenn die Ukraine NATO-Mitglied würde, wären es weniger als achthundert Kilometer.

Gleichwohl: Die Sicherheitsgarantien der Garantiemächte des Budapester Memorandums von 1994 (USA, GB, R) für die Ukraine bei ihrer damaligen

Aufgabe der Nuklearwaffen haben offensichtlich nicht gewirkt. Eine ebenso realistische Option wäre es, ob man nicht doch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, eingebettet in eine europäische Sicherheitsarchitektur und unter der Bedingung des ukrainischen Verzichts auf umstrittene Territorien – Krim/Donbass – erwägen sollte unter der Bedingung, dass keine NATO-Truppen und Waffensysteme, die Russland erreichen können, permanent in der Ukraine stationiert würden. Unter solchen Voraussetzungen könnte – ähnlich wie die Akzeptanz der früheren Sowjetunion zur NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland – eine NATO-Mitgliedschaft sowohl für die Ukraine wie für Russland eine Art Sicherheitsstrategie bilden und die Stabilität in der Region insgesamt erhöhen. Je nachdem, wie sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine politisch weiterentwickelt, würde durch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine die Kriegsgefahr insgesamt erheblich steigen, weil die tiefsitzenden Konflikte zwischen Russen und Ukrainern – auch innerhalb der Ukraine – nicht behoben sind. Sie würden dadurch quasi in die NATO transportiert, was *de iure* gegen Artikel 10 des NATO-Vertrages verstieße.

Bei Ausbruch militärischer Auseinandersetzungen wären die NATO als Ganzes und auch Deutschland involviert. Wenn die Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 des NATO-Vertrages griffe, würde das bedeuten können, dass deutsche Soldaten wieder – wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg – am Dnjepr und im Raum Charkiw kämpften. Es bleibt eine Herausforderung für die deutsche Sicherheitspolitik, diese Folgen mit zu berücksichtigen.

Eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine würde gewaltige ökonomische, soziale, politische und militärische Konsequenzen mit sich bringen. Die Ukraine ist – trotz ernsthafter Absichten und Anstrengungen – nach wie vor weit davon entfernt, eine rechtsstaatliche Demokratie nach EU-Standards zu sein.

Die strategische Lage der NATO, unter Führung der USA, hat sich mit dem russischen Überfall auf die Ukraine hingegen verbessert. Nie zuvor waren die USA so als der westliche Hegemon anerkannt. Dies ist vor allem Putins Aggression gegenüber der Ukraine zuzuschreiben. Selbst die lange widerstrebenden Deutschen wollen ihren Verteidigungs-etat auf die seit Jahren geforderten zwei Prozent des BIP anheben und ihre Streitkräfte einsatzfähig machen. Mit den neuen NATO-Mitgliedern, Finnland und perspektivisch auch Schweden, würde das Bündnis zudem stärker als je zuvor.

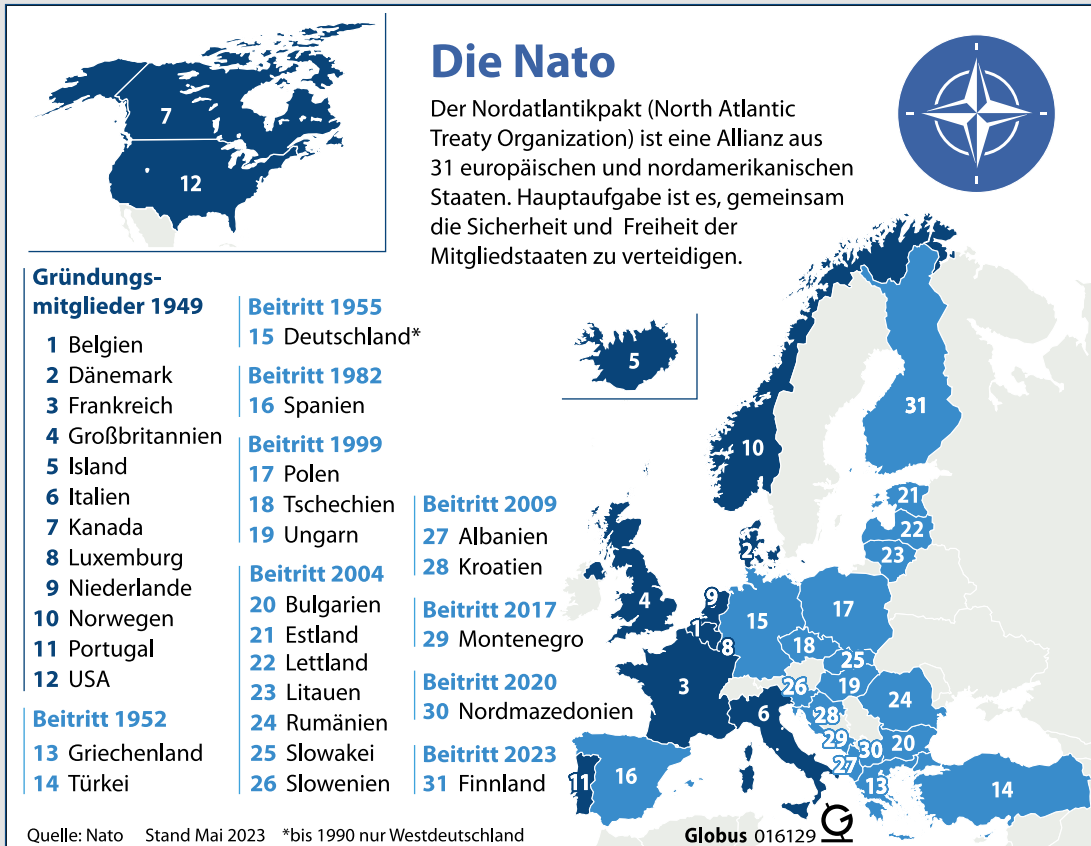


Abbildung: picture alliance/ dpa-infografik GmbH

Russland hat sich zudem während des Ukrainekrieges strategisch näher an China angelehnt und der Westen hat kräftig dabei mitgeholfen. Das könnte für beide Seiten als strategisch ausbaufähig angesehen werden, ebenso wie die russische Kooperation mit den BRICS-Staaten<sup>7</sup> enger geworden ist – befördert durch den westlichen Gasexport-Boykott und andere westliche Sanktionen. Die strategische Anlehnung Russlands an China könnte langfristig die Lage in Eurasien zugunsten Russlands verbessern. Vom Ende her gedacht kann das nicht in unserem Interesse sein.

Ob der Westen, die USA und ihre europäischen und indo-pazifischen Verbündeten, die strategische Zweifrontenlage gegen Russland in Europa und gegenüber China im Indo-Pazifik militärisch und wirtschaftlich allerdings werden durchhalten können, ist eine berechnete, offene Frage. Der Westen sollte sich nicht strategisch überheben. Schon viele Reiche und Imperien sind in der Geschichte am „Overstretch“ ihrer Möglichkeiten und

Fähigkeiten gescheitert. Es sollte daher unbedingt hinterfragt werden: Ist es langfristig strategisch klug, den Westen unter Führung der USA in ein geostrategisches Zweifrontenszenario zu bringen? Diese Fragen werden bei den Wahlen in den USA wahrscheinlich eine Rolle spielen.

### Fazit

Aus EU-Sicht stellt sich die Frage, inwieweit die Fortdauer des Ukrainekrieges und die danach folgende, wahrscheinliche Wiederauflage eines Kalten Krieges mit Russland im strategischen Interesse Europas liegen können. Das kommt auf die Sichtweise an: Osteuropäische NATO-Partner wie die baltischen Staaten und Polen, sicherlich auch Schweden und Finnland als künftige NATO-Partner, suchen prioritär Schutz, weniger den der europäischen Verbündeten als vielmehr den der USA. Andere Partner wie Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien wollen, wenn auch unterschiedlich gewichtet, tendenziell ein Mehr an strategischer Autonomie Europas, haben dazu aber kaum die strategischen Mittel und den ernsthaften Willen der Umsetzung. Wenn

7 Loser Verbund der Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika

man von dem vielzitierten Anspruch der EU ausgeht, ein „*global Player*“ und strategischer Akteur sein zu wollen, dann hat sich die Situation der EU, insbesondere die Deutschlands, mit dem Ukrainekrieg massiv verschlechtert: Die Perspektive eines lang andauernden Konfliktes und Kalten Krieges mit Russland und seines dauerhaft im Raum stehenden Eskalationspotentials, das wirtschaftspolitisch Deutschland massiv treffende „strategische *Decoupling*“ von Russland und China, der Brexit Großbritanniens, die negativen Konsequenzen laufender Sanktionen und die absehbare starke wirtschaftliche Rezession in der Eurozone scheinen den Traum von der Strategischen Autonomie Europas weitestgehend zu beenden.

Dazu kommen nicht zu übersehende Risse in der EU. Man denke an die Konflikte zwischen Gründer – und Beitrittsstaaten, Ost- und Westeuropäern, Nord- und Südeuropäern, mit den Visegrad-Staaten, zwischen Euro- und Nicht-Euro-Staaten, Netto-Zahlern und Empfängern. Nie zuvor war Europa so gespalten und gleichzeitig in sicherheitspolitischer und militärischer Hinsicht so abhängig von den USA wie heute. Die Aufnahme der wartenden zehn EU-Beitrittsaspiranten und insbesondere der Ukraine in die EU wäre eine große Herausforderung. Die EU bekäme eine über 3000 Kilometer lange Außengrenze mit Russland – eine große, sicherlich zu große Aufgabe, mit Blick auf die militärische Beistandsverpflichtung, die der EU-Vertrag in Artikel 42 Absatz 7 vorsieht.

Der Aufbau einer glaubwürdigen Abschreckung in Europa ohne die USA scheint derzeit unrealistisch zu sein. Dennoch ist es hohe Zeit, die EU zu einem echten sicherheitspolitischen Akteur zu transformieren.

Es kommt darauf an, die Ukraine weiter militärisch zu unterstützen, dosiert und besonnen. Gleichzeitig muss Russland signalisiert werden: bis hierher und nicht weiter! Ein Angriffskrieg darf kein Präzedenzfall werden. Deshalb darf die Ukraine diesen Krieg nicht verlieren. Ihr dabei zu helfen ist eine Gratwanderung zwischen Eskalation und Hilfeleistung. Es ist daher richtig, dass die NATO ihre militärische Präsenz im Osten erhöht. Aber Russland wird, wie erwähnt, auch nach dem Ukrainekrieg nicht von der Landkarte verschwinden. Und eine Neuauflage des Kalten Krieges mit einem Eisernen Vorhang weiter im Osten ist aus europäischer Sicht keine gute Option in einer absehbar multipolaren Welt, die durch gegenseitiges „*strategic decoupling*“ nicht sicherer wird. Es wird perspektivisch die Aufgabe bleiben, Russland in die europäische Sicherheitsarchitektur zurückzuholen, so schwer uns diese Vision derzeit fällt. Dazu sind Politik und Besonnenheit sowie Interessenausgleich und Verständigung erforderlich. China steht bereit – nach erfolgreicher Vermittlung zwischen Saudia-Arabien und dem Iran – auch im Ukrainekrieg zu vermitteln. Daher ist es hohe Zeit, dass entsprechende Initiativen zur Lösung des festgefahrenen Ukrainekrieges aus dem Westen kommen. In einer absehbar multipolaren Welt, die durch gegenseitige strategische Entflechtung keineswegs sicherer wird, wäre eine Neuauflage des Kalten Krieges mit einem Eisernen Vorhang im Osten aus europäischer Sicht keine gute Option. Es wird daher perspektivisch Aufgabe aller geopolitisch verantwortlichen Akteure bleiben, die strategischen Dispositionen der Sicherheitspolitik im Blick zu behalten, um den Weltfrieden nicht zu gefährden. 🍒



# [ MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT ]

FOLGE 2:

## ***REBEL GIRL* ODER WIE POLITISCH IST BIKINI KILL ?**

von Johannes Uschalt



Konzert von Bikini Kill in London am 10.  
Juli 2019

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/  
Fotograf: Ollie Millington/Rmv

## Bikini Kill: Rebel Girl

Mit Beginn des Sommers startet auch wieder die „Festival-Saison“: Von großen Festivals wie „Rock im Park“ in Nürnberg oder dem „Superbloom“-Festival im Olympiapark in München bis hin zu kleineren regionalen und ehrenamtlich organisierten Festivals reicht die Palette an Veranstaltungen. Unzählige Musikerinnen und Musiker stehen auf die Bühnen und beschallen in unterschiedlichsten Musikstilen sowohl zahlreiche freiwillige als auch einige unfreiwillige Zuhörerinnen und Zuhörer. Über die meisten Festivals und auch über die Genre-grenzen hinweg hat sich hier in den letzten Jahren einiges geändert: Die Veranstalter\*innen achten auf eine diverse Besetzung und ein geschlechterübergreifendes Booking, v.a. auch darauf, dass auch weibliche Musikerinnen auf den Bühnen vertreten sind, denn bis in die 2000er Jahre hinein waren Festivals mit ausschließlich männlichen Musikern eher die Regel als die Ausnahme.

Die Band – und natürlich auch der politische Song – um die es in diesem Artikel gehen soll, hat einiges dazu beigetragen, diese Entwicklung zu ermöglichen: *Bikini Kill* hat mit ihren Songs und ihrer Attitüde Feminismus auch im (Punk-)Rock eingefordert und für Gleichbehandlung gekämpft. Ihr Song „*Rebel Girl*“ steht prototypisch für diese Forderung.

Ein Blick zurück zu Beginn der 1990er Jahre: Die vielleicht größte Rockband dieser Tage heißt Guns'n'Roses, sie füllt Stadien mit Songs wie „Paradise City“, wo – laut Songtext – das „Gras grün und die Mädchen hübsch“ sind. Und sie verkörpert par excellence das Bild des Rockstars, das sich seit den 1960er-Jahren zunehmend etabliert hat: das männliche Künstlergenie, von weiblichen Groupies umgeben, die die zwar als Muse fungieren können, aber sonst im Rock'n'Roll-Zirkus keinen Platz finden.

Auftritt: Bikini Kill. Die Band wurde von Kathleen Hanna, Tobi Veil, Kathi Wilcox und Billy Warren Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre gegründet. Am Mikrophon steht die Lyrikerin, Autorin und Performance-Künstlerin Kathleen Hanna, der von Freund\*innen empfohlen wurde, eine Rock-Band zu gründen, wenn sie will, dass ihre Texte gehört werden.<sup>1</sup> Bikini Kill formieren sich daraufhin als



Band mit dem Ziel, die männliche Dominanz des (Punk-)Rock zu brechen – oder hier zumindest ein neues weibliches Selbstverständnis in die Musik zu tragen. Sie berufen sich dabei auf Bands wie The Slits oder die Runaways, geben auch ein feministisches Musik-Fanzine heraus und führen somit zunächst im musikalischen Untergrund Punk und Feminismus zusammen – die Geburtsstunde der „*Riot Girl*“-Bewegung.

Auch bei ihren Live-Auftritten setzen Bikini Kill Akzente: Kathleen Hanna fordert etwa das Publikum in den ersten Reihen – das oft ausschließlich aus Männern besteht – auf, zurückzutreten und den weiblichen Teil des Publikums nach vorne zu lassen. Das irritiert auch im Punkbereich das Publikum, auch hier wird eine männliche Dominanz in den 1990er Jahren noch als völlig normal erachtet. Dass quasi selbstverständliche Forderungen von Bikini Kill – wie etwa ein weniger aggressives männliches Auftreten bei Konzerten – für weite Teile des männlichen Publikums als Provokation betrachtet werden, verdeutlicht, in welchem Klima sich die Band durchsetzen muss.

Nach und nach erspielen sie sich ein breiteres Publikum, im Zuge der „*Riot Girl*“-Bewegung und der Popularität auch von Bands wie Nirvana, die Bikini Kill kennen und schätzen, werden die Forderungen

Abbildung: Kill  
Rock Stars – KRS  
298, 1998

1 Vgl. dazu den Dokumentarfilm „*The Punk Singer*“, USA 2013, Regie Sini Anderson, über Leben und Kunst von Kathleen Hanna.

und die Anliegen der Band auch einem breiten Publikum bekannt.

Zum größten Hit der Band avanciert dabei der Song „*Rebel Girl*“<sup>3</sup>, der mehrfach aufgenommen wird und auch auf ihrer ersten LP erscheint. U.a. werden sie bei einer Aufnahme des Songs auch von ihrer Produzentin Joan Jett an der Gitarre unterstützt.<sup>4</sup>

Der Song bildet auch heute noch den Abschluss der Konzerte der Band (Bikini Kill haben sich 1997 aufgelöst, spielen aber seit einigen Jahren wieder gemeinsam einige wenige Konzerte im Jahr) und ist eine Hommage an ein nicht näher definiertes „*Rebel Girl*“ aus der Nachbarschaft des singenden lyrischen Ichs<sup>5</sup>: Sie tritt im Song als ein weibliches Vorbild auf, eine *Soul Sister*, eine *Best Friend*, eine Verbündete. Die Fremdzuschreibung *Slut* wird mit der Zeile „*She’s my best friend*“ weggewischt. Wie eine Blaupause für die Herangehensweise der Band wirkt der Song: Weibliche Heldinnen werden besungen, Fremdzuschreibungen von (meist) männlichen Personen werden konsequent zurückgewiesen. Und Solidarität eingefordert – für alle

Frauen, gerade in der Rockmusik, die gängigen (wieder meist) männlichen Erwartungshaltungen nicht entsprechen. Heute kaum noch vorstellbar, dass derartige Botschaften als nicht selbstverständlich angesehen werden. In den frühen 1990er-Jahren, als Guns’n’Roses die Arenen füllten, mussten aber Bands wie Bikini Kill die Grundlagen dafür legen, Rollenbilder und Klischees zu hinterfragen, die sich in der populären Musik, gerade auch im (Punk-)Rock-Bereich, über Jahrzehnte manifestiert hatten.

Der Song hat sich inzwischen verselbständigt, gilt als Hymne der zu Beginn des Artikels beschriebenen Entwicklung. So ist es sicherlich kein Zufall, dass die *All-Female*-Band Linda Lindas im Netflix-Film „*Moxie*“ während ihres Auftritts ausgerechnet „*Rebel Girl*“ von Bikini Kill covert: Inzwischen ist Song ikonisch, ein Dokument der „Riot Girl“-Bewegung, die sich in den frühen 1990ern aufgemacht haben, die die männliche Dominanz der letzten Jahrzehnte zu brechen, und feministische Perspektiven (nicht nur) in die Rockmusik zu tragen. ◐

---

2 Aus Gründen des Urheberrechts konnte der Songtext leider nicht abgedruckt werden. Er kann aber im Internet nachgelesen werden.

3 Aus Urheberrechtsgründen kann der Songtext leider nicht abgedruckt werden. Er kann aber im Internet nachgelesen werden.

4 Bikini Kill: *The Singles*, Bikini Kill Records 2023; Joan Jett.

5 Mehr zum textlichen Hintergrund und möglichen Zuschreibungen der Protagonisten des Songs, siehe: Maria Raha: *Cinderella’s Big Score. Women of the Punk and Indie Underground*, Berkeley 2004.

# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

## Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen  
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit  
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München  
Telefon: 089 9541154-00  
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de  
www.blz.bayern.de

## Redaktion

Monika Franz, Christina Gibbs

## Titelbildnachweis

Gedenkkopf eines Oba, Benin-Bronze aus dem Museum  
Fünf Kontinente, München  
Foto: Museum Fünf Kontinente, München/  
Fotograf: Nicolai Kästner

## Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,  
Wuppertal

## Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,  
München/Regensburg

## BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.